

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wochentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7070.
 Unter Streifenband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Bedingungen
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 sechs oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adressen:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonntag, den 8. Juni 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Hohkönigsburg und Marienburg.

Ein dramatischer Zufall hat es gewollt, daß an dem gleichen Tage, an dem im preussischen Abgeordnetenhaus die Polenvorlage in der Schlußlesung beraten wurde, im Reichstag die Veseitigung des Diktaturparagraphen beschlossen wurde. Die Marienburg — die Hohkönigsburg. Von der westlichen Burg leuchtet die Gnade, von der östlichen blüht der Kummer. Dort künstet der Friede, hier wird der Krieg verkündet. Im Reichslande feiert man das Vertrauen und die Loyalität der wiedergewonnenen Brüder, in Westpreußen und Polen erhebt man Klage wider den Uebermut des seit einem Jahrhundert „zugezimmerten“ Volkes, das finstere Pläne brütet und auf Vorkostung vom Reiche drängt. Graf Bälou aber streicht mit der andren Hand innig die plöthlich in Gnaden aufgenommenen Elsäßer, und ballt die lähne Mannesfaust wider den östlichen Feind.

Es ist nur ein Zufall, daß Westen und Osten in solcher Weise gegenständig behandelt wird. Es könnte auch umgekehrt sein. Graf Bälou wäre bereit, mit derselben Ueberzeugung das gute Preuentum der Polen zu feiern und den immer noch nach Frankreich schielenden Reichsländern die harte Hand zu klenden. Denn diese Umkehrung der Verhältnisse hat es auch schon gegeben.

Es ist ein Jahrzehnt her, nach dem Sturze Bismarcks, da wurden zwar die Reichsländer unvermindert als Reichsfeinde erachtet, die mit dem Diktaturparagraphen und sonstigen Ausnahmegeetzen niedergebunden werden mußten. Dagegen waren die Polen zu den treuesten Stützen der Regierung geworden. Koscielski-Admiraloff wurde mit Auszeichnungen überschüttet. Der preussische Kultusminister Graf Jellly erließ — am 11. April 1891 — seinen Ministerialerlass, in dem mit allem Nachdruck auf das Recht der Polen auf polnischen Unterricht hingewiesen wurde. Es war die Zeit, da von Gindzinski in einer Flugschrift über „Die polnische Frage in Preußen“ seine Landeute aufforderte, in Volkerversammlungen ihre Anhänglichkeit an Preußen zu verkünden. Es war die Zeit, da Herr v. Stablewski auf dem Thorer Katholikentag erklärte: „Vergeben und Vergessen können ist in der Politik oft geboten. Die unselige Zeit des Fürsten Bismarck ist zu Ende, wir wollen nicht mehr darauf zurückkommen. Den Thron hat ein Monarch bestiegen, der auf der Höhe seiner Zeit und seiner Aufgabe steht.“

Dann kam jäh der Umschwung, niemand weiß warum, die „polnische Gefahr“ war auf einmal wieder da. Die Sonne wechselte ihren Lauf, sie ging im Osten unter, um im Westen aufzugehen. Die Hopsolen verschwanden, die Hopsotestler erschienen. Die reichsländischen Alerikalen, einst die schlimmsten der Reichsfeinde, wurden zu den Ehlen Herren der Kirche. Die Hohkönigsburg entstand und kündete die Aufhebung des Diktaturparagraphen, während von der Marienburg dem Polentum Heide dräute, und 200 Millionen zur Ueberwindung der übermütigen Kaninchenfruchtbarkeit gefordert und bewilligt wurden.

An dem gleichen Sonnabend, dem 7. Juni 1902, wurde der Friede mit dem Westen geschlossen, und der Krieg mit dem Osten besiegelt. Die Verhältnisse sind zwar dort wie hier gleich geblieben, aber die Beurteilung hat sich geändert... Niemand weiß, warum.

Ueber die Sonnabend-Sitzung wird uns aus dem Reichstag geschrieben:

Die Aufhebung des Diktaturparagraphen ist am Sonnabend vom Reichstag einstimmig beschlossen worden. Anders war es nicht zu erwarten. Auch die Rechte sträubte sich nicht länger gegen die Veseitigung des Ausnahmezustandes, nachdem die Krone ihre Einwilligung dazu gegeben hatte.

„Alles schwamm in Wonne ganz.“ Der Reihe nach marschirten die Vertreter der elsah-lothringischen Wahlkreise auf, welche Partifarben auch die einzelnen haben mochten, um ihren Dank, ihre Genugthuung, ihre Versriedigung, ihre Freude über das Geschenk, wie es Herr Wachen in einem unwachten Augenblick nannte, auszusprechen und die Gerechtigkeit und den Gehruht der Regierung zu preisen. Selbst die einst so grimmen Alerikalen Protostler, wie der Abbe Wetterlé, waren tief gerührt; diese Abbes befolgen offenbar die faktischen Traditionen der Glanzzeit höfgeistlichen Einflusses in den Zeiten des XIV. und XV. Ludwigs.

Der einzige Elsäßer, der etwas Haltung an den Tag legte, war Herr Reich. Er verwahrte sich gegen den Ausdruck „Geschenk“ und meinte, daß den Elsäßern hier nur gegeben würde, was ihnen von Rechts wegen nicht hätte vorenthalten werden sollen.

Graf Bälou sprach. Er wechselte mit dem Vertreter von Straßburg, dem freisinnigen Vereinigungsmann Riff, die höchsten Komplimente und fetzte dann mit dem Del seiner Vereidsamkeit die trodenen Motive. In seiner Nähe sah Herr v. Kölller, dieser geborene Polizeiminister, den die Ironie der Weltgeschichte zur Verteidigung der Veseitigung eines Ausnahmezustandes berufen hat.

Zu den allgemeinen Jubel mischte sich nur Webel als Störenfried, wie ihn Herr v. Kölller nannte, ein. In einer wichtigen Rede ging er die Geschichte der elsah-lothringischen Ausnahmebestimmungen durch, deren verhängnisvolle Schädlichkeit er nachwies. Dabei zog er einen treffenden Vergleich zwischen dieser Politik in Elsh-Lothringen und der letzten Phase der preussischen Polenpolitik, deren schließliches Fiasco ungewiss ist. Unser Redner protestierte gegen die persönliche Politik der Stimmungen und Bestimmungen, die bald droht, bald Beweise des Wohlwollens erteilt. Mit vollem Recht nannte unser Redner die Dankesbezeugungen der Elsh-Lothringer übertrieben. Er erinnerte daran, wie viel Ausnahmebestimmungen auf dem Gebiete des Wahlrechts für den Landes-

auschluß, des Vereins- und Versammlungsrechts und des Prehwesens in Elsh-Lothringen noch bestünden, und schloß mit der Aufforderung an die Regierung, aus der Aufhebung des Diktaturparagraphen nun auch die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und die elsah-lothringische Bevölkerung in jeder Beziehung der Bevölkerung der übrigen Bundesstaaten gleichzustellen.

In seiner Erwiderung bekräftigt Graf Bälou sehr entschieden, daß irgend ein Zusammenhang zwischen der Wiedererrichtung der Hohkönigsburg und der Veseitigung des Diktaturparagraphen bestünde. Die Vermutungen der Presse in dieser Hinsicht haben ja immer nur dem „psychologischen Moment“ gegolten und solche inneren Vorgänge unterseken keinem Beweise.

Dann bereitete Herr v. Kölller der Linken eine heitere Stunde. Er hat sich etwas besonders darauf zu gute, daß die Reichslande ausdrücklich keinen socialdemokratischen Vertreter entsandt haben, und lobte dann seinen getreuen Landesauschluß, den er selbst über das preussische Herrenhaus stellte. Die Erörterungen des elsah-lothringischen Vereinsrechts suchte er in bekannter Manier durch die Behauptungen abzuwehren, daß es sich hier um eine Landesache handle. Durch diese Landesache aber wird den reichsländischen Arbeitern das Koalitionsrecht genommen. Auch das reichsländische Prehwesens suchte der Staatssekretär als sehr harmlos hinzustellen. Es unterscheidet sich nur in drei Punkten vom Reichs-Prehwesens, aber gerade gegen diese drei Punkte richtet sich ja die Kritik.

In den dankagenden Elshern gesellte sich auch neben Herrn Schlumberger der neu ernannte Minister Baron de Samid. Er las seine Rede ab. Webel rügte diesen Verstoß gegen die Geschäftsordnung, um auf die Erwiderung des Präsidenten, der Baron beherrschte die deutsche Sprache nicht genügend, feststellen zu können, daß dieses mangelhafte Deutsch kein Grund gewesen sei, ihm eine Offiziersstelle in der deutschen Armee nicht zu geben. Graf Bälou wußte sich nicht anders zu helfen, als das schwere Geschütz der Kommandogewalt des obersten Kriegsherrn ins Feld zu führen. Herr v. Kölller erinnerte unser Redner an den bekannten Grillenbergerischen Vers:

„Herr von Kölller
 Es wird immer böller.“

Gleichsam zur Veseitigung dieser Worte verfocht der burcklose Keimer der deutschen Literatur den Satz, daß das reichsländische Prehwesens deshalb kein Ausnahmegeetz wäre, weil in seinen Mann auch Deutsche gerieten, sobald sie in den Reichslanden ihren Wohnsitz nehmen.

Zum Schluß der Debatte gab es einen Zusammenstoß zwischen dem polnischen Redner v. Gledoki und dem Grafen Bälou wegen der letzten Marienburger Rede.

Vorher hatte das Haus dem Bogelschuy-Gesetz seine Zustimmung erteilt, nachher wurden 7 Mitglieder in den Verort für die Abweisung des Reichsausschusses für Arbeiterpolitik gewählt, darunter unser Kollektur, und einige unwichtige Petitionen erledigt. Die wichtigsten, so eine betreffend die Vorseiener und das Vereins- und Versammlungsrecht, hatte man der vorgeschrittenen Zeit wegen abgefeht.

Am Montag kommt das Zuckersteuer-Gesetz zur zweiten Lesung.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 7. Juni.

Der Bund der Landwirte gegen die Landwirtsch.

In Schlußteil der Freitagssitzung der Sozialist-Kommission ereignete sich eine bemerkenswerte Episode. Die Kommission wandte sich zur Beratung der in der Regierungsvorlage zollfrei bleibenden Düngemittel (Guano, Knochenmehl, Thomas-Phosphatmehl, Superphosphat). Die Superphosphat-Industriellen — 121 zum größten Teil kartellierte Fabriken — hatten den Bundesrat und Reichstag mit langen Eingaben bombardiert, in denen ein Superphosphatzoll in Höhe von nicht unter 0,50 Mark für den Doppelzentner erbeten wird. Der Bundesrat hatte mit Rücksicht auf die schlechte Lage der Landwirtschaft diesen Antrag gegenüber sich ablehnend verhalten und die Fortdauer der Zollfreiheit für dies im Interesse eines intensiveren Betriebes der Landwirtschaft unentbehrliche phosphorsäure Düngemittel vorgeschlagen. Diesen Antrag nahmen nun die vier national-liberalen Kommissionsmitglieder, ferner Abgeordneter Göbel (Antif.), Abgeordneter Letocha (C.) und Abgeordneter Dr. Krenzl (freil.) wieder auf. Begründet wurde der Antrag mit der geringen Dividende der Phosphat-Gesellschaften. Die Dividende betrug im Jahre 1899 nur 7,48, im Jahre 1900 0,87 Proz. Auch Graf v. Kanig trat für diesen Zoll ein. Der Direktor des Bundes der Landwirte, Abg. Jahn, erklärte sich grundsätzlich für diesen die Landwirtschaft schwer belastenden Zoll. Nur wollte er in erster Lesung gegen den Zoll stimmen und erst in zweiter Lesung nach dem Grundsatz „keine Geschenke erhalten die Freundschaft“ eine entgegengeetzte Stellung einnehmen, wenn die Mehrheit der Kommission die Getreide- und Viehzölle dem Verlangen des Bundes der Landwirte entsprechend gestaltet haben werde. Auf wiederholtes Drängen gestand Abg. Jahn zu, daß der Bund der Landwirte für die Vermittelung des Verkaufs künstlicher Düngemittel Entgelt bezieht. Wie hoch diese Provision ist, wollte er nicht angeben. Auch die Bedeutung, ob der Bund für das Eintreten für einen die Landwirtschaft schwer schädigenden Zoll etwa ein Teingeld erhalte, ließ er unbeantwortet. Bei der Abstimmung wurde der Antrag auf Einführung des Superphosphat-Zolles gegen elf Stimmen (Nationalliberale, Konservativen, Freikonervative, Göbel (Antif.) und Letocha (C.)) abgelehnt. Damit ist eine vom Bund der Landwirte befristete Zollmagnahme vorläufig abgelehnt, die

zur künstlichen Verteuerung der Produktionskosten der Landwirte und zur Hintanhaltung eines intensiven Betriebes mit Notwendigkeit führen möchte. Die Gegnerschaft der Interessen des „Bundes der Landwirte“ gegen die Interessen der Landwirtschaft und der Landwirtschaft ist durch diese Debatte wieder einmal köstlich beleuchtet worden.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Sonnabend zunächst die Polenvorlage in dritter Lesung debattelos an. Die schwächliche Haltung, die das Centrum, die angeblich für Wahrheit und Recht kämpfende Partei, diesem Ausnahmegeetze gegenüber in allen Stadien der Verhandlungen an den Tag gelegt hatte, erreichte ihren Höhepunkt bei der Gesamt-Abstimmung. Der polnische Abg. Dr. v. Jazdzewski beantragte, namentlich abzustimmen. Ein solcher Antrag bedarf der Unterstützung von 50 Mitgliedern des Hauses, und siehe da, als der Präsident v. Kröcher die Unterstützungsfrage stellte, da erhoben sich außer den Polen und Freisinnigen nur etwa ein halbes Duzend Herren vom Centrum. Die übrigen Mitglieder dieser etwa hundert Mann starken Fraktion glänzten durch Abwesenheit. Die Unterstützung reichte nicht aus, und die Abstimmung erfolgte daher nicht namentlich. Eine namentliche Abstimmung hätte den Beweis geliefert, daß das Haus beschlußunfähig war, und die „nationalen“ Parteien hätten sich schon noch einmal ins Haus bemühen müssen. Eine Anzweiflung der Beschlußfähigkeit vor der Abstimmung, wie im Reichstage, ist im Abgeordnetenhaus geschäftsordnungsmäßig nicht zulässig. Erst nach Erledigung der Polenvorlage erschienen die Centrumsmänner, an ihrer Spitze Herr Frihen, der sofort auf den Führer der Polen zuging, um sich bei ihm anscheinend wegen des „Missverständnisses“ zu entschuldigen.

Des weiteren nahm das Haus in zweiter Lesung den Gesetzentwurf betreffend die Abänderung einzelner Bestimmungen des allgemeinen Berggesetzes an und erließ die Deutsche über die zur Errichtung landwirtschaftlicher Getreide-Lagerhäuser bis Ende Dezember 1901 bewilligten und verwendeten Beträge nach kurzer Debatte für erledigt.

Den Rest der Tagesordnung bildeten Petitionen. Der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen wurden die Petitionen des Grundbesitzervereins Frankfurter Thor-Bezirk und des Preussischen Landesverbandes städtischer Haus- und Grundbesitzervereine um Abänderung des § 9 des Einkommensteuer-Gesetzes dahin, daß auch die von dem Grundeigentum, dem Bergbau und Gewerbebetrieb zu entrichtenden Kommunalsteuern von dem steuerpflichtigen Einkommen in Abzug zu bringen sind. Die übrigen Petitionen sind ohne allgemeines Interesse.

Die Geschäftsfrage des Hauses ist, wie der Präsident zu Beginn der Sitzung mitteilte, folgende: Die Regierung beabsichtigt, am 14. d. M. die Session zu schließen; sie legt Wert auf die Polenvorlage und das Ausführungsgesetz zum Fleischbeschau- und Schlachtvieh-Gesetz und hält für wünschenswert die Verabschiedung der lex Adikus und der Novelle zum Berggesetz. Alle andren noch nicht erledigten Vorlagen sind ihr gleichgültig.

Am Montag stehen kleinere Vorlagen, Rechnungssachen und Petitionen auf der Tagesordnung.

Deutsches Reich.

Der wilde Mann. Am Freitag sprach in einer Berliner Antikemiln-Versammlung der wieder aufgetauchte Drehschraf Pädler über das „deutsche Volk am Rande des Grabes“. Ueber seine Pflicht bemerkte er, es sei ihm unmöglich gewesen, sich wie ein Verbrecher ins Gefängnis schleppen zu lassen. Jetzt lenne er nicht, es sei aber nicht ausgeschlossen, daß er, um neuen Anklagen zu entgehen, wieder einmal werde verschwinden müssen. Nach der Schweiz gebe er aber nicht wieder. Dem:

„Die Schweizer sind ein heilloses Gefindel von Giftmischern, Sägnern, Halskneben, Gannern, Falschschneidern, Strolchen und Dieben, und es konnte nur Ordnung dort geben, wenn einmal eine preussische Division einmarschirte und alles kurz und klein schlägt.“

Die Sensation des Abends bildete die Erzählung Graf Pädlers von einem Giftmordversuche, zu dessen Opfer er aussersehen war. Er erzählte allen Erstes, die Juden hätten Mörder wider ihn gedungen, die ihn auf Schritt und Tritt verfolgten. In der Schweiz sei ihm stets ein Kerl nachgegangen, den er in Stogau gesehen zu haben glaube. Dem Wortveruch sei er nur wie durch ein Wunder entgangen. Ehe er einen seiner Verfolger an sich heran-kommen lasse, schlage er einem halben Duzend die Schädel ein. (Lebhafte Beifall).

Die Sozialisten forderte der Redner auf, die rote Fahne in die Ude zu werfen, ihren Singer zum Teufel zu jagen und mit ihm eine fröhliche Judenhatz zu unternehmen. Pädler fand hümmischen Beifall. Jeder der Bruh von der „Staatsbürger-Zeitung“ stellte dem Berliner Publikum für die nächste Zeit ein öfteres Auftreten des Grafen Pädler in Aussicht.

Wenn der Drehschraf den wilden Mann spielen wollte, um sich der ihm drohenden strafrechtlichen Verantwortung zu entziehen, er konnte es nicht besser machen. Für den Fall, daß den Leuten des Herrn Bruh der Drehschraf doch wieder entwischt, so werden sie ja wohl in Daldorf irgend eine zahlungsfähige Persönlichkeit entdecken, die ihn zu ersetzen vermag.

Der neue Parabegriff. Zu dem Parabegriff aus der Friedericianischen Zeit, mit welchem das 1. Garde-Regiment zu Fuß

bei der letzten Frühjahrsparade im Potsdamer Lustgarten vor dem Kaiser besetzte, wird der „Reinisch-Westfälischen Zeitung“ geschrieben:

Allen Respekt vor der Friedericianischen Zeit, aber dieses Wieder-
aufleben eines alten, glücklich überstandenen Paradedresses aus
der Zeit des großen Königs bedeutet bei näherer Betrachtung doch
einen sehr bedenklichen Rückschlag, der hoffentlich keine weiteren
Folgen nach sich ziehen wird. Es handelt sich hier um einen in der
Bewegung ausgeführten Griff, der eine gewisse Wehlichkeit hat mit
dem früheren, im Jahre 1888 als unnötigen Ballast wohlweislich
über Bord geworfenen Griff: „Hoch das Gewehr — an!“

Für letzteren besteht in der Armee noch heute, namentlich bei
älteren Militärs, eine gewisse Schwärmerei; gewiß, es war ein
schöner und „starrer“ Griff, aber es war doch nur ein „Parade-
griff“, dessen Einübung wendlich viel Zeit und Mühe kostete
und der deshalb mit vollem Recht im Jahre 1888 endgültig
beseitigt worden ist. Die Zeiten sind eben andre geworden!
Das Gewehr ist zum Schießen da und nicht zum „Griffe kloppen!“
Mit starrten Paradedressen, und mögen sie noch so „brillant“ aussehen,
werden keine Siege errungen. —

Das könnte ja nett werden. In der neuesten Nummer des
„Verg. Anonymen“ bespricht der Leiter des christlichen Gewerkschafts
die Verhandlungen des internationalen Kongresses der Bergarbeiter,
der Pfingsten in Düsseldorf tagte. Aug. Ernst kommt dabei zu
folgendem Resultat: „Dah wir einem Teile der Beschlüsse ohne
weiteres beistimmen, braucht eigentlich nicht gesagt zu werden.
Unter bestimmtem Vorbehalte können wir auch den übrigen Beschlüssen
zustimmen.“

Am Schluss des Artikels heißt es dann noch: „Nun, nochmals
besseren und baldigen Erfolg damit.“

Unter den Beschlüssen des Kongresses lautet einer dahin: daß
bei Wahlen zu gewerblichen Körperschaften nur solche Kandidaten
gewählt werden dürfen, welche die Forderungen der Bergarbeiter an-
erkennen und dafür einzutreten sich bereit erklären.

Bei der vorigen Reichstagswahl hat die Centrumsleitung in Dort-
mund den katholischen Arbeitern die Wahl des Bergwerksdirektors
Hilde befohlen und Hilde wurde gewählt. Bei der nächsten
Wahl dürfte es wiederum zu einer Stichwahl zwischen dem
nationalliberalen und dem sozialdemokratischen Kandidaten kommen.
Die Centrumsleitung wird dann zweifellos wieder die Wahl des
Bergwerksdirektors Hilde empfehlen. Daß dieser die Forderungen
der Bergarbeiter nicht anerkennt, ist genügend bekannt. Nach seiner
jetzigen Erklärung müßte Ernst dann gegen die Centrumsleitung
Stellung nehmen und zur Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten,
der die Forderungen der Bergarbeiter sicher vertreten wird, auf-
fordern. Man darf gespannt darauf sein, ob das Interesse für die
Bergarbeiter beim Vorstand des Gewerkschafts stärker ist als die
partei-politische Rücksicht auf das Centrum. —

Das geheime Reichstags-Wahlrecht.

Man schreibt uns aus Helsen vom 4. Juni: Vorige Woche
spielte sich vor dem Schöffengericht zu Friedberg ein Verleumdungs-
prozeß ab, der einen recht interessanten politischen Beigeschmack hatte.
Ein auf der Station Erbstadt-Raichen thätiger Angestellter, der
aber keine Beamtenqualifikation besitzt, hatte auf Veranlassung
seiner Vorgesetzten gegen einen Landwirt eine Klage an-
gestreut, weil ihn dieser hart beschimpft und nebenbei noch
mit dem Ausspruch, er sei Sozialdemokrat, bedacht hätte. Der Ver-
leüder des Landwirts, Rechtsanwalt Jödel in Friedberg, ein Sohn
des nationalliberalen Reichstags-Abgeordneten Jödel, unter-
nahm es nun, für die Stempelung des Verleüder zum Social-
demokraten den Wahrheitsbeweis anzutreten, und zwar schon
er dem Verleüder den Eid darüber zu, daß er 1890
bei der Reichstagswahl den im Kreise Hanau auf-
gestellten sozialdemokratischen Kandidaten Wed-
dewitz gewählt habe. Man wird sich fragen, wie konnte dies der
mit so vornehmen Mitteln arbeitende Rechtsanwalt wissen? Sehr
einfach: Da man den Wahngangstellen im Verdacht sozialdemokrati-
scher Umtriebe hätte, so unternahm ein Wahlbeisitzer die „En-
tlastung“, indem er seine Finger mit Tinte verübte, die sich beim
Abnehmen des Stimmzettels verräterisch auf den Stimm-
zettel abdrückte. Der auf diese einfache Weise ge-
zeichnete Zettel war dann sehr leicht festzustellen. Dieses
höchst unaußere und gleichgültige Räuber, das der Herr
Verleüder zarter Weise selbst als „nicht jüdisch“ bezeichnete, hatte
aber seinen Jwed erfüllt, denn jetzt, nach zwölf Jahren noch, mühte
der so kontrollierte eülich zugeben, daß er sozialdemokratisch gewählt,
wenngleich er nicht Sozialdemokrat sei. Dem Landwirt half ja
das nicht von seiner Verfassung, denn er mühte 60 M. wegen der
Verleüderungen zahlen, aber seiner Nache an einem angeblichen politischen
Gegner hatte er doch in einer ganz erbärmlichen Weise gewonnen.
Daß auch die Handlungsweise des Rechtsanwalts einen in einer solch
abhängigen Stellung befindlichen besonders schön gewesen wäre, wird
wohl auch niemand behaupten wollen.

Dies einfache Beispiel zeigt aber, wie es mit dem Schutz des
geheimen Wahlrechts bestellt ist und daß daher alle Anstrengungen
gemacht werden müssen, derartigen „Controleuren“ ein für allemal
das Handwerk zu legen. —

Das bayerische Schulnotationsgesetz wurde, wie uns aus
München geschrieben wird, am Mittwoch im Ausschuss der unteren
Kammer in der von den Reichsräten beschlossenen Form genehmigt.
Gegen den Entwurf stimmten auch diesmal wieder die Liberalen ein-
gestimmt mit den Sozialdemokraten. Zu dem sogenannten Simultanschul-
artikel hatte der Kultusminister im Reichsrat eine „autheutische“
Erklärung abgegeben, es sei nicht die Intention der Regierung, daß
durch den Artikel die Erhaltung bestehender und die Errichtung
neuer Simultanschulen gefördert werden solle. Diese Erklärung ist
natürlich ganz bedeutungslos und nur darauf berechnet, die Simultans-
schulfreunde zu beruhigen; denn der Verwaltungsgerichtshof wird sich
bei seinen Entscheidungen einfach nur an den klaren Wortlaut
des Gesetzes halten. Damit nun aber jeder Zweifel ausgeschlossen werde,
erklärte in der Ausschussung der unteren Kammer der Centrums-
jurist Geiger: „Reine Freunde wollen von der Simultanschule
nichts wissen und ihr den Weg verschließen.“ Ihm schloß sich der
Referent, Pfarer Kohl, an mit der Bemerkung: „Der künstlichen
Nichtung der Simultanschulen in München muß entgegengetreten
werden.“ In der Praxis wird sich ja wohl bald zeigen, daß die
Ultramontanen für die Auslegung des Gesetzes nach ihren Intentionen
schon sorgen werden trotz aller authentischen Interpretationen der
bedingbaren Kultusregierung. —

München, 7. Juni. (Fig. Ver.) In der Abgeordneten-
Kammer wurde mit der Beratung des Vergeltungsgesetzes, wozu die
sozialdemokratische Fraktion beantragte, es seien hinsichtlich
dem Landtage genaue, specialisierte Nachweise über die Höhe der
Arbeitslöhne, die Dauer der Arbeitszeit und die Menge der ge-
forderten Produkte zu geben. In der Generaldebatte wurden
besonders die Verhältnisse der Anapflichtklassen behandelt.
Der Minister erklärte, die Regierung sei beehrt,
eine Vereinfachung der zahlreichen, in Bayern bestehenden
Pensionsklassen anzubahnen, müsse dafür aber zunächst noch die
notwendigen positiven Grundlagen schaffen. Von sozialdemokratischer
Seite wurde angefragt, wie es mit der Anlegung von Arbeitern
bei der Grubeninspektion in den Staatswerken stehe. Der
Minister erwiderte, die fiskalischen Gruben seien vollkomme-
n bereit, den Inspektionsbeamten Arbeiter zur Verfügung zu stellen,
denn der Staat müsse für das Leben und die Gesundheit seiner Arbeiter
ebenso besorgt sein, wie die Privatwerke, von denen er sich nicht dürfe
abgrenzen lassen. Später meinte der Minister noch, die Regierung
sorge mit ebenso großer Begeisterung für das Wohl und Interesse
ihrer Arbeiter, wie die Sozialdemokraten.

So anerkennt denn diese offizielle Haltung der Regierung ist,
so sehr steht sie im Widerspruch mit der Praxis der Gruben-
verwaltungen, worüber im weiteren Verlauf der Debatten
der Regierung wohl noch einiges erzählt werden wird. Aber immer-
hin sind auch diese Erklärungen als ein, wenn auch geringer Fort-

Schritt zu bezeichnen, denn in früheren Jahren wurde der Minister
immer sehr bisig, wenn seine ausgezeichnete Verwaltung etwas be-
schadet wurde. Inzwischen sind allerdings in den staatlichen Gruben
so haarsträubende Dinge passiert, daß dem hohen Herrn wohl die Lust
vergangen sein dürfte, sich aufs hohe Ross zu setzen. —

Das Befinden des Königs von Sachsen giebt den Ärzten,
die den Patienten dauernd umgeben, Anlaß zu ernsthaften Bes-
sorgnissen für das Leben des Königs. Die Mitglieder der Königl-
ichen Familie sind an das Krankenbett nach Schloß Sybilleort
geflücht.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Ein Majestätsbeleidigungs-Prozeß wurde vor
dem Landgericht in Nürnberg verhandelt. Der Spezerhändler
Engelhardt sollte den Kaiser und den bayerischen Prinzregenten be-
leidigt haben, indem er anouahme Postkarten mit Tobes-
androhungen und einseitigen Beschimpfungen an sie richtete. Man
hielt ihn für den Thäter, weil er vor kurzem als Schreiber
Abthätiger Karten an den Vizegouverneur von Nürnberg, an Gerichts-
beamte etc. ermittelte und dafür zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis
verurteilt wurde. Da die Schriftexperten in ihrem Gutachten weit
auseinander gingen, erfolgte Freisprechung. Ob das Aussehen
der Majestät dadurch gewinnt, daß man wegen solcher Karreihen
eines offenbar nicht zurechnungsfähigen Menschen einen so großen
Apparat in Bewegung setzt, ist sehr zweifelhaft.

Die „Freisinnige Zeitung“ bringt in Nr. 181 unter ihren
Parteiartikeln eine hässliche Notiz gegen den Abgeordneten Amert,
deren Mangel an sachlichen Argumenten durch massive Grobheit
verdeckt werden soll.

Der wesentliche Teil dieser Ausführungen ist folgender:
Damals bei der zweiten Lesung des Toleranzgesetzes
war Herr Amert thätig, durch lange Reden aber ansichts-
lose Anträge die Durchberatung des Antrags zu erschweren. Diese
Wirkung seines Auftretens hat Herr Amert auch jetzt noch nicht
begriffen. Er dramatisierte am Donnerstag, den Antrag des
Centrums wäre nie gekommen, wenn der socialdemokratische An-
trag nicht gekommen wäre. Die Socialdemokratie habe den
Toleranzantrag erst ins Leben gerufen. — Das ist eine
Reueigkeit, die am meisten die Centrumpartei selbst über-
raschen muß. Nebenher spielte Abg. Amert, daß Abg. Richter
durch sein Verhalten die eigene Partei schädige. Sebe jeder selbst,
wie er es treibe und wer steht, daß er nicht falle. Das gilt auch
von Herrn Amert in der Wahlkreis Halle.

Es ist uns angenehm, zunächst feststellen zu können, daß diese
Angaben Soy für Soy der Wahrheit nicht entsprechen. — Amert
war für die 2. Lesung des Entwurfs zum Hauptredner be-
stimmt. In den sechs vorliegenden Vorparagrafen sprach er in der
129. Sitzung in sehr kurzer Rede, in der 179. und 181. Sitzung in
zwei Inapp gefassten Erklärungen namens der Fraktion, in der
181. Sitzung endlich noch zu dem Antrag auf Vertilgung der Säule
in einstufiger Rede. Das war die Erörterung der Durüberlegung
durch lange Reden. In der That ein ganz halbtöler Vorwurf,
wenn man erwägt, daß der Fraktionsredner für sechs (6) wichtige
Paragrafen eines Gesetzes sich mit zwei Stunden Redezeit insgesamt be-
gibt. Das magisterliche Dreireden Eugen Richter in der Wahlname
der socialdemokratischen Fraktion ist von unsen Rednern in zweiter
und dritter Lesung gekniffen gebraucht worden; allein trotzdem
hat die „Frei. Pz.“ die Sache noch immer nicht begriffen. Nicht
der Toleranzantrag ist von den Socialdemokraten ins Leben
gerufen worden, sondern der § 2b des Centrums, der den Schul-
Religionszwang etwas mildert. Das ist keine Reueigkeit für das
Centrum, denn das Centrum hat die Thatfache als solche zugegeben,
es ist auch keine Reueigkeit für parlamentarisch Unterrichte; es ist
das nur eine Reueigkeit für die „Frei. Pz.“ und ihren unsehlichen
Chef. Das Nähere hierüber findet die „Frei. Pz.“ in der Rede des
Herrn Bachem aus der 181. Sitzung, und eine noch deutlichere Be-
stätigung giebt das amtliche Protokoll der Toleranzkommission auf
Seite 41, dort heißt es:

„Das Centrum ist durch den Verlauf der Debatte und die
von zwei andern Seiten gestellten, weitergehenden Anträge
(Amert, Schrader, Volkmar) zur Einbringung seines Antrags ver-
anlaßt worden.“

Das ist neu und niederträchtig für die „Freisinnige Zeitung“,
für jeden andern nur amüßant. — Sehr richtig sagt die „Freisinnige
Zeitung“, daß jeder Abgeordnete sich vorsetzen möge, in seinem
Wahlkreis nicht zu fallen. Das trifft besonders für den Herrn
Richter-Hagen zu, da er sehr, sehr wichtig dasieht, und zwar gestützt
auf zwei unzuverlässige Rücken des Centrums und des National-
liberalismus. Anders sieht es doch in Halle-Saalkreis aus, wo
der Socialdemokrat fest und unerschütterlich auf den eignen Füßen
steht. —

Ausland.

Das neue französische Ministerium.

Aus Paris wird vom Sonnabend gemeldet, daß Rouvier
das Finanzportefeuille angenommen hat, nachdem Combes auf
die progressive Einkommensteuer vorläufig verzichtet hat. Das
Ministerium ist nunmehr endgültig konstituiert: Vorst. Amers,
und Skulus Combes, Justiz Rabé, Aengeres Delcassé, Krieg André,
Marine Pelletan, Finanzen Rouvier, Unterricht Chaunio, Handel
Trouillot, Arbeiten Monjeon, Ackerbau Mongeot, Kolonien
Dommergue, Unterstaatssekretär der Posten Gérard.

Als Programm des neuen Ministeriums wird angegeben:
Aufhebung des die Kongregationen begünstigenden Gesetzes
Fallong, Durchführung des Vereinsgesetzes, zweijähriger Militärdienst,
Verstaatlichung gewisser Bahnen und Steuerreform.

Mehrere Blätter widmen dem neuen Ministerium bereits längere
Besprechungen.

„Figaro“ meint, das neue Kabinett habe alle Merkmale
eines Kämpferministeriums, während doch das Land ein
Ministerium der Beruhigung erwartet habe.

„Petite République“ erklärt, die Socialisten ihrer
Nichtung seien entschlossen, das Ministerium Combes noch kräftiger
zu unterstützen, als das Ministerium Waldeck-Rousseau, vor-
ausgesetzt, daß es das radikale Programm auch wirklich
durchfähre.

Die offiziöse „Agence Havas“ meldet: Die neue Regierung
beabsichtigt die vom vorigen Kabinett befolgte Politik der Ver-
teidigung der Republik fortzusetzen, und, wenn nötig, die Wachen-
schaften jener Koalition zu vereiteln, die es anlässlich bekannter
Ereignisse versucht hat, die Arme ihrer Pflicht abwendig zu machen
und die bei ihrem gegen die Republik gerichteten Unternehmen sich
mit einem Teil der Republik, der seine Pflicht vergaß, ver-
blüdete.

Die Uebergabe der Boeren.

General Kitchener telegraphiert aus Pretoria: Die Uebergabe
der Boeren nahm durchaus befriedigenden Fortgang. In Mittel-
burg (Transvaal) legten 440 Mann die Waffen nieder, Uferren ein
Bompon-Geschütz mit der Munition aus und gaben auch das Besten
einer Haubitz und eines Maxim-Geschützes an. In Standerton
legten 289, in der Kapkolonie 255 Mann, unter letzteren 219 Auf-
ständische, die Waffen nieder.

Chall Burger, der vom Gouverneur von Natal zum Früh-
stich geladen war, besuchte das Konzentrationslager und ermahnte
die Burghers, sich in die Lage zu schicken, das Vergangene
zu vergessen und zu vergeben, den Uebergabebedingungen gemäß zu
handeln und zum Wohle Südafrikas zu wirken.

London, 7. Juni. Die „Daily Mail“ erzählt, trifft die Re-
gierung energische Vorkehrungen, um eine pünktliche und gründliche

Einführung der Civilverwaltung in den neuen Kolonien
möglichst bald sicher zu stellen. Eine der ersten Thaten der
englischen Regierung solle die Revision der Zollgesetzgebung für
Südafrika sein. Für jetzt bleibe der bisher bei den Boeren geltende
Tarif in Transvaal in Gültigkeit.

London, 7. Juni. Die Freilassung der Boerengefangenen
hat bereits begonnen. Auf den Namen von 2000 Boeren sind sämt-
liche Boerensoldaten auf Ehrenwort mit der Erlaubnis freigelassen
worden, die Inseln zu durchstreifen. Die Gefangenen, welche den
Trenneid ablegen, werden auf schnellstem Wege auf Staatskosten nach
ihrer Heimat befördert werden.

Präsident Krüger.

Haag, 7. Juni. Es kann als sicher gemeldet werden, daß
Präsident Krüger in Holland bleiben wird. Wolmarans und die
andern Boerendelegierten begeben sich sobald als möglich nach
Südafrika zurück.

Cestreich-Ungarn.

Lemberg, 7. Juni. Ein früherer österreichischer Gendarm, dessen
Name von den Behörden streng geheim gehalten wird, wurde wegen
Spionage im Dienste Rußlands verhaftet. Beim Generalstab in
Lemberg soll eine große Anzahl österreichischer Offiziere und Unteroffiziere
als besondere Abteilung für den Spionagedienst in Ver-
wendung stehen. —

Italien.

Rom, 7. Juni. Die Marineverwaltung besteht darauf, daß die
Ausarbeitung der Kriegsschiffe in größtem Stil erfolgt, da
16 ältere Kriegsschiffe vollständig dienstuntauglich geworden sind
und die Herstellung der Unterseeboote großer Sorgfalt bedarf. —

Partei-Nachrichten.

Politikales, Gerichtliches usw.

— Die Tanzvergnügungen politischer Vereine. Trotz der
Entscheidung des Kammergerichts, daß zu Tanzvergnügungen
politischer Vereine die Frauen ungehindert zugelassen sind, hat der
Polizeipräsident von Danzig abermals ein solches Verbot erlassen.
Durch Verfügung vom 31. Mai, also etwa eine Woche nach dem
Kammergerichts-Urteil, hat der genannte Beamte der dortigen Polizei-
stelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, den er noch
dazu ganz mit Unrecht für einen politischen Verein erklärt,
die Zulassung von Frauen zu einem Vergnügen und gleich-
zeitig angeblich die Abhaltung eines Tanzvergnügens ver-
boten. Obwohl nun infolgedessen in dem Vereinslokal
feierliche Veranstaltungen gemacht wurden, sondern nur eine
Anzahl Männer und Frauen sich als Gäste in den Wirtschaftsräumen
aufhielten, erschien ein starkes Schutzmannsangebot und verlangte
die Entfernung der Frauen. Als dem nicht Folge geleistet wurde,
erklärte der Polizeikommissar das Lokal für geschlossen und forderte
sämtliche Anwesende auf, sich zu entfernen.

Da sich nach dem Urteil des Kammergerichts die Polizei hier
gar nicht in Ausübung gleichlicher Befugnisse befunden hat, hätten
die Gäste die polizeilichen Anforderungen einfach ignoriert sollen.

— Die photographierten Waiskinder. Ausläßlich eines am
1. Mai veranstalteten gemeinsamen Spezierganges erhielten circa
40 Genossen und Genossinnen in Solingen Strafmandate in
Höhe von 5—15 Mark. Die davon Betroffenen legten Verneinung ein
und beantragten richterlichen Entscheid. Trotzdem in der Schöffens-
gerichts-Verhandlung am Freitag alle vier Zeugen (Polizisten und
Gendarmen) auslügen, in dem „Anzuge“ nichts Ordnungswidriges
bemerkte zu haben, beantragte der Staatsanwalt Bestrafung; zur
Verkräftigung hielt er eine in Geofollav gehaltene Amateurphotographie
empor, mit solcher Etimme verkündend, daß dieser Beweis so kräftig
sei, daß er nicht umgefloßen werden könnte. Die Photographie ist
vom Dache eines Hauses aus aufgenommen worden, denn tief unten
auf der Straße steht man eine Menschenmasse stehen. Die Sänder
wurden demnach zu 5 Mark Geldstrafe verurteilt.

— Wegen Verleüdung eines Lehrers wurde der verant-
wortliche Redacteur des „Sächsischen Volksblattes“, Genosse Rob.
Wüller in Zwickau, vom Schöffengericht in Reichenbach mit
Hilfe des stehenden Gerichtsstandes zu 180 M. Geldstrafe verurteilt.
Er hatte den Lehrer einen Pöbelpädagogen genannt und außerdem
beschimpft, daß auf Veranlassung des Lehrers der Vater des Knaben,
für dessen Mißhandlung er bestraft worden war, in der Steuer
erhöht worden sei. Festgestellt wurde in der Verhandlung
durch das eigene Zugeständnis des als Zeugen anwesenden
Verleüder, daß er wegen fahrlässiger Körperverletzung, begangen an
dem Sohne des Handelsmannes Hierold zu 20 M. Geldstrafe ver-
urteilt worden ist. Bei dieser Gelegenheit hat Hierold als Zeuge
für einen halben Tag 8 M. Entschädigung berechnet und das hat
den Lehrer der Steuererhöhungskommission mitgeteilt. Infolge
dessen mühte Hierold, der bis dahin immer nur 6 M. Jahressteuer
bezahlt hatte, dann 48 M. bezahlen.

Trotz dieser Zugeständnisse des Zeugen nahm der Gerichtshof
Verleüdung in zwei Fällen an und erkannte wie angegeben.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 7. Juni 1902.

Das fröhliche Heisela, mit dem am vergangenen Sonnabend
auf die Kunde hin, am Montag stünde die offizielle Festsetzung des
Friedensschlusses bevor, die Steeplechase auf Minenwerte im Londoner
Kassens-Circus eröffnet wurde, hat recht bald wieder der alten Jogg-
hoffigkeit Platz gemacht. Die älteren Minenwerte, die eine gewisse
Blüthezeit für Solidität bieten, sind schon seit Beginn des Jahres,
als zuerst glaubhafte Friedensgerüchte aus dem Welt-
drängen, demahen in die Höhe getrieben, daß sie meist
heute doppelt so hoch im Kurs stehen, als zur Zeit
der Depression im vorigen Jahre und vielfach sogar über den
höchsten Kursstand emporgehoben sind, den sie zur Zeit des wildesten
Spekulationsfiebers im Jahre 1899, vor dem Kriegsausbruch, erreicht
hatten. In ihrem Kurs sind also alle halbwegs berechtigten Hoff-
nungen auf zukünftige Erträge der Goldminen schon überreichlich
esomptiert, um so mehr, als während der Zeit des ganzen ober-
halten Brachliegens der Minen in den beiden letzten Jahren die An-
lagen vielfach gekillt haben und sich alsbald die weitere Anschaffung
neuer Maschinen als nötig herausstellen dürfte.

Was aber seit Herbst vorigen Jahres an neuen Minenwerten
auf dem Kaffiermarkt erschienen ist, das ist größtenteils so zweifel-
hafter Art, daß endlich, daul der vielen Warnungen der Presse, doch
dem Publikum gewisse Bedenken aufzulegen zu sein scheinen, die es
von einem allzu frischen Hagen zurückhalten trotz der warmen-
Kellame, die teilweise für solche Minenwerte betrieben wird und trotz
des zur Spekulation lodenden geringen Nominalbetrages der Aktien,
der ja meist nur 1 Pfd. Stetl. beträgt. Allerdings gar zu fest darf
man auf diese bessere Einsicht der krineren Spekulantien nicht bauen,
kommen aus Südafrika neue Nachrichten, die sich mit einiger Ge-
schicklichkeit zur Stimmungsmache benutzen lassen, wird es wohl auch bald
mit der Zurückhaltung wieder vorbei sein; hat doch die Aufschwüchung
der Minenkurse, die der gestrige Stand gegenüber dem vom Ende
voriger Woche zeigt, nicht nur in dem abwartenden Verhalten der
kleinen Spekulation, sondern mehr noch in der Gewinn-Realisations-
fleuten keinen Grund, die am Londoner Minenmarkt hervortrat.

Zun ganzen ist jedenfalls die Frage, wie sich die Rentabilität
der südafrikanischen Goldminen im Verhältnis zu den hochgetriebenen
Kurswerten gestalten wird, jetzt noch kaum zu beantworten. Was
darüber in der Presse zu finden ist, besteht nur aus Ver-
mutungen. Außer den Kosten der Reinstaltung mancher An-
lagen kommt in Betracht, wie hoch sich die Wässerungen belaufen
werden, zu welchen die englische Regierung die Minen-
gesellschaften zur Deckung der Verzinsung der verabsichtigten
Ausgaben für Wiederherstellung der Famen etc. heranziehen will,
wie hoch sich unter englischem Regime die Explosivstoffe und die
Wahrschachten stellen werden, besonders aber, welche Richtung die
Arbeiterfrage unter den neuen Verhältnissen nehmen wird. W.

Wahllich war es einer der Hauptvorwürfe, welche die Minenverwaltungen gegen die Transvaalregierung erhoben haben, daß diese das Instrument schwarzer Arbeiter nach den Minenbeständen verändere und dadurch die Löhne für die Schwarzen wie für die weißen Arbeiter hochhielt — zum Leidwesen der über solche Freiheitsbeschränkungen klagenen Minenbesitzer. Namentlich geht unter englischer Herrschaft der schwarzen Transport größere Dimensionen an, und gelangt es dadurch, die Löhne beträchtlich herabzubringen, dann werden selbstverständlich die Erträge steigen.

Auf die Haltung der deutschen Börsen blieb die Abflaumung des Londoner Minenmarktes natürlich nicht ohne Rückwirkung. Im Anschluß an die Sonnabend-Gauche in London setzte auch hier am Montag zunächst eine Aufwärtsbewegung ein. Die leitenden Spekulationswerte der Montanindustrie zogen um 2-5 Prozent an, Bankaktien um 1-2 Prozent. Doch schon im weiteren Verlauf wurde die Spekulationslust durch die Londoner Meldung von einem Nachgeben der dortigen Kurse merklich gedämpft, und bereits am Dienstag folgte eine regelrechte Reaktion. Die schon am Montag in London beginnende, am Dienstag sich fortsetzenden Gewinnrealisationen der Hauspekulation erzeugten Verstimmung und umlieferten auch hier zu Realisationen in Montan- und Bankwerten, die nicht unbedeutlichen Kursrückgänge bewirkten. Später vermochten sich zwar verschiedene dieser Werte ziemlich zu erholen, doch war es mit der frühlichen Spekulationsstimmung vorbei. Und dieselbe abwartende Haltung zeigte die letzten Tage. Soweit sich zeitweilig auf einzelnen Gebieten, z. B. in Kohlen- und Kupferminen, eine etwas größere Nachfrage bemerkbar machte, waren es mit dem Friedensschluß in keinerlei Verbindung stehende Motive, die zum Kauf stimulierten. Heute stiegen zwar, da die Realisationen in London abgenommen haben, die Kurse wieder, doch ohne die Abschwächungen der vorausgegangenen Tage einzuholen.

So endet die „Friedenswoche“, die mit einem Auftrieb begonnen hatte, mit einer fast allgemeinen Abflaumung und mit einem Kursrückgang, der bei den leitenden Montanaktien meist um 2-4 Proz., bei den Bankaktien um 2-3 Proz. niedriger ist, als der, mit dem am Montag die Gauche einsetzte: ein Resultat, das selbst die pessimistischsten Vorherhersagen übertrifft.

Erwähnt muß allerdings werden, daß nicht nur die schwache Tendenz der Londoner Fondsbörse, sondern auch die reservierte Haltung Wallstreet zu diesem Ergebnis ein gutes Stück beigetragen hat. Die New Yorker Börse antwortete schon am Montag, während noch in Berlin und Paris die Kurse stiegen, mit scharfer Zurückhaltung auf den Friedensschluß; sie ist wieder mal recht nervös geworden. Wird auch von der amerikanischen Presse, speziell von der New Yorker Handelszeitung, die bei manchen unserer deutschen Handelsblätter noch immer als verlässliche Wertmesserin der amerikanischen Wirtschaftslage gilt, die dortige geschäftliche Situation als andauernd günstig geschildert und zum Beweis auf erneute Eisenkäufe, die relativ guten Erntestandsberichte für Getreide und Baumwolle sowie auf die Steigerung der Eisenbahn-Einnahmen aus dem Frachtverkehr hingewiesen, so treten doch in Wallstreet immer mehr die Symptome einer sich ausbreitenden Besorgnis über den Fortbestand der jetzigen Geschäftslage hervor, wozu das Andauern des Streiks im pennsylvanischen Anthracitkohlen-Revier und die Möglichkeit seiner weiteren Ausdehnung über die angrenzenden Westkohlengebiete nicht wenig beiträgt. Die Umsätze waren in den letzten Tagen im Vergleich zu normalen Zeiten ziemlich gering, und die meisten wichtigsten Waren, Kohlen, Eisen- und Kupferwerte erlitten Rückschläge.

Wie in gefriger Nummer mitgeteilt wurde, scheint nun doch, trotzdem dies in den letzten Tagen mehrfach bestritten worden ist, eine gegen den Morganischen Schiffbaustrauß gerichtete Konkurrenzkoalition englischer Reedereien zu Stande zu kommen. Es war das zu erwarten, da sowohl die außerhalb des Trauße gebliebenen größeren englischen transatlantischen Linien, wie auch die kanadische Pacific-Koalition-Gesellschaft das größte Interesse daran haben, den ihnen durch die Morganische Schiffs- und Bahnkombination drohenden Vertragsausfällen durch eine Gegenvereinbarung entgegenzuwirken. Sollte deshalb auch diesmal noch in letzter Stunde das Projekt scheitern, werden sicherlich früher oder später erneute Koalitionsbestrebungen der außerhalb des Trauße stehenden Gesellschaften hervortreten. Recht sonderbar ist es, wenn die Konkurrenzfähigkeit des neuen Trauße mit dem Simons bezweifelt wird, daß die Schiffe der angeblich in ihm vereinigten „Cunard“, „Alban“ und „Deaver“-Linie geringwertig im Vergleich zu den Schiffen des Morganischen Trauße seien und einer baldigen Erweiterung des Schiffsbestandes der neuen Koalition dadurch vorgebeugt sei, daß Morgan sich die große Schiffwerft von Holland-Wolff in Belfast (Irland) verpflichtet habe. Das ist wirklich angedacht der Leistungen einer Reihe anderer englischer Werften, der neueren amerikanischen Schiffbau-Anstalten am Delaware und der Chesapeake-Bay sowie des „Stettiner“, „Cunard“ und der Hamburger Kommodit-Gesellschaft „Wohn u. Vogt“ eine mehr als naive Ansicht. Sind doch tatsächlich verschiedene der modernsten und schnellsten Dampfer des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie, auf welche die deutsche Handelsmarine nicht wenig stolz ist, von den letztgenannten beiden Werften gebaut, darunter auch die „Deutschland“, das größte und schnellste Schiff im deutsch-amerikanischen Verkehr. Auch daß die dem Morganischen Navigationskonglomerat angegeschlossene Atlantik-Transport-Linie die großen Dampfer, die Sie erworben läßt, sämtlich amerikanischen Werken in Auftrag gegeben hat, scheint dem Artikelschreiber der „National-Ztg.“ unbekannt zu sein.

Wie bedeutend gerade der amerikanische Schiffbau sich entwickelt hat, zeigt der erst vor wenigen Wochen veröffentlichte amerikanische Zensusbericht für 1900. Danach betrug die Zahl der Schiffbau-Anstalten 1116, die Summe des darin angelegten Kapitals 77 362 701 Dollar, der Wert der Jahresproduktion an Neubauten und Reparaturen 74 578 158 Dollar. An Löhnen hatten die Werke 24 839 168 Dollar, an Gehältern 2 008 537 Dollar im Jahr zu zahlen. Am Produktionswert der Schiffbau-Industrie waren mit Vertreten von mehr als 1 Million Dollar die Werften der Staaten Californien, Connecticut, Delaware, Illinois, Maine, Maryland, Massachusetts, Michigan, New Jersey, New York, Ohio, Oregon, Pennsylvania, Rhode Island, Virginia, Washington und Wisconsin beteiligt.

Von 1890 bis 1900 ist das im Durchschnitt in einer Schiffswerk investierte Kapital um 129 Proz., die Zahl der Arbeiter um 55 Proz., und der durchschnittliche Jahresproduktionswert jedes Establishments um 58 Proz. gestiegen. Dem Jahre 1890 gegenüber zeigte sich 1900 eine Steigerung der Zahl der Anlagen um nur 17 Proz., dagegen eine solche des investierten Kapitals um 1340 Proz., der beschäftigten Arbeiter um 261 Proz., und des Produktionswertes vom Schiffbau um 340 Proz.

Auf auch hier wieder die in den letzten Zensusberichten fast überall hervortretende Erscheinung, daß das investierte Kapital und der Produktionswert stärker gewachsen sind, als die Arbeiterzahl und der Arbeitslohn.

Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Außenhandel mit Nordamerika. Das Kaiserliche statistische Amt hat soeben als erstes der 24 Hefte des Bandes 142 der Statistik des Deutschen Reiches „Auswärtiger Handel des Deutschen Reiches im Jahre 1901“ das Heft XIX herausgegeben; es enthält den Verkehr mit Britisch-Nordamerika und den Vereinigten Staaten von Amerika im letzten Jahresfrist. Die Einfuhr aus Britisch-Nordamerika betrug im letzten Jahre 74, die Ausfuhr 26,5 Millionen Mark. Gegen 1900 hat die Einfuhr um 1 Million Mark, die Ausfuhr um 6,5 Millionen Mark zugenommen, also erstere um 15,6 Proz., letztere um 32,5 Proz. Ein- und Ausfuhr weisen 1901 die höchsten Werte des letzten Jahrzehntes auf. Die starke Zunahme der Ausfuhr ist besonders durch die hohe Holz-, Eisen- und Eisenwaren-Ausfuhr veranlaßt.

Die Vereinigten Staaten stehen seit 1898 im deutschen Handel an der Spitze der Einfuhrländer, während sie in der Ausfuhr jetzt an dritter Stelle und im ganzen Außenhandel an zweiter Stelle stehen. Der Specialhandel mit den Vereinigten Staaten betrug 1901 in der Einfuhr 1042,1, in der Ausfuhr 885,8 Millionen Mark.

Jene hat um 21 Proz. zu, diese um 12,2, ohne Edelmetalle um 12,5 Proz., abgenommen. An der Einfuhrsteigerung nahmen hauptsächlich Weizen, Gold und Schmalz teil mit 104,5, 99,4 und 11,8 Millionen Mark mehr. Die Weizeneinfuhr war bedeutender als je und stärker als die Einfuhrmenge zweier aufeinander folgenden früheren Jahre. Der starke Rückgang der Ausfuhr ist hauptsächlich durch den hohen Anstieg bei Holzwaren (50,5 Millionen Mark weniger), Strumpfwaren, Kautschuk, Cement, Lederhandschuhen und Halbfelddwaren veranlaßt worden. Den Tabellenwert, welches über jede Warengruppe und Ware für das letzte Jahresfrist Auskunft gibt, geben Erläuterungen über die Entwicklung des deutschen Außenhandels mit den beiden Ländern im letzten Jahresfrist voraus.

Aus der chemischen Industrie. Nachdem vor kurzem die Bodische Anilin- und Sodafabrik und die Farbwerke von Friedrich Bayer u. Co. aus dem Centralverband deutscher Industrieller ausgeschieden sind, haben jetzt auch die Farbwerke Meister, Lucius u. Widmann ihren Austritt erklärt. Der Grund liegt in den Verhältnissen, die der Ausschluß des Centralverbandes zu den die chemische Industrie betreffenden Positionen des Zolltarifs gesetzt hat.

Oesterreich-ungarisches Eisenkartell. Wie aus Wien gemeldet wird, sind die gemeinsamen Beratungen des österrösischen und ungarischen Eisenkartells zum Abschluß gekommen; in allen Punkten sei ein Einvernehmen erzielt worden. Zur Laufe der nächsten Woche werden die bereits eingeleiteten Verhandlungen über Bildung der Sonderverbände und Angliederung der bosnischen Werke an das Kartell abgeschlossen werden, so daß es möglich sein wird, mit dem 1. Juli das neue Kartell in Kraft treten zu lassen.

Der Verwaltungsrat der Jura-Simplon-Bahn beschloß, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 4 1/2 Proz. für die Prioritäten und von 4 Proz. für die Stammaktien vorzuschlagen.

Saatensand in Frankreich. Nach dem amtlichen Bericht beträgt die mit Winterweizen besetzte Fläche 6 603 285 Hektar gegen 6 952 607 im Vorjahre, die mit Sommerweizen besetzte Fläche 194 448 gegen 148 989. Winterweizen steht jetzt auf 4, gut in 55, ziemlich gut in 24, leidlich in 3 und mittelmäßig in einem Departement. Der Stand des Sommerweizens ist sehr gut in 3, gut in 32, ziemlich gut in 10 und leidlich in 3 Departements. Der Durchschnittsstand für ganz Frankreich ist, wenn 100 der Rote „Lehr gut“ entspricht, für Winterweizen 77,2 gegen 72,3 im Vorjahre, Sommerweizen 45,9 gegen 41,3. Die Ernteaussichten für Weizen waren also am 15. Mai besser als zu dem gleichen Zeitpunkt des Jahres 1901, aber schlechter als 1900.

Gewerkschaftliches.

Die großen gerichtlichen Aktionen aus Anlaß des Steinarbeiter-Streiks in Commern haben nunmehr ihren Abschluß gefunden. Der dritte Landfriedensbruchprozeß, der während der letzten Tage in Magdeburg gegen 49 Angeklagte geführt wurde, endete am Freitag damit, daß 14 der Angeklagten freigesprochen, die anderen aber mit Gefängnisstrafen von 3 Wochen bis zu 6 Monaten belegt wurden.

Somit ist dem Rechtsempfinden der bürgerlichen Gesellschaft Genüge geschehen. Das Rechtsbewußtsein der Arbeiterklasse aber wird sich immer getrocknet fühlen. Wenn auch die Ausfällungen, die den Verurteilten nachgewiesen worden sind, keineswegs bedäufelt werden sollen, so erscheinen die Strafen doch ungewöhnlich hart. Handelt es sich in der Hauptsache doch um nichts anderes, als um übliche Handlungen — Schreien, Schimpfen, drohende Gebärden — wobei sicher keiner der Verurteilten eine Vorstellung davon hatte, daß er sein unüberlegtes Thun mit monatelangen Gefängnisstrafen werde büßen müssen.

Wie spielte sich denn der Vorgang ab, der von den Gerichten als Landfriedensbruch verurteilt worden ist? Unter den Streikenden steht eines Tages das Gerücht, es seien Streikbrecher in großer Zahl angekommen. Man geht hinaus nach den Steinbrüchen — ohne Plan, ohne Verabredung — und aus der Menge, die sich nach und nach anammelt, ertönen Mase des Unwillens gegen die Streikbrecher, übermühtige junge Kräfte tanzen mit geschwungenen Knütteln, es fliegen auch einige Steine, von denen aber nur ein Schuppenstück getroffen, — sonst aber kein Schaden angerichtet wurde. Etwas Ärmend mag es so hergegangen sein, aber die Steinbrucharbeiter sind eben nicht an seine Umgangsformen gewöhnt. Sie sollen — wenigstens ein großer Teil von ihnen — selber sogar recht unmanierlich gewesen sein, der Einfluß des Leiters ihrer Organisation hat aber — wie vor Gericht festgestellt wurde — die Steinbrucharbeiter sittlich und kulturell auf ein höheres Niveau gehoben. Der Leiter der Organisation und des Streiks hat auch die an den Steinbrüchen angesammelte Menge beruhigt und wie immer, so auch diesmal ganz energisch vor Ausschreitungen gewarnt. Am folgenden Tage fanden wieder Ansammlungen und ähnliche Handlungen der vorerwähnten Art statt, durch die jedoch niemand Schaden zugesägt wurde. Das ist in den wesentlichen Zügen die Situation, welche für eine große Zahl von Arbeitern so verhängnisvoll geworden ist und ihnen schwere Gefängnisstrafen einbrachte.

Nach Mahgabe ihrer Teilnahme am Streik müssen die Angeklagten bestraft werden. So sagte der Staatsanwalt im zweiten Landfriedensbruch-Prozeß. Er hat sich allerdings nur versprochen, wie er später bemerkte, als der Verteidiger diese Behauptung feststellte, aber doch liegt in diesem unbedachtigt gesprochenen Satze die Erklärung dafür, weshalb Ausschreitungen bei Gelegenheit eines Streiks stets ungenügend hart bestraft werden. Nach Auffassung der herrschenden Gesellschaft ist es schon ein strafwürdiges Verbrechen, wenn Arbeiter streiken. Da aber das Streiken an sich nicht strafbar ist, so müssen wenigstens die Handlungen, welche mit Strafe bedroht sind, ganz besonders streng geahndet werden, wenn sie mit einem Streik in Verbindung stehen.

Vertrauen und Ungeheuer.

Mit der Verantwortung und Pflicht Verwengers befaßt sich ein an die Mitglieder des Verbandes der Lederarbeiter Deutschlands gerichteter, vom Centralvorstand und Aufsichtsrat herausgegebenes Flugblatt. Dasselbe befaßt im wesentlichen die bereits von uns gebrachte Darstellung der Angelegenheit. Die unterschlagene Summe wird auf etwa 20 500 Pfd. angegeben. Weiter wird ein Beschluß mitgeteilt, wonach der in der letzten Generalversammlung gewählte Beamte sofort sein Amt anzutreten hat und weiter, daß die beiden Älteren des Ergänzungswahl des zweiten Beamten so bald wie möglich vorzunehmen haben.

Mit der vorläufigen Geschäftsführung wurden die Kollegen Duffe und Speer in Berlin betraut.

Zum Schluß wenden sich Centralvorstand und Aufsichtsrat mit den Worten an die Mitglieder:

Kollegen! Ein schwerer Schlag ist unserer Organisation zugefallen, ein Schlag, wie man ihn wohl von keiner Seite erwartet hat. Der Verlust des baren Geldes ist es nicht allein, er wäre noch zu verschmerzen, der moralische Verlust ist für uns viel bedeutungsvoller. Und doch, Kollegen, dürfen wir den Mut nicht sinken lassen. Wir können aus diesem Fall nur die Lehre ziehen, daß wir niemals wieder zu vertrauensselig werden dürfen und wäre es gegenüber dem besten unter uns. Der Beamte, der es ehrlich meint, wird eine scharfe Kontrolle nicht als Beleidigung empfinden. Die Schuld trifft weder die Revisoren, noch den Centralvorstand. Verwenger wußte mit einer Hoffart zu betrachten, daß es jedem Kollegen ebenso gegangen, daß auch er getäuscht wäre.

Also, Kollegen, den Kopf hoch, lassen wir den Mut nicht sinken, stehen wir fest zu unserer Organisation!

Deutsches Reich.

Zur Ausperrung im Bergwerke Hamburgs teilt das „Hamburger Echo“ mit, daß sich die Situation bisher wenig ge-

ändert hat, und damit erweisen M., daß die Zunahme ihren Beschluß, eine allgemeine Ausperrung vorzunehmen, nicht zur Durchführung bringen kann. Zu den neuen Bedingungen arbeiten noch über 1500 Maurer, zu den alten etwa 200, so daß also noch 1700 Maurer in Arbeit stehen, während die Zahl der Ausgesperrten nur etwa 900 beträgt. — In Altona arbeiten 120 Maurer zu den alten, 29 zu den neuen Bedingungen; ausgesperrt sind 200 Maurer. — In Wandsbek sind 50 Maurer ausgesperrt, während 15 bei nicht der Zunahme angehörenden Meistern arbeiten.

Von 1816 Mitgliedern der Zimmerer, Holzstille Hamburg, befinden sich 207 im Streik und 619 in der Ausperrung, die andern Mitglieder sind sämtlich zu den neuen oder den alten Bedingungen in Arbeit; dazu kommen noch etwa 120 aus den umliegenden Holzstellen und etwa 150 Nichtorganisierte. — Drei Unternehmer haben neu bewilligt, eine Zuschlagsleistung von Bewilligungen hat nicht stattgefunden. — Zugang war nicht zu verzeichnen und ist wohl auch schwierig in größerer Anzahl zu erwarten.

Der Straßenbahnerstreik in Stuttgart.

Die Situation ist im wesentlichen unverändert. Die Direktion beharrt auf ihrem scharf ablehnenden Standpunkt. Das Publikum und auch die Presse — mit wenig Ausnahmen — tritt entschieden für die Streikenden ein. Bei den Ansammlungen auf den Straßen geht die Polizei mit einer durch nichts begründeten Schneidigkeit gegen das Publikum vor.

Wie wir schon am Freitag mitteilten, hat der Gemeinderat beim Amtsgericht beantragt, daß es auf Vernehmung der Straßenbahn in städtische Regie erweise, weil die Direktion durch Einstellung des Betriebes vertragsbrüchig geworden ist. Ueber die Rechtslage dieses Verfahrens schreibt die „Schwäbische Tagwacht“:

Das Amtsgericht prüft den Antrag auf Anerkennung der Betriebsbestellung und Auslieferung des gesamten Materials an die Stadt oder es verweigert sie, was bis jetzt nicht geschehen ist. Im letzteren Fall giebt es zwei Wege. Entweder erhebt die Stadt gegen einen solchen Beschluß beim Landgericht Beschwerde auf Grund des § 492 in Verbindung mit § 567 der Civilprozeß-Ordnung oder sie macht die Hauptsache durch eine Klage direkt beim Landgericht selbst anhängig auf Grund des § 497 der Civilprozeß-Ordnung.

Die Lohnbewegung der Maurer in Halle a. S. nimmt insofern einen größeren Umfang an, als auch die Zimmerer und Bauarbeiter sich neuerdings daran beteiligen. Die letzteren haben beschlossen, diejenigen Unternehmer zu sperren, welche den tarifmäßigen Lohn nicht zahlen. Die Zimmerer haben eine Sperre verhängt, weil der betreffende Unternehmer statt 50 nur 48 Pf. Lohn zahlen wollte. Auf einigen Bauten ruht die Arbeit vollständig.

Im Bergwerke in Remminger ist die Lohnbewegung eine allgemeine geworden. Die Zimmerer streiken besamtlich schon seit einiger Zeit. Nun haben auch die Maurer und die Bauarbeiter den Streik beschlossen.

Der vierte Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands wird vom 29. Juni bis 2. Juli in München abgehalten. Dem Kongress schließt sich ein Delegiertentag des christlichen Gewerkschaftsverbandes für Bayern und der Verbandstag des christlichen Gewerkschaftsverbandes der nicht gewerkschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands an.

Ausland.

Die Reorganisation des schwedischen Gewerkschaftsbundes, wie sie vom Osterkongress in Bern beschlossen worden, ist in der Urabstimmung mit 6122 gegen 4046 Stimmen verworfen worden, so daß es (vorläufig) beim bisherigen Zustande bleibt.

Eine Unternehmerschutz-Petition. Der vorbereitete Ausschuß des Stadtverordneten-Kollegiums in Stockholm beantragt, daß die Regierung aufgefordert werde, dem nächsten Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach diejenigen Arbeiter, die ihr Arbeitsverhältnis ohne gesetzlichen Grund lösen, wenn Gefahr für Leben und Gesundheit von Personen oder grobe Schädigung von Eigentum damit verbunden ist, mit Geldstrafen bedroht werden, wenn aber thatsächlich Personen an Leben, Gesundheit oder in großer Weise an Eigentum geschädigt werden, auf Geldstrafen oder Gefängnis bis zu 6 Monaten erkannt werden soll. — Die Forderung des schwedischen Volkes nach Recht im eigenen Vaterland“, schreibt H. Branning hierzu, „wird sich nicht durch neue Zwangsgeetze unterdrücken lassen. Soweit man will, daß das allgemeine Rechtsbewußtsein auch in Zeiten des Generalstreiks nicht getrübt werde, sind jene Bestimmungen überflüssig; wirkliches Recht respektieren wir selbst. Aber will man solche Ausnahmen als Waffen im Kampf gegen die Arbeiter mißbrauchen, so antworten wir ganz kalt: man veruche es nur! Der nächste Generalstreik, wenn ein solcher notwendig sein sollte, wird nicht an solchen Hindernissen scheitern. Eure Gefängnisse reichen nicht aus für ein ganzes Volk, das sein gutes Recht fordert.“

3000 Kellner in Mailand sind am 7. Juni in den Ausstand getreten. Die Ursache sind Lohnforderungen. Sämtliche Cafés und Restaurants in Mailand sind infolgedessen geschlossen.

Der Ausstand der Fabrikanten in Barcelona nimmt eine große Ausdehnung an. Die Ausständigen machen Propaganda unter den andern Gewerkschaften zu Gunsten eines Generalausstandes. Mehrere Verhaftungen und Untersuchungen sind vorgenommen. Fast sämtlich kommt es zu Zusammenstößen zwischen den Ausständigen und der Polizei.

Der Grubenarbeiter-Ausstand in Pennsylvania hat ungeheure Ausdehnung angenommen. Augenblicklich streiken 150 000 Arbeiter, die Hälfte der ganzen Arbeiterkraft. Handel und Industrie sind lahm gelegt. Die Eisenbahn-Angestellten sind ohne Arbeit.

Einer Meldung der Londoner „Daily Mail“ zufolge sollen 300 000 Grubenarbeiter und 20 000 Eisenbahn-Angestellten vom Ausstand betroffen sein. Weiter heißt es, die Streikenden würden sich einem Schlichtschlicht des Präsidenten Roosevelt unterwerfen, falls dieser das Schiedsamt annimmt.

Kongress der spanisch-socialistischen Gewerkschaften. (Fig. Ver.)

Während das offizielle Spanien mit prunkenden Festen die Volksherrschaftsfeierlichkeiten des Jahres XI. feiert, hielt in Madrid die Allgemeine Arbeiter-Union (Union general de Trabajadores) die sämtliche sich zu den Grundfragen der socialistischen Partei bekennenden spanischen Gewerkschaften umfacht, ihren fünften Kongress ab, an dessen Beratungen sich 96 Delegierte, die 32 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vertreten, beteiligten. Der wichtigste Punkt der Verhandlungen betraf die „Streikfrage“. Von etwa zwei Dritteln der Gewerkschaftsvertreter wurde die Ansicht geteilt, daß, so angebracht es sei, wenn die Arbeiter die gegenwärtige relativ günstige Situation zur Verbesserung ihrer Lage auszunutzen trachteten, doch andererseits leichtfertigen Streikerkündigungen der Vorkaution, die ohne Rücksicht auf vorhandene Fonds und ohne vorausgehende Verhandlungen mit den größeren Fachverbänden (Provinzialverbänden und dem Aufsicht des Allgemeinen Arbeiterverbandes) vorgenommen würden, entgegengegriffen werden müsse. Die Verhandlungen hierüber endeten mit Annahme einiger Vorschläge, die als Vorbedingung für die Erklärung eines Angriffsstreiks die vorherige Einmündung bestimmter, sich nach der Größe der betreffenden Vereine richtender Geldmittel sowie eine gewisse Vorbereitung, die eine einheitliche Aktion sichert, fordern. Weiter wurde beschlossen, den Kampf für die Hebung der Lebenslage der Landarbeiter nicht nur auf jene Kategorie der ländlichen Arbeiter zu beschränken, die für Geldlohn arbeiten, sondern auch für jene Ausgebildeten einzutreten, die in anderer Weise entlohnt würden (kleine Teilpächter etc.) Sodann wurde beschlossen, einen Delegierten zum Kongress der spanischen Gewerkschaften nach Stuttgart zu schicken und gegen das Verhalten asturischer Behörden gegenüber streikenden

Arbeiter — es handelt sich um die Vergewaltigung von Mieses und die Arbeiter eines Explosivstoffes fabrizierenden Werkes bei Cayes — zu protestieren. Mit Hochrufen auf den allgemeinen Arbeiterverband und die Solidarität der Arbeiter aller Länder schloß der Kongreß, der durch seinen Verlauf den Gewerkschaften neue Anhänger werben wird.

Internationaler Textilarbeiter-Kongreß.

Zürich, 6. Juni.

Der heutige Präsident ist der Belgier Vanoverveld-Renaix, der Vizepräsident der Italiener Regri. Zur Behandlung gelangt Punkt 12 der Tagesordnung:

Einführung der einheitlichen metrischen Garnnumerierung.

Hierzu wird eine von den Deutschen eingebrachte Resolution angenommen. Sie lautet:

Der internationale Textilarbeiter-Kongreß 1902 in Zürich hält die Vereinheitlichung der Garnnumerierung für einen handels-technischen Fortschritt, der in seinen Wirkungen auch den auf Gleichstellung der Arbeitslöhne gerichteten Bestrebungen der Arbeiter zu gute kommt; deshalb stellt sich der Kongreß auf den Boden der Beschlüsse des im Jahre 1896 in Paris abgehaltenen Garnnumerierungs-Kongresses und erwartet, daß die Regierungen der verschiedenen Länder diesen Beschlüssen baldmöglichst nachkommen werden.

Es folgt die Beratung des Punktes 13:

Kräftige Propaganda in allen Ländern gegen den Mißbrauch des Alkohols.

Vaudert äußert seine Sympathien mit diesen Bestrebungen. Er beantragt schließlich Uebertragung zur Tagesordnung, in der Meinung, daß in den einzelnen Ländern der Sache Aufmerksamkeit zugewendet werden solle. In einem energischen Votum tritt Kossel-Bremen für eine Rundgebung gegen den Alkoholmißbrauch ein. Er beantragt eine Resolution, die einstimmig angenommen wird. Sie lautet:

Der internationale Textilarbeiter-Kongreß beschließt: Die Organisationen und die Fachpresse der Textilarbeiter aller Länder haben die Pflicht, der Alkoholfrage mehr Aufmerksamkeit als bisher entgegenzubringen. Es ist durch Vorträge und belehrende Artikel dahin zu wirken, daß der Alkoholgenuß immer mehr eingedämmt werde.

Nach längerer Diskussion wird beschlossen, den nächsten Kongreß erst in drei Jahren abzuhalten und zwar in Mailand.

Wahne wünscht, daß in allen Ländern von den Arbeitern auf die Errichtung von gewerblichen Schiedsgerichten hingewirkt werde.

Feiner beantragen die Franzosen und Belgier eine Resolution, wonach in allen Ländern die Textilarbeiter in die Parlamente nur solche Männer wählen sollen, welche für ihre Forderungen eintreten. Von italienischer Seite wird dagegen bemerkt, daß sei Politisch, während wir hier auf ökonomischem Boden stehen; man solle die Politik den Politikern überlassen. In der Abstimmung wird die Resolution mit 6 gegen 1 Stimme angenommen.

In Sachen der Beiträge der nationalen Verbände an das internationale Sekretariat wird beschlossen, es im wesentlichen bei dem bisherigen Verhältnis zu belassen.

Ohne Widerspruch wird Wilkinson-Lancashire als internationaler Sekretär auf eine weitere Amtsdauer bestätigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft und Vaudert nimmt das Wort, um einen kurzen Rückblick auf die Thätigkeit des Kongresses zu werfen.

Der Präsident schließt hierauf den Kongreß mit dem Wunsche, daß die gefassten Beschlüsse auch durchgeführt werden und der internationalen Textilarbeiter-Bewegung zum Nutzen gereichen mögen.

Sociales.

Mißbrauch des Alkohols. Im „Kölnischen Stadt-Anzeiger“ berichtet ein Lehrer:

Durch auffallende Schläfrigkeit und geistige Trägheit meiner Schülern habe ich festgestellt, daß die Kinder in den letzten Jahren an, welche zu folgendem überraschenden, zugleich erschreckenden Ergebnis führte: Von den 54 Schülern des ersten Schuljahres waren 19 am Sonntag vorher im Gollhaufe gewesen, 20 hatten Wein, 24 Bier, 19 Schnaps, 17 Wein und Bier, 14 Wein, Bier und Schnaps getrunken. Jezu gaben an, betrunken gewesen zu sein, neun so, daß sie zu Boden fielen, acht hatten Erbrechen infolge des Alkoholgenußes, 19 hatten geraucht, und zwar 12 auf Veranlassung des Vaters, 4 auf Veranlassung von Brüdern und 3 auf Veranlassung von Soldaten, einer hatte sich selbst Cigaretten gekauft. Wenn auch manches Schicksal und mancher Zug an des Vaters Cigarette harmlos gewesen sein mag, so ist doch die Trägheit der Thätigkeit nicht zu verkennen. Man bedenke nur: 14 Kinder haben an einem Tage Wein, Bier und Schnaps getrunken und 9 waren nachweislich sinnlos betrunken. Was sollen wir Lehrer mit solchen Kindern anfangen und was wird aus ihnen werden?!

Die Schule schon sollte es sich angelegen sein lassen, über die schädlichen Wirkungen des Alkohols namentlich auf Kinder aufzuklären. Nur Aufklärung vermag solchen bedauerlichen Unverstand der Eltern zu bekämpfen. Man kann nur immer wiederholen: Gebt Kindern keinen Alkohol!

Der Jahresbericht des englischen Generalinspektors der Fabriken und Werstätten für das Jahr 1901 ist soeben erschienen. Die Zahl der registrierten Fabriken belief sich auf 97 845, die der Werstätten auf 143 065. Es ereigneten sich 83 760 Unfälle, davon 1035 mit tödlichem Ausgang; im Vorjahre 79 020, davon 1045 mit tödlichem Ausgang. Der Bericht besagt es, daß die Arbeiter es oft unterlassen, von den ihnen gebotenen Schutzmaßnahmen Gebrauch zu machen.

Aus der Frauenbewegung.

Niddorf. Dienstag, den 10. Juni, abends 8 Uhr, findet eine Versammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins Niddorf bei Meyer, Hammerstr. 9a, statt. Herr Grempe wird einen Vortrag über Beleuchtungsweisen halten. Gäste willkommen.

Weibliche Fabrikaufsicht. Bei Besprechung des Berichts der Gewerbe-Inspektion für Bremen stellte Genosse Rhein in der Wägerschaft den Antrag, eine Kommission einzusetzen zur Prüfung der Frage, ob nicht die Anstellung eines weiblichen Beamten der Gewerbe-Inspektion nötig sei. Nach eingehender Begründung durch den Antragsteller und lebhafter Debatte wurde der Antrag angenommen, obwohl der Vertreter des Senats um Ablehnung er sucht hatte.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Der Wahlverein für den 4. Berliner Wahlkreis (Osten) hält am Dienstagabend 8 Uhr, Or. Frontstr. 117, eine Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: Vortrag des Reichstags-Abgeordneten E. D. Bernstein über: Die soziale Bedeutung des Wahlrechts und das preussische Landtags-Wahlrecht.

Ein Sommerfest veranstalten die Parteigenossen des 5. Wahlkreises am nächsten Sonntag im Schweizer-Garten am Königsplatz. Da durch Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung reiche Abwechslung geboten wird, darf wohl auf zahlreichen Besuch gerechnet werden. Die Eintrittskarte kostet im Vorverkauf 25 Pfennig.

Achtung, 6. Wahlkreis! Am Dienstag, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Kösliner Hof, Köslinerstr. 8, eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Arthur Stadthagen sprechen wird über: Was wollen die Frauen von der Polizei? Die Vertrauensperson.

Steglich-Lichterselbe-Freie. Die Parteigenossen werden auf die am Dienstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, im Birkenwäldchen (in der letzten Hofstraße) irrtümlich als gesperrt angekündigt stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam gemacht. Genosse Ledebour spricht über „Reaktionäre Heimats- und Welt-politik“.

Groß-Lichterselbe. Die nächste Versammlung des Wahlvereins findet am Mittwochabend 8 Uhr im Saale des Herrn E. Richter, Chausseest. 104, statt. Tagesordnung: Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow über: „Arbeiterkämpfe im Mittelalter“. Diskussion.

Schwarzendorf. Der Wahlverein hält am Dienstag im Saale Schwarzendorfs, Warnemünderstr. 6, seine Versammlung mit Vortrag des Genossen Rischner ab.

Wahlverein Bezirk Pankow. Dienstag, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Groth, Berlinerstr. 27. Vortrag des Genossen Kogler über: Die Freiheit des Junkertums. Zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. Gäste willkommen.

Sociale Rechtspflege.

Kündigungsausschluß durch Arbeitsordnung. Eine Lohnentfälligkeit wegen unrechtmäßiger plötzlicher Entlassung beanspruchte die Spülerin W. von der Firma Meyer u. Co., Spiritusgesellschaft. Der Vertreter der Beklagten behauptete, die Kündigung sei durch die Arbeitsordnung ausgeschlossen, worauf die Klägerin vor der Kammer VI des Gewerbegerichts erwiderte, sie habe die Arbeitsordnung nicht aushängen sehen und sei ihr auch kein Exemplar ausgehändigt worden. Letzteres konnte nicht bestritten werden, dagegen wurde durch Zeugenaussagen erwiesen, daß in verschiedenen Räumen des Betriebes und auch an der Stallthür Exemplare der Arbeitsordnung ausgingen. Es wurde ferner festgestellt, daß es sich hier um einen Betrieb mit mehr als 20 Arbeitern, also um einen solchen handelt, wo eine Arbeitsordnung aushängen muß. Der Gerichtshof veranlaßte Frau W. zur Klagerücknahme, indem er davon ausging, daß in solchen Betrieben der bloße Aushang der Arbeitsordnung genüge, um sie für die Arbeiter und Arbeiterinnen rechtsverbindlich zu machen, obwohl die Aushändigung eines Exemplars gesetzlich vorgeschrieben sei. Die letztere Bestimmung der Gewerbeordnung hätte nur den Charakter einer Ordnungsvorschrift, durch deren Nichtbeachtung sich allerdings der Arbeitgeber strafbar mache.

Ein Accord-Streit. Der Dreher A. hatte in der Maschinenfabrik Cyclop, Firma Behrens, einen „Accord“ von 27 Mark übernommen. Nachdem er die erste Abschlagszahlung von 12,70 Mark erhalten hatte, arbeitete er noch 1 1/2 Tage, um dann wegen Krankheit zu Hause zu bleiben. Während der Krankheit wurde er entlassen, weil er sein Fernbleiben nicht alsbald entschuldigt hätte. A. verlangte dann im Klagenwege noch 4,20 M. für die letzten 1 1/2 Arbeitstage, indem er sich auf die Bestimmung der Arbeitsordnung berief, wonach jeder Arbeiter, der ohne sein Verschulden einen Accord nicht fertig machen könne, Anspruch habe auf eine Entschädigung für die geleistete Arbeit, die bemessen werde nach seinem durchschnittlichen Arbeitsverdienst. Der Vertreter der Firma betonte demgegenüber, daß Kläger seine Entlassung selber verschuldet habe dadurch, daß er sich nicht rechtzeitig entschuldigt, sondern damit mehr als einen Tag wartete, bevor er seine Tochter in die Fabrik schickte. Wenn aber ein Arbeiter der Firma infolge eigenen Verschuldens seinen Accord nicht beenden könne, dann habe er nach der Fabrikordnung nur Anspruch auf den durchschnittlichen Tagelohn, wie solcher durch das Krankenlassen-Statut festgesetzt sei. Danach hätte Kläger aber überhaupt nichts mehr zu fordern. — Nach längerer Verhandlung verurteilte die Kammer V des Gewerbegerichts die Firma, an A. 80 Pfennig zu zahlen. Mit der Wehrforderung wurde Kläger abgewiesen. Direktor von Schulz führte aus, das Gericht sei der Meinung, daß der Kläger an der Entlassung selbst die Schuld trage. Er hätte sich rechtzeitig entschuldigen müssen. Der durchschnittliche Tagelohn sei durch Kassenstatut auf drei Mark festgesetzt. Da er 4 1/2 Tage an dem Accord beschäftigt gewesen sei, könne er höchstens 13,50 M. verlangen. 12,70 M. habe er erhalten, somit ständen ihm auf Grund der Arbeitsordnung noch 80 Pf. zu.

Gewerkschaften.

Ein gerichtliches Nachspiel zu den Kommunalwahlen in Groß-Lichterselbe bildete die gestern vor dem Schöffengericht II stattgehabte Verhandlung wider den Redacteur Aders der in Lichterselbe erscheinenden Zeitung „Der Gemeinnützige“. Es handelt sich um Nichtaufnahme oder verspätete Aufnahme einer Verächtigung. Die dortigen Parteigenossen wollten am 12. März eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung im östlichen Bezirk abhalten und hatten zu diesem Zwecke den Saal des „Kaiserhofs“ vom damaligen Inhaber zugelassen erhalten. Infolge polizeilicher und anderer Einflüsse zog der Wirt jedoch seine Zulassung zurück, worauf die Genossen Marquardt und Wenzel nochmals mit dem Wirt, jedoch vergeblich, unterhandelten. Ueber diese Verhandlungen brachte der „Gemeinnützige“, ein Blättchen jener Richtung, die im Prozeß Hiler-Klein so häufig abschnitt, einen ebenso gehässigen wie falschen und beleidigenden Artikel gegen die beiden Verursacher der Partei. Vom Wahlverein wurde beschlossen, die Aufnahme der Verächtigung, die von der Redaktion ignoriert wurde, zu erzwingen und zu diesem Zweck wurde vom Genossen Wenzel Strafantrag gestellt. Der „Gemeinnützige“ ließ sich offenbar belehren und nahm, allerdings erst nach 4 Wochen, die Verächtigung vollständig auf. Vor dem Schöffengericht gab der Redacteur Aders Erklärungen ab, die ein merkwürdiges Licht auf seine Redacteur-Eigenschaft und das Verhältnis zu dem Verleger des Blattes, Dr. Voigt, warfen. Er führte zu seiner Verächtigung an, daß er ja „nur“ Redacteur sei und doch den Verleger zur Aufnahme der Verächtigung gar nicht zwingen könne; auch sei diese zu lang und den Thatsachen nicht entsprechend gewesen. Nach einer Belehrung durch den Vorsitzenden des Gerichts wurde der Angeklagte, durch dessen Zugeständnis sich die Vernehmung von Zeugen erbrachte, zu der Strafe von 3 M. und in die Kosten verurteilt, wobei die Erklärung des Antragstellers, daß er nach erfolgter Aufnahme der Verächtigung kein Interesse an der Verurteilung des Angeklagten habe, ihren milderen Einfluß übte.

Gewerkschaften.

Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen (Ordnungsverwaltung Berlin) hielt am Freitag bei Grundmann, Rauhnhofstraße, eine Generalversammlung ab, in der man sich endgültig mit dem Antrage: „Ausschluß des ehemaligen Redacteurs, Mitglied Ferd. Wegener, wegen Herausgabe seiner Denkschrift“ beschäftigte. Neben diesem Antrage lagen noch andere zu diesen Punkte vor. Nachdem die in der Schrift Angegriffenen erklärt, daß sie keineswegs an dem Ausschluß W.'s pochen, wird folgende Resolution angenommen: „Nachdem die Debatten der letzten fünf Generalversammlungen die vollständige Haltlosigkeit aller in der sogenannten Denkschrift Wegeners ausgeführten Angriffe gegen die frühere Hauptverwaltung und besonders gegen die Verbandsbeamten ergeben haben; nachdem die eingehende Untersuchung aller Punkte der Denkschrift zu dem Ergebnis geführt hat, daß die ungeschwächtesten Vorwürfe gegen die Kollegen Ströhlinger und Poesch jeder Grundlage entbehren; nachdem endlich Wegener selbst sich zur Rücknahme der meisten, vor allem der schwersten Anschuldigungen gezwungen sah, erklärt die heutige Generalversammlung des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen, Ordnungsverwaltung Berlin: Die in der Denkschrift gegen die Verbandsbeamten geschleuderten Anschuldigungen, die leichtfertig und wider besseres Wissen erhoben sind, kennzeichnen sich als Verleumdungen der schwersten Art. Die Versammlung verurteilt daher die Denkschrift und ihren Verfasser auf das entschiedenste und spricht ihre Ueberzeugung dahin aus, daß die Beschuldigten sich in jeder Beziehung von den gegen sie erhobenen Vorwürfen gereinigt haben.“

Versammlungen.

Die Versammlung hofft, daß nach dieser Erklärung die von den Betroffenen jeden Missethaten zurückzieht und dem Verbands auch ferner seine Dienste widmet.“ Der Antrag auf Ausschluß wurde alsdann abgelehnt.

Die Sektion der Puzer des Centralverbandes der Maurer hielt am Mittwoch eine Mitgliederversammlung in den Remihallen ab. Neumann berichtete über die Bau-Aufnahme, die kürzlich stattgefunden hat. Es wurden 200 Bauten, an denen insgesamt 1843 Puzer arbeiten, kontrolliert. Von diesen gehören 1334 dem Centralverband an, 212 dem „Unterstützungsverein“, 68 der „Freien Vereinigung“, 27 sind lokal organisiert und 202 unorganisiert. Etwa 10 Bauten mit 100 Puzern wurden bei der Aufnahme wegen Zeitmangel unberücksichtigt gelassen. An den meisten Bauten hat die Puzerarbeit erst begonnen. Der Redner kam zu dem Schluß, daß sehr viel Arbeitsgelegenheit im Puzergewerbe vorhanden ist. — Anknüpfend an den Bericht wurden die Annäherungsverhandlungen zwischen den Puzern vom Unterstützungsverein und der Lokalorganisation der Maurer erwähnt, die an der principielle Abneigung der letzteren gegen die Accordarbeit scheiterten.

Kürschner. In der am 2. Juni abgehaltenen öffentlichen Versammlung der in der Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erhaltete Peters Bericht über die Verhandlungen des 2. Internationalen Kürschnerkongresses. Den ausführlichen Referat folgte eine rege Diskussion, in welcher sich sämtliche Redner mit der Haltung des Berliner Delegierten auf dem Kongreß einverstanden erklärten. Man war mit mehreren Beschlüssen nicht einverstanden. Es sei bedauerlich, daß der deutsche Centralverband zu stark die Oberhand gehabt habe. Nur dadurch sei es möglich gewesen, daß ein Beschluß, das Unterstützungsvereine betreffend, gefaßt werden konnte, trotzdem derselbe von den Vertretern Frankreichs, Oesterreichs, Brüssels und Berlins bekämpft wurde. Eine in diesem Sinne gefaßte Resolution fand einstimmige Annahme. Unter Verschiedenem wurde er sucht, nicht in Camstadt bei der Firma Wagemann in Arbeit zu treten, da von seiten der dortigen Kollegen dringend vor Bezug gewarnt wird.

Die Sektion der Kleber im Verbands der Tapezierer hielt am 4. Juni eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Es konnte konstatiert werden, daß die angenommene Kontrolle der für uns in Betracht kommenden Juli-Bauten sich vollständig mit der im Frühjahr aufgenommenen deckt. Leider hat die Kontrolle ergeben, daß auf vielen Bauten hauptsächlich von der Organisation fernstehenden Kollegen bereits wieder unter dem Tarif gearbeitet wird. Als Reue wurde die Einführung einer Tapeziermaschine angesehrt, welche die Tapete zu- und abschneidet, streicht und zusammenlegt.

Schöneberg. Eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung besaßte sich am Donnerstag mit der am Dienstag, den 17. Juni er., stattfindenden Stadt-verordneten-Ergänzungswahl im vierten Bezirk. Stadt-verordneter Genosse Käter wies in seinem einleitenden Referat darauf hin, in welcher Weise die bürgerlichen Vertreter, postend auf ihre Mehrheit, stets den Forderungen der Arbeiter gegenüber sich ablehnen oder nur dem zukunfts dem Verhalten, wenn zu gleicher Zeit auch ihren persönlichen Interessen dadurch nichts in den Weg kommt; er wies ferner darauf hin, daß es uns insofern weniger geringe Zahl in den meisten Fällen nicht möglich sei, selbständige Anträge zu stellen, daß sogar die vor ihrer Wahl am radikalsten sich gehabenden sogenannten „demokratischen“ Vertreter mit ihren früheren feindlichen Vridern stets auf einer Seite zu finden sind. Zwar werden an die Opferwilligkeit der Parteigenossen des vierten Bezirks, die nun schon zum viertenmal innerhalb eines halben Jahres an die Wahlurne treten müssen, wiederum große Anforderungen gestellt, wir hoffen jedoch zuversichtlich, daß auch diesmal die Arbeiter ihre Pflicht thun und ihrem Vertreter zum Siege verhelfen. Sodann wurde Genosse Ernst Ost, unser bisheriger langjähriger Vertreter im Stadtparlament, einstimmig als Kandidat im vierten Bezirk aufgestellt. — Die Wahl selbst findet von 11 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends im Restaurant „Zum Prinzen Heinrich“, Grunewaldstr. 20, statt. Sämtliche in die Wählerliste eingetragenen, aber in einen andren Bezirk bezogenen Personen haben die Berechtigung, ihr Wahlrecht auszuüben.

Niddorf. Das hiesige Gewerkschaftsblatt hörte in seiner letzten Sitzung einen Vortrag des Herrn Goge über „Alkoholisimus und Arbeiterfrage“. In der regen Diskussion traten fast sämtliche Redner den Ausführungen des Referenten entgegen und waren der Ansicht, daß mit fortschreitender Ausbreitung der Volksmassen der Alkoholmißbrauch immer mehr schwinden wird. Auf Antrag der Wägerschaft wird in nächster Zeit eine Kontrolle der Wägerschaften vorgenommen werden; ein definitiver Beschluß soll in der nächsten Sitzung gefaßt werden. Nicht vertreten waren: Barbieri, Kellner, städtische Arbeiter, Steinheyer, Tabakarbeiter, Lötzer.

Allgemeine Familien-Sterbe-Kasse. Heute Sonntag: Kdfr. 123 bei Pöhl von 3-6 Uhr.

Arbeiter-Zamariter-Kolonie. Montag, den 9. Juni, abends 9 Uhr, in der Centrale, „Dresdener Garten“, Dresdenerstr. 45; Vortrag über: Ausgehänge, Verrentungen, Verhandlungen. Nach dem Vortrage praktische Übungen. Neue Mitglieder werden noch aufgenommen.

Verband deutscher Wägerschaften. Zahlreiche Berlin. Heute, Sonntagvormittag 9 1/2 Uhr, Versammlung im „Gewerkschaftsraum“, Saal 7.

aus, daß die Beschuldigten sich in jeder Beziehung von den gegen sie erhobenen Vorwürfen gereinigt haben.

Die Versammlung hofft, daß nach dieser Erklärung, die von den Betroffenen jeden Missethaten zurückzieht und dem Verbands auch ferner seine Dienste widmet.“

Der Antrag auf Ausschluß wurde alsdann abgelehnt.

Die Sektion der Puzer des Centralverbandes der Maurer hielt am Mittwoch eine Mitgliederversammlung in den Remihallen ab. Neumann berichtete über die Bau-Aufnahme, die kürzlich stattgefunden hat. Es wurden 200 Bauten, an denen insgesamt 1843 Puzer arbeiten, kontrolliert. Von diesen gehören 1334 dem Centralverband an, 212 dem „Unterstützungsverein“, 68 der „Freien Vereinigung“, 27 sind lokal organisiert und 202 unorganisiert. Etwa 10 Bauten mit 100 Puzern wurden bei der Aufnahme wegen Zeitmangel unberücksichtigt gelassen. An den meisten Bauten hat die Puzerarbeit erst begonnen. Der Redner kam zu dem Schluß, daß sehr viel Arbeitsgelegenheit im Puzergewerbe vorhanden ist. — Anknüpfend an den Bericht wurden die Annäherungsverhandlungen zwischen den Puzern vom Unterstützungsverein und der Lokalorganisation der Maurer erwähnt, die an der principielle Abneigung der letzteren gegen die Accordarbeit scheiterten.

Kürschner. In der am 2. Juni abgehaltenen öffentlichen Versammlung der in der Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erhaltete Peters Bericht über die Verhandlungen des 2. Internationalen Kürschnerkongresses. Den ausführlichen Referat folgte eine rege Diskussion, in welcher sich sämtliche Redner mit der Haltung des Berliner Delegierten auf dem Kongreß einverstanden erklärten. Man war mit mehreren Beschlüssen nicht einverstanden. Es sei bedauerlich, daß der deutsche Centralverband zu stark die Oberhand gehabt habe. Nur dadurch sei es möglich gewesen, daß ein Beschluß, das Unterstützungsvereine betreffend, gefaßt werden konnte, trotzdem derselbe von den Vertretern Frankreichs, Oesterreichs, Brüssels und Berlins bekämpft wurde. Eine in diesem Sinne gefaßte Resolution fand einstimmige Annahme. Unter Verschiedenem wurde er sucht, nicht in Camstadt bei der Firma Wagemann in Arbeit zu treten, da von seiten der dortigen Kollegen dringend vor Bezug gewarnt wird.

Die Sektion der Kleber im Verbands der Tapezierer hielt am 4. Juni eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Es konnte konstatiert werden, daß die angenommene Kontrolle der für uns in Betracht kommenden Juli-Bauten sich vollständig mit der im Frühjahr aufgenommenen deckt. Leider hat die Kontrolle ergeben, daß auf vielen Bauten hauptsächlich von der Organisation fernstehenden Kollegen bereits wieder unter dem Tarif gearbeitet wird. Als Reue wurde die Einführung einer Tapeziermaschine angesehrt, welche die Tapete zu- und abschneidet, streicht und zusammenlegt.

Schöneberg. Eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung besaßte sich am Donnerstag mit der am Dienstag, den 17. Juni er., stattfindenden Stadt-verordneten-Ergänzungswahl im vierten Bezirk. Stadt-verordneter Genosse Käter wies in seinem einleitenden Referat darauf hin, in welcher Weise die bürgerlichen Vertreter, postend auf ihre Mehrheit, stets den Forderungen der Arbeiter gegenüber sich ablehnen oder nur dem zukunfts dem Verhalten, wenn zu gleicher Zeit auch ihren persönlichen Interessen dadurch nichts in den Weg kommt; er wies ferner darauf hin, daß es uns insofern weniger geringe Zahl in den meisten Fällen nicht möglich sei, selbständige Anträge zu stellen, daß sogar die vor ihrer Wahl am radikalsten sich gehabenden sogenannten „demokratischen“ Vertreter mit ihren früheren feindlichen Vridern stets auf einer Seite zu finden sind. Zwar werden an die Opferwilligkeit der Parteigenossen des vierten Bezirks, die nun schon zum viertenmal innerhalb eines halben Jahres an die Wahlurne treten müssen, wiederum große Anforderungen gestellt, wir hoffen jedoch zuversichtlich, daß auch diesmal die Arbeiter ihre Pflicht thun und ihrem Vertreter zum Siege verhelfen. Sodann wurde Genosse Ernst Ost, unser bisheriger langjähriger Vertreter im Stadtparlament, einstimmig als Kandidat im vierten Bezirk aufgestellt. — Die Wahl selbst findet von 11 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends im Restaurant „Zum Prinzen Heinrich“, Grunewaldstr. 20, statt. Sämtliche in die Wählerliste eingetragenen, aber in einen andren Bezirk bezogenen Personen haben die Berechtigung, ihr Wahlrecht auszuüben.

Niddorf. Das hiesige Gewerkschaftsblatt hörte in seiner letzten Sitzung einen Vortrag des Herrn Goge über „Alkoholisimus und Arbeiterfrage“. In der regen Diskussion traten fast sämtliche Redner den Ausführungen des Referenten entgegen und waren der Ansicht, daß mit fortschreitender Ausbreitung der Volksmassen der Alkoholmißbrauch immer mehr schwinden wird. Auf Antrag der Wägerschaft wird in nächster Zeit eine Kontrolle der Wägerschaften vorgenommen werden; ein definitiver Beschluß soll in der nächsten Sitzung gefaßt werden. Nicht vertreten waren: Barbieri, Kellner, städtische Arbeiter, Steinheyer, Tabakarbeiter, Lötzer.

Allgemeine Familien-Sterbe-Kasse. Heute Sonntag: Kdfr. 123 bei Pöhl von 3-6 Uhr.

Arbeiter-Zamariter-Kolonie. Montag, den 9. Juni, abends 9 Uhr, in der Centrale, „Dresdener Garten“, Dresdenerstr. 45; Vortrag über: Ausgehänge, Verrentungen, Verhandlungen. Nach dem Vortrage praktische Übungen. Neue Mitglieder werden noch aufgenommen.

Verband deutscher Wägerschaften. Zahlreiche Berlin. Heute, Sonntagvormittag 9 1/2 Uhr, Versammlung im „Gewerkschaftsraum“, Saal 7.

Letzte Nachrichten und Deyeschen.

Der Straßenbahner-Streik beendet.

Stuttgart, 7. Juni. (W. Z. B.) Das Amtsgericht hat den Antrag der Stadtverwaltung, es möge ihr die Befugnis zugesprochen werden, wegen Nichterhaltung des Vertrages die Straßenbahn in eigene Verwaltung zu übernehmen, kostenfällig abgewiesen.

Stuttgart, 7. Juni. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Heute ist die Aufhebung des Streiks einstimmig beschlossen worden. Von den 370 ausständigen Straßenbahnern werden 240 Mann sofort eingestellt; später sollen mehr berücksichtigt werden. Dieselben sollen aber einzeln vorprechen. Morgen wird der Straßenbahnbetrieb wieder aufgenommen. Demnach wären die Straßenbahner der brutalen Uebermacht der DIRECTION unterlegen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wien, 7. Juni. (W. Z. B.) Der Redacteur v. Stuphy vom „Wohlfahrt“ (Weipe) wurde heute nachmittag von der Straf-kammer wegen Majestätsbeleidigung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt und sofort verhaftet.

Das Kabinet Combes.

Paris, 7. Juni. (W. Z. B.) Ministerpräsident Combes hat sich heute mit den neuen Ministern dem Präsidenten vorgestellt. Der Präsident unterzeichnete die auf die Bildung des neuen Kabinetts bezüglichen Dekrete, welche morgen veröffentlicht werden.

Am Dienstag werden die Minister ihre erste Sitzung im Elysee unter dem Vorsitz Loubets abhalten und dann am Nachmittage in der Kammer zum erstenmale erscheinen.

Keine Heeresreform.

London, 7. Juni. (W. Z. B.) Der Bericht des zur Prüfung der Bestimmungen über das militärische Erziehungs-wesen angelegten Ausschusses ist heute veröffentlicht worden. Der Ausschuss kommt zu dem Schluß, die einzige Möglichkeit einer Verbesserung des militärischen Erziehungs-wesens und damit einer Erhöhung der Wehrkraft liege in einem christlichen Beförderungssystem nach Verdienst, nicht nach dem Dienstalter. Mittelmäßigkeit dürfe nicht die Oberhand haben, während ein Beweis von Fähigkeit keine Anerkennung habe.

Keine Heeresreform.

London, 7. Juni. (W. Z. B.) Der Bericht des zur Prüfung der Bestimmungen über das militärische Erziehungs-wesen angelegten Ausschusses ist heute veröffentlicht worden. Der Ausschuss kommt zu dem Schluß, die einzige Möglichkeit einer Verbesserung des militärischen Erziehungs-wesens und damit einer Erhöhung der Wehrkraft liege in einem christlichen Beförderungssystem nach Verdienst, nicht nach dem Dienstalter. Mittelmäßigkeit dürfe nicht die Oberhand haben, während ein Beweis von Fähigkeit keine Anerkennung habe.

Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

188. Sitzung vom Sonnabend, den 7. Juni 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten Reichsminister Graf Bülow, Graf Pojadowsky, Hr. v. Hammerstein, v. Köller.

Die Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung der Heberer-Kommission zum Schutz der für die Landwirtschaft nützlichen Wälder.

Nach kurzer uninteressanter Debatte wird die Konvention un- verändert auch in der Gesamtsitzung angenommen.

Nach debattierender Erledigung einiger Rechnungssachen folgt die erste Beratung des Entwurfs wegen Aufhebung der außer- ordentlichen Gewalten des Statthalters in Elsaß-Lothringen (sog. Diktaturparagraf.)

Hr. v. Köller (fr. B.):

Meine politischen Freunde werden heute, wie früher stets, dem Antrag betreffend Aufhebung des Diktaturparagrafen zustimmen. Die Gründe, welche uns dazu bewegen, brauche ich nicht zu wiederholen. Ich hoffe, daß die heutige Regierungsvorlage einstimmig angenommen werden wird. Wir freuen uns über die Einbringung der Vorlage, die das noch vor kurzem für un- möglich Gehaltene zur Wahrheit machen wird. Die Aufhebung des Diktaturparagrafen wird endlich gesunde Verhältnisse in Elsaß-Lothringen herbeiführen und das dort so lange vorhandene gemeine Gefühl der Demütigung und Zurücksetzung endlich beseitigen zum Wohle von Elsaß-Lothringen und des Deutschen Reiches. Mit dem Gefühl der Gemüthsruhe über diese Vorlage verbindet die reichslandische Bevölkerung das des Dankes an alle Stellen, die uns bei der Erreichung dieses Zieles unterstützt haben; ich denke dabei besonders an den Elsaß-Lothringischen Landesausschuß und an den deutschen Reichstag. So wollen wir denn jetzt den Diktaturparagrafen zu Grabe tragen — ohne Sang und ohne Klang. Wir hoffen aber, daß mit dem Verschwinden dieser Ausnahmestimmungen auch der Geist, der in ihnen waltete, verschwinden wird zu Gunsten einer freierlichen Entwicklung der Reichslande. Der Weg dazu ist jetzt gebahnt. Die Elsaß-Lothringer können in vollster Loyalität der Regierung die Zustimmung geben, daß sie mit der Einbringung dieser Vorlage keine Enttäuschung erleben wird. (Bravo!)

Reichsminister Graf Bülow:

Ich danke dem Herrn Vorredner, ich danke dem Vertreter der Stadt Straßburg für die entgegenkommende Art und Weise, in der er sich ausgesprochen hat über den Ihnen vorliegenden Gesetzentwurf. Ich möchte weiter im Namen der verbündeten Regierungen der Hoffnung Ausdruck geben, daß dieser Gesetzentwurf der Ihnen eine ebenso willige Aufnahme finden möge, wie er sie im Bundesrat gefunden hat. Der Herr Abgeordnete Riff hat im Anfang seiner Rede die feierliche Geltung des § 10 des Gesetzes vom 30. Dezember 1871 über die Verfassung Elsaß-Lothringens von seinem mir begreiflichen Standpunkt aus beleuchtet. Ich möchte aber doch gegenüber diesen Ausführungen vom Standpunkt der verbündeten Regierungen das Nachstehende sagen: Als wir uns vor dreißig Jahren das verlorene Gut in den Vogesen wiederholten, da war, wie ich schon sagte, das Vertrauen in die Mehrheit der elsässischen Bevölkerung der Ein- verleibung ins Deutsche Reich abgeneigt. Sie hielt zum Teil den neuen Zustand für einen vorübergehenden. Sie hoffte auf eine baldige Wiedereroberung durch Frankreich, an dem sie mit alten Erinnerungen und Gewohnheiten hing. Eine solche Stimmung der reichslandischen Bevölkerung konnte naturgemäß nicht ohne Rückwirkung auf die Haltung der deutschen Regierung bleiben. Die Gleichstellung der Reichslande mit dem übrigen Reichsgebiet mit den durch die Reichs-Gesetzgebung verliehenen politischen Rechten erfolgte demgemäß im Laufe der Zeit nur Schritt für Schritt un- gefähr im gleichen Verhältnis, in welchem wir wahrnahmen, daß das Vertrauen in die Neuordnung der Dinge in den Reichslanden wuchs, sich allmählich die Zufriedenheit mit den bestehenden Ver- hältnissen anbahnte und das Interesse an Kaiser und Reich erstarkte. Um die politische Entwicklung der Reichslande in ruhigen Bahnen zu halten, war es damals unerlässlich, Vorkehrungen zu treffen, um jeder Störung durch unruhige inländische oder aus- ländische Elemente von vornherein entgegenzutreten. Dazu bedurfte es außerordentlicher Maßnahmen, zu denen in erster Linie der erwähnte § 10, der sog. Diktaturparagraf gehörte. Der Diktaturparagraf gibt dem Oberpräsidenten die Ermächtigung, umgestaltend alle diejenigen Maßnahmen zu treffen, die ihm zur Ab- wendung von Gefahr notwendig erscheinen. Diese Bestimmungen knüpften sich an den Art. 9 des bei der Annexion in Elsaß-Lothringen gültigen französischen Gesetzes vom 9. August 1849, wonach bei Ge- fahr für die öffentliche Sicherheit der Belagerungszustand proklamiert werden konnte. Während aber in Frankreich in solchen Fällen die Gewalt auf den militärischen Befehlshaber überging, wurde in Elsaß-Lothringen auf Grund des Diktaturparagrafen jene Befugnis dem Oberpräsidenten, also der höchsten Zivilbehörde, übertragen.

Durch das Gesetz vom 1879 wurde für die Reichslande an Stelle des Reichsministers der Statthalter gesetzt, und nach dem § 2 dieses Gesetzes wurden dem Statthalter auch diejenigen außerordentlichen Befugnisse übertragen, welche auf Grund des Diktaturparagrafen bis dahin dem Oberpräsidenten zugestanden hatten. Von der großen Minderwertigkeit, welche der Diktaturparagraf in die Hände der Zivilbehörden legte, haben die Behörden in Elsaß-Lothringen nur sehr selten und immer nur in zwei ganz bestimmten Richtungen Gebrauch gemacht. Sie haben diese Ermächtigung benützt, einerseits, um hier und da Personen auszuweisen, deren Verbleiben im Lande ihnen mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung unverträglich er- schien, andererseits um Freiheitsstrafen zu unterdrücken, welche nach ihrer Ansicht die öffentliche Sicherheit gefährdeten. Seit 17 Jahren, seit dem Amtsantritt des verehrten Fürsten v. Hohenlohe-Schillingen- feld, ist der Diktaturparagraf aber überhaupt meines Wissens nur noch zwei- oder dreimal zur Anwendung gekommen. Wenn derselbe also auch tatsächlich die Bevölkerung der Reichslande nicht gedrückt hat, so gebe ich dem Hr. v. Köller doch darin vollständig recht, daß er von der Bevölkerung der Reichslande angefaßt wurde als ein Mißtrauensvotum, als eine Zurücksetzung gegenüber dem übrigen Teile der Reichsbevölkerung, daß seine Aufhebung von der Bevölkerung der Reichslande lebhaft gewünscht wurde, wie das die immer wieder- holten Anträge der Elsaß-Lothringischen Abgeordneten beweisen. Auch hat sich die Stimmung dieses hohen Hauses immer mehr und mehr zu Gunsten dieses Antrags gewandt, und es ist nur eine unabhän- gliche Note in der Begründung der Vorlage, wenn darin diese Stellung des Reichstages nicht erwähnt worden ist. Ich weiß sehr wohl, daß betrieblige Anträge auf Aufhebung des Diktaturparagrafen 1873, 1877 und 1879 abgelehnt wurden, daß 1885 ein solcher Antrag als unsichtbar zurückgezogen wurde, daß er 1895 zum erstenmal angenommen wurde und dann wieder, wenn ich nicht sehr irre, vor zwei Jahren, 1900.

Seine Majestät der Kaiser und die verbündeten Regierungen sind nunmehr nach gründlicher Erwägung und nach reiflicher Prüfung von Seiten der Landesbehörden und des Reichsministers zu der Ueberzeugung gelangt, daß die außerordentlichen Maßnahmen des Diktaturparagrafen fortan entbehrt werden können. Es hat niemals die Absicht bestanden, den Diktaturparagrafen dauernd beizubehalten. Schon im Frühjahr 1879 hat in diesem hohen Hause Fürst Bismarck hervorgehoben, daß die verbündeten Regierungen nicht das Bedürfnis empfänden, den Diktaturparagrafen länger ausreicht zu erhalten, als notwendig sei. Der Diktaturparagraf war immer nur als eine außerordentliche Maßnahme, als eine Waffe für eine gewisse Ueber- gangszeit gedacht. In der Presse sind uns jedoch, wie gewöhnlich in solchen Fällen, von beiden Seiten Vorwürfe gemacht, einerseits,

worum wir diesen Stein nicht schon früher weggeräumt hätten, andererseits, weil wir damit eine wirksame Waffe aus der Hand ge- geben hätten. Ich glaube, daß man bei der Wahl des psychologischen Augenblicks, des richtigen Moments, es wohl den Organen über- lassen konnte, die für die Verwaltung Elsaß-Lothringens ver- antwortlich sind, also in erster Linie den Behörden Elsaß-Lothringens selbst, ob sie den Bedürfnissen der Verwaltung auch ohne Aufrecht- erhaltung des Diktaturparagrafen genügen könnten. Durch die Aufhebung dieses Gesetzes wird anerkannt, daß dank der Macht- stellung des Reiches, dank auch der alten Stammesgemeinschaft zwischen uns und den Alemannen, zwischen Rhein und Vogesen ge- lungen ist, die Bevölkerung der Reichslande immer mehr mit der neuen Ordnung der Dinge zu versöhnen und ihnen volles Vertrauen einzufößen in den Bestand der Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum Reich. Die Auswanderung nach Frankreich hat in den letzten Jahren nach- gelassen. Die Haltung des Landesausschusses ist eine immer ruhiger, sachlicher und loyaler geworden. Wenn hier und da bei der älteren Generation vielleicht noch Sympathien für „aufrichtig anzugreifen“ sind, so können wir doch die Erwartung hegen, daß die Bestrebungen, welche abzielen auf Besserung der Reichslande, bei der Masse der friedlichen und feigen Bevölkerung von Elsaß-Lothringen keinen Anstoß finden und keinen Erfolg haben werden. In dem Gefühl der Stärkung, welches darin für uns liegt, haben wir Vertrauen mit Vertrauen erwidern wollen in der Erwartung, daß die bestehenden Gesetze auch ohne die außer- ordentlichen Maßnahmen des Diktaturparagrafen ausreichen werden, um das Reichsland ganz deutsch zu machen und zu erhalten. Es war keine dynastische Willkür, sondern es waren unveränder- liche Forderungen des deutschen Volkstums, welche die Zu- gehörigkeit Elsaß-Lothringens zum Reich zu einer Pflicht für den Bestand des Reiches gemacht haben. Wir können jetzt sagen, daß das Band zwischen den Reichslanden und dem Reich seit einem Menschenalter nicht lockere, sondern immer stärker geworden ist. Wir können unsre elsässischen und lothringischen Landesleute nicht wieder aus der Reichsgemeinschaft entlassen, ohne den Bestand unres schwer erkämpften Einheitsstaates zu gefährden. Ein erfolgreicher Zwang in dieser Richtung erscheint nach Lage der Dinge und im Hinblick auf unsre heutige Stärke ungeschicklich und frei- willig werden wir in eine neue Trennung der alten Reichs- gebiete niemals einwilligen. Auch in weiteren Kreisen der Elsaß- lothringischen Bevölkerung ist mehr und mehr die Ansicht zur Geltung gekommen, daß die historische Notwendigkeit das Schicksal der Reichslande unauslöschlich verknüpft hat mit dem Schicksal des deutschen Volkes. Vertrauen spricht aus der hoch- herzigen Kundgebung Sr. Majestät des Kaisers und ein Akt des Vertrauens wird es sein, wenn Sie aus dieser Kundgebung die gesetzgeberische Schlussfolgerung ziehen, welche ich im Namen der verbündeten Regierungen von Ihnen erwarte. Ich bin überzeugt, daß in diesem hohen Hause niemand sein wird, der nicht die Erwartung hegte, daß unsre Elsaß-Lothringischen Landesleute die Aufhebung des Diktaturparagrafen mit derselben Zustimmung aufnehmen werden, in der wir sie gewähren, nämlich mit deutscher Treue. (Beifall.)

Hr. v. Köllner (fr. B.):

Die Bevölkerung der Reichslande hat vom ersten Tage an, wo es ihr möglich war, einen Abgeordneten in den deutschen Reichstag zu senden, das Verlangen auf Aufhebung des Diktaturparagrafen erhoben. Heute soll nun dieser Wunsch endlich erfüllt werden und ich hoffe, der Reichstag wird die Vorlage einstimmig genehmigen. Das Verhalten der elsässischen Bevölkerung wird nach wie vor ein loyales und loyal sein. (Bravo!)

Hr. Dr. Hüffel (Sp.):

Auch meine Freunde hat die endliche Aufhebung des Diktatur- paragrafen mit großer Freude erfüllt. Ein bedeutender Faktor der Verheimlichung wird dadurch aus dem politischen Betriebe entfernt. (Sehr wahr!) Ich hoffe, der Assimilationsprozeß wird zum Segen des Deutschen Reiches und der elsässischen Bevölkerung stetig fort- schreiten. (Bravo!)

Hr. Dr. Vachem (E.):

Auch meine Freunde werden dem Entschluß zustimmen. Wie sehr dieses Geschenk von der elsässisch-lothringischen Bevölkerung begrüßt wird, haben ja dem Herrn Reichsminister die Ansprachen der ver- schiedenen reichslandischen Abgeordneten bewiesen. Auf dem neuen Wege wird man jedenfalls den Assimilationsprozeß besser fördern als auf dem bisherigen. Freilich hätte es nicht ge- schadet, wenn dieser Schritt früher erfolgt wäre. (Sehr richtig!) Hoffentlich wird wenigstens von nun an jedes Mißtrauen zwischen den Brüdern diesseits und jenseits des Rheins schwinden.

Hr. v. Breß (fr. B.):

Die Vorlage bringt den Elsaß-Lothringern lediglich was ihnen gebührt und was ihnen dreißig Jahre lang vorenthalten ist. (Sehr richtig! links.) Herr Vachem hatte daher seine Veranlassung, von einem „Geschenk“ zu sprechen (Sehr richtig! links.) Von einer besonderen Liebenswürdigkeit gegenüber den Elsässern, die in dieser Vorlage liegen soll, kann keinesfalls die Rede sein. Der Diktatur- paragraf war den ausländischen Manifestationen gegenüber voll- kommen machtlos, inländischen Manifestationen gegenüber aber ganz überflüssig, da solche niemals vorgekommen sind. Die Aufrecht- erhaltung der Diktatur konnte nur in einem Mißtrauen beruhen, das seiner Zeit wieder auf völliger Unkenntnis des Charakters der reichslandischen Bevölkerung fuhte. Die Erkenntnis von der Verlethlichkeit des bisherigen Urteils ist nun ja endlich, freilich spät — sehr spät — aber die Regierung gekommen. Man hat die edle Entschlingung des Kaisers mit gewissen Vor- gängen in Elsaß-Lothringischen Ansehens in Verbindung ge- bracht. Ich halte eine solche Auffassung für des Ernstes der Sache unwürdig und bin überzeugt, daß Sr. Majestät der Kaiser und die verbündeten Regierungen sich zu diesem Schritte entschlossen haben, weil sie nach reifer, sachlicher Prüfung diese alte Forderung als be- rechtigt anerkannten. Ich bejahre es auch, daß gerade Herr v. Köller, dessen Wiedererschienen in unserm Lande nicht mit den allerbesten Hoffnungen begrüßt wurde (Große Heiterkeit), sich erweist als der- jenige Faktor, welcher durch Erfüllung gerechter Wünsche nunmehr normale und gesunde Verhältnisse anbahnt. Ich hoffe, daß er auf diesem Wege bleiben und auf ihm fortschreiten wird. (Heiterkeit und Beifall.)

In dem Gesetz selbst ist mir nur eine Bestimmung aufgefallen. Im Absatz 2 des § 10, dessen erster Absatz aufgehoben wird, heißt es: „In politischen Zwecken, insbesondere auch zur Ausführung vor- bezeichneter Maßnahmen ist der Oberpräsident berechtigt, die im Elsaß stehenden Truppen zu requirieren.“ Hier wird also direkt auf die diktatorische Gewalt Bezug genommen. Ich darf wohl eine Er- klärung vom Regierungstische erwarten, daß dies nicht der Absicht der Regierung entspricht.

Hr. v. Weßel (So.):

In seinen einleitenden Worten bemerkte der Reichsminister: er hoffe im Namen der verbündeten Regierungen, daß bei uns im Reichstage diese Vorlage eine ebenso willige Aufnahme finden möge, als sie bei den verbündeten Regierungen gefunden habe. Der Herr Reichsminister hat damit doch einen Satz ausgesprochen, der die Situation unrichtig kennzeichnet. Die verbündeten Regie- rungen thun nicht etwas, was wir bisher verweigert haben, sondern sie thun etwas, was wir schon längst gefordert haben. Wir haben wiederholt mit großer Mehrheit an den Bundesrat das Verlangen gestellt, endlich den Diktaturparagrafen aufzuheben, und erst heute, nach Jahrzehnten, ist er unsrem Ver- langen nachgegeben. Der Umstand, daß der Reichsminister nicht zu wissen scheint, daß wir wiederholt diesen Antrag gestellt, ver- schuldet wohl auch, daß wir neben dem Elsaß-Lothringischen Landes- ausschusse in den Motiven zu dieser Vorlage nicht genannt sind. Ich

halte dies allerdings, entgegen der Ansicht des Hr. v. Köllner, für eine gewisse Unterlassungssünde. Nach den Verhand- lungen, die zum letztenmal über die Aufhebung des Diktatur- paragrafen in diesem Hause, stattfanden am 21. und 23. Februar 1900, konnte man nicht erwarten, daß die Aufhebung so bald erfolgen werde, nach den Erklärungen von offizieller Seite mußte man glauben, daß noch eine geraume Zeit vergehen würde, ehe sich die verbündeten Regierungen zu einem solchen Schritt entschließen würden. Allerdings hatte bereits 1874, als zum erstenmal der Antrag gestellt wurde, Herr v. Puttkamer erklärt: Wir erkennen an, daß der § 10 ein schweres Ausnahmengesetz ist und wünschen alle lebhaft, daß der Zeitpunkt zu seiner Aufhebung recht bald eintreten wird. Mittlerweile sind volle 28 Jahre ins Land gegangen.

Besonders Fürst Hohenlohe hat sich mit einer an ihm ganz un- gewöhnlichen Entschiedenheit gegen das Verlangen des Reichstages, den Diktaturparagrafen aufzuheben, gewandt. Die Auffassung des Reichsministers ging damals dahin, daß der Antrag auf Aufhebung des Diktaturparagrafen nur gestellt werde, um Erregung und Un- zufriedenheit in der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung hervorzurufen, und der konservative Redner erklärte, er könne nur unter der Be- dingung für den Antrag stimmen, wenn zugleich der Elsaß- lothringischen Regierung Machtmittel anderer Art in die Hand gegeben würden, damit sie in ausreichender Weise gegen etwaige revolutionäre Strömungen gesichert sei. Es ist sehr charakteristisch, daß die Regierung heute, um die Konservativen, die vielleicht bei dieser Vorlage ein gewisses Unbehagen empfinden, zu beruhigen, in den Motiven zu versichern giebt, daß gegen gemeingefährliche Bestrebungen das gemeine Recht mit aller Energie an- gewendet werden würde. Meine Partei hat stets darauf hin- gewiesen, daß die deutsche Reichsregierung und die Elsaß-Lothringische Landesregierung „Machtmittel die Hälfte und Fülle haben, um revolutionären und landesverrätherischen Tendenzen entgegenzutreten, und zwar in den Bestimmungen, die das gemeine deutsche Recht und insbesondere das Strafrecht bietet. Es liegt in Elsaß-Lothringen eine so ungewöhnlich starke Garnison, wie in keinem andern Teile des Deutschen Reiches, höchstens in einigen Distrikten des Ostens.

Es wird weiter in den Motiven ausgesührt, daß die verfassungs- mäßige Befugnis des Kaisers zur Erklärung des Kriegszustandes und die Bestimmungen des Kriegsgesetzes über die Vorbereitung des Kriegszustandes in Elsaß-Lothringen vom 30. Mai 1892 durch die Aufhebung des Diktaturparagrafen nicht berührt werden. Ferner giebt die Befugnis des Statthalters, zu polizeilichen Zwecken die in Elsaß-Lothringen stehenden Truppen zu requirieren, unberührt be- stehen.

Es verstand sich ganz von selbst, daß die Elsaß-Lothringische Bevölkerung nach der Annexion mit bittersten Gefühlen gegen Deutsch- land erfüllt war. Genau dieselbe Stimmung würde ja auch etwa die Bewohner der Rheinprovinz ergriffen haben, falls damals Frankreich gefügt und Deutschland das linke Rheinufer abgenommen hätte. Wir würden das Verhalten als eine leude Charakter- losigkeit geburdamt haben, wenn sie sich damals von vornherein mit der Neuordnung der Dinge einverstanden erklärt hätten. Sie waren mit ihren ganzen Lebensinteressen an Frankreich geknüpft und sahen alle diese Dinge mit einem Schlage zerhackt. Um so schlimmer war der Fehler, den die Regierung beging, indem sie Ge- waltmittel aller Art anwendete, ja die Elsaß-Lothringer von Anfang an als Deutsche zweiter Klasse behandelte. Es ist derselbe Fehler, den man auch gegen die Polen begangen hat, auch diesen gegenüber wird man entweder unehren und die fremd- sprachliche Bevölkerung als gleichberechtigte Staatsbürger behandeln müssen, wie es in der Schweiz und Amerika überall für selbstver- ständlich erachtet wird, oder man wird stets neue Erbitterung und neue Revolutionen hervorzurufen, die das Gegenteil von dem erreichen, was man erreichen will.

Wir werden selbstverständlich für diese Vorlage stimmen, darüber ist kein Wort zu verlieren. Aber überrascht hat uns doch, daß die Vorlage kam. Das konnte niemand erwarten und ich habe auch heute an dem Munde des Reichsministers keine Gründe gehört, die uns den raschen Umschwung der Stimmung vom Februar 1900 bis heute hätten erklären können. Was ist denn in Elsaß-Lothringen mittlerweile vorgegangen? Hat sich die dortige Bevölkerung in den letzten zwei Jahren etwa artiger benommen? Nein, die Haltung der Bevölkerung ist in allen Dingen die gleiche geblieben. Gerade die Stelle in den Motiven, in der auf die seltene Anwendung des Diktaturparagrafen in den letzten Jahren hingewiesen wird, beweist, wie ungerecht die Aufrechterhaltung des Paragrafen war. Seit 1897 ist der Paragraf überhaupt nicht mehr angewendet worden. Die beiden Fälle seiner Anwendung im Jahre 1897 aber waren so skandalöser Art, daß man allerdings sagen mußte, die Regierung thate am besten —

Präsident Graf v. Kallstrem (unterbrechend):

Herr Hr. v. Weßel, Sie dürfen die Anwendung eines Gesetzes- paragrafen durch eine deutsche Regierung nicht als skandalös be- trachten. Ich ersuche Sie, sich in Ihren Aeußerungen zu möglichem.

Hr. v. Weßel (fortfahrend):

In Bezug auf die Behandlung der Presse bestanden noch die rückständigen Bestimmungen des französischen Reiches, das der Re- gierung eine ungeheure Gewalt über die Presse giebt. Trotz- dem war die Regierung nicht im Stande, die Blätter auf eine andre Weise als durch die Anwendung des Diktaturparagrafen zu bestrafen. Daraus werden Sie am besten erkennen, was in der That das Unrecht war, daß diese Blätter begangen haben. Und nun mit einemmal diese totale Kenterung, die durch jenen Erlaß des Kaisers vom 9. Mai 1902, datiert von der Hofkönigs- burg, der stammenden Welt verhängt wurde. Es heißt in dem Erlaß, daß der Kaiser den Elsaß-Lothringern einen besonderen Beweis seines Wohlwollens geben wolle. Es ist eine traurige Tatsache, daß bei uns die persönliche Anschauung und das persönliche Wohlwollen in den wichtigsten Staatsfragen eine viel entscheidendere Rolle spielen, als die Grundsätze des Rechtes! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Bevölkerung soll nicht abhängig sein von dem Wohlwollen eines Einzelnen und sei er noch so hoch gestellt: sie hat nicht Wohl- wollen, sondern Recht zu verlangen! (Bravo! bei den Sozial- demokraten.) Das Recht gebot, den Elässern ihre Gleichstellung mit den übrigen Deutschen zu gewähren. Der Kaiser sprach weiter von seinem Vertrauen auf die reichsfreundliche und loyale Stimmung der Elsaß-Lothringer. Wiederholt ist hier von Elsaß-Lothringischen Rednern darauf hingewiesen worden, es sei nicht nachzuweisen, daß die elsässische Bevölkerung in Bezug auf Sinn für Gerechtigkeit zurückstände hinter irgend welchen andern Bevölkerungsteilen Deutschlands. Obgleich es erklärlich gewesen wäre, wenn die Elässen von der ärgsten Mißstimmung ergriffen worden wären, daß der Erlaß von der Hofkönigsburg datiert ist, hat zu aller- hand merkwürdigen Kommentaren in der Presse geführt. (v. Köllner: „Ja, im „Vorwärts“! Heiterkeit.) Der „Vorwärts“ hat die Pres- sistenten nur wiedergegeben. In der Presse hat es geheißen, der Erlaß sei der Dank des Kaisers dafür, daß das Honoratioren- parlament, der Landesausschuß, auf den Lieblingswunsch des Kaisers eingegangen ist und die Mittel zum Aufbau der Hofkönigsburg be- willigt habe. Ich wage das nicht meinetwegen zu be- haupten, ich weiß es nicht, ich konstatierte nur die That- sache, daß in der Presse diese Behauptung aufgestellt worden ist, besonders auch in der „Saar- und der Zeitung“, dem Organ des einflussreichen Landesausschuß- mitgliedbes Jaumez. Wenn diese Annahme der Presse wahr sein sollte, dann möchte ich den Vertretern unres Kaninchenvolkes dringend raten, einmal Umschau zu halten, ob nicht auch dort Burg- ruinen vorhanden sind, die auf Kosten der Provinz angebaut werden können. (Große Heiterkeit.) In der „Köln. Zeitung“

stand noch am 10. Mai ein Artikel, worin ausgeführt wird, daß die Regierung die Waffe des Diktaturparagraphen nicht aus der Hand geben könne. In der Presse wird behauptet, daß die Anschauungen dieser Artikel vom offiziellen Preßbureau, also durch das Reichskanzleramt oder das auswärtige Amt, inspiriert worden seien. An jenem Tage wußte man offenbar im Reichskanzleramt und im auswärtigen Amt noch nicht davon, daß der Diktaturparagraph aufgehoben werden sollte. (Hört! hört! links.) Sollte die Annahme der Presse über den offiziellen Charakter falsch sein, dann bitte ich, dies öffentlich zu konstatieren. Ein ganz ähnlicher Artikel ist noch zwei Tage später in den gleichfalls offiziellen „Münchener Neuesten Nachrichten“ erschienen. Die offiziöse Presse und Regierung scheint also anderer Meinung gewesen zu sein als die allerhöchste Stelle. Weiter möchte ich auf die sehr bedenkliche Methode hinweisen, die sich in geradezu verhängnisvoller Weise breit macht, daß nämlich alle wichtigen Staatshandlungen, ob im guten, ob im bösen Sinne die großen Festlichkeiten, bei denen ein besonderer Glanz entfaltet wird, erfolgen. Ich möchte vor der Öffentlichkeit hiergegen entschieden Verwahrung einlegen, das Ausland muß ja den Eindruck gewinnen, als ob das Deutsche Reich in Glück und Wohlergehen schwämme, wenn es fortwährend die Berichte über die großen Festlichkeiten liest, bei denen die Welt dann durch Erlasse der oben erwähnten Art überrascht wird.

Die Elsäßer haben ja allerdings keinen Anlaß, danach zu fragen, aus welchen Motiven die Aufhebung des Diktaturparagraphen erfolgt ist, sie haben ein Recht, die Maßregel mit Bewunderung zu begrüßen, wenn auch die Dankbezeugungen der elsfassischen Abgeordneten hier mit etwas zu übertrieben und deplaciert erschienen sind. Wenn Herr Biff vom Fortschritt der Entwicklung für Elsfass-Lothringen sprach, so wollen wir doch in dieser Stunde nicht vergessen, daß dazu noch viel mehr gehört als die Aufhebung des Diktaturparagraphen, um die Elsfass-Lothringer zu gleichberechtigten Deutschen zu machen. Vor allen Dingen müßte das Wahlrecht zum Landesauschuß geändert werden. Es giebt keine Volksvertretung, die so wenig den Willen des Volkes zum Ausdruck bringt, wie diese sechs- bis zehnmahl gestiefelte Rotabellverammlung. Eine wirkliche Volksvertretung müßte an Stelle dieser Scheinvertretung treten. (Zuruf des Herrn v. Köller.) Herr v. Köller ruft mir zu, ein besseres Parlament als das elsfass-lothringische giebt's ja gar nicht. (Große Heiterkeit.) Ich schäme die burleske Offenheit des Herrn v. Köller noch aus der Zeit, als er Kollege war. (Große Heiterkeit.) Ich glaub's ihm schon von seinem Standpunkt aus. (Große Heiterkeit.) Ein geselligeres Parlament kann er sich in der That nicht wünschen! Geht man nach den Verhandlungen des Landesauschusses, dann kann es überhaupt kein zufriedeneres Völkchen geben, als die Elsäßer. Um so unbegreiflicher ist es, daß der Diktaturparagraph so lange in Kraft geblieben ist.

Im weiteren bestehen in den Reichsländern noch aus der französischen Reaktionszeit ein Vereins- und Versammlungsrecht, das von der Regierung Napoleons III. stammt und das ganze Verfassungswesen der Polizeivölker preisgiebt. Selbstverständlich haben die Arbeiterorganisationen am meisten über die rückwärtslose Handhabung dieses Gesetzes zu klagen. Für die politische Entwicklung eines Landes aber ist ein freies Vereins- und Versammlungsleben die Grundbedingung. Die freie Meinungsäußerung ist jetzt durch das Gesetz auf das schärfste unterbunden und dieser Zustand kann für ein Kulturvolk nicht geduldet werden.

Endlich aber besteht seit 1808 für Elsfass-Lothringen ein besonderes Preßgesetz. Man hat die alte französische preßgesetzliche Bestimmung aufgehoben, aber man hat nicht, wie sich das, man sollte meinen, von selbst versteht, das deutsche Reichs-Preßgesetz in Elsfass-Lothringen eingeführt. Auch nach dieser Richtung konnte man dem reaktionären Geist und den reaktionären Gelüsten nicht widerstehen. Man bricht den Elsfassern eine Extrawurst, aber eine solche, die ihnen unter Umständen sehr schlecht bekommt. Nach dem elsfass-lothringischen Preßgesetz sind den Landes- und Polizeibehörden eine ganze Reihe von Machtbefugnissen eingeräumt, die ihnen auf Grund des Reichs-Preßgesetzes nicht zustehen würden. Das ist ein unwürdiger Zustand, auf dessen Beseitigung der Reichstag dringen muß. Es ist ja selbst, daß die Elsfass-Lothringer sich förmlich nach dem Reichs-Preßgesetz sehnen müssen, obgleich dies Gesetz, als es 1874 im Reichstag beraten wurde, um ein Haar abgelehnt worden wäre, weil es in seiner heutigen Gestalt so reaktionär ist, daß damals ein großer Teil der Abgeordneten aus den Kleinststaaten nicht glaubten für ein solches Gesetz stimmen zu dürfen, das den Zustand, wie er bisher in ihrem Lande geherrscht hatte, so bedeutend verschlechterte. Erst in letzter Stunde fand sich eine Majorität, die wenigstens endlich einmal ein allgemeines gleiches deutsches Recht auf diesem Gebiete schaffen wollte. Aber wie immer man von unsrem und dem Standpunkt der damaligen Minorität das Reichs-Preßgesetz beurteilt, gegenüber den Zuständen, die in Elsfass bestehen, ist es ein Fortschritt. Wenn die Elsäßer als Deutsche anerkannt werden sollen, dann muß ihnen auch dieses allgemeine deutsche Preßgesetz eingeräumt werden. Sie sehen also, Herr v. Köller, Sie haben noch viel im Elsfass zu thun! (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Reichskanzler Graf Bismarck:

Ich darf es dem Herrn Staatssekretär von Elsfass-Lothringen überlassen, im Namen der reichsländischen Regierung auf die Ausführungen des Herrn Vorredners zu antworten. Die beiden Herren scheinen ein solches Vergnügen zu empfinden, sich nach langer Trennung wiederzusehen, daß ich einer parlamentarischen Aussprache zwischen ihnen gewiß nicht vorgehen möchte. (Heiterkeit.) Ich selbst will nur in aller Kürze auf einige Bemerkungen des Herrn Abg. Webel erwidern. Ich muß zunächst — wenn ich auch nicht gerade überaus davon war — konstatieren, daß, wie der Herr Abg. Webel während unsrer ganzen Aktion in China ärmlicher war als die Chinesen (Lachen bei den Socialdemokraten, sehr richtig! rechts) er jetzt mehr Protektor ist als der energiegelteste Protektor von Elsfass-Lothringen. (Lachen links, sehr richtig! rechts.)

Mit um so größerer Genehmigung habe ich und gewiß die große Mehrheit dieses Hauses soden gehört, in welcher Weise sich die Abgeordneten des Elsfass ausgesprochen haben. Der einzige Mißklang, welcher in diese Debatte getragen wurde, kam nicht von den Vertretern des Elsfass, und ich glaube, daß diese doch die Stimmung der Bevölkerung im Elsfass, ihre Ansichten und Absichten besser wiedergeben, als wie es der Abg. Webel thut und gethan hat. Wenn Herr Webel zu meinem Bedauern die Art und Weise wie die Herren Biff, Hüffel und Köllinger sich ausgesprochen haben, übertrieben und deplaciert nannte, so antworte ich, daß die Worte jener Herren ebenso würdig wie patriotisch waren. (Bravo!) — Nun hat Herr Webel weiter gemeint, wie sei unbelannt, welche Stellungnahme der Reichstag zu den wiederholten Entwürfen auf Aufhebung des Diktaturparagraphen eingenommen hat. Es ist mir wirklich unbegreiflich, wie Herr Webel das sagen kann, da ich ausdrücklich in meiner Rede die verschiedenen Jahre angeführt habe, in denen sich der Reichstag mit dieser Materie beschäftigt hat. Ich wiederhole, daß, wenn in der Begründung darauf nicht Bezug genommen ist, es eine Lücke ist. Herr Webel ist doch auch ein vielbeschäftigter Mann und wird mir zugeben müssen, daß einem so etwas mit unterlaufen kann. Ich habe die Begründung durchgelesen, in dem Moment aber nicht daran gedacht und es deshalb in meiner Rede nachgeholt.

Ein großer Teil der Rede des Herrn Webel galt dem Versuch, einen Widerspruch zu konstatieren zwischen der jetzigen Aufhebung und der dreißigjährigen Aufrechterhaltung des Diktaturparagraphen. Ich habe mich vorher ebenfalls bemüht nachzuweisen, daß die Haltung der deutschen Regierung der Stimmung der Elsfass-Lothringer entsprochen hatte. Diese Stimmung war zu unsrer großen Freude immer ruhiger, sachlicher und loyaler geworden und daraus haben wir das Facit gezogen. Wenn Herr Webel ferner angedeutet hat, der Reichskanzler wäre ausgeschaltet bei dieser Gelegenheit, so habe ich schon gesagt, daß die Aufhebung erfolgt ist nach gründlicher Prüfung der Verhältnisse von Seiten der elsfass-lothringischen Behörden und von meiner Seite. Ich kann hinzufügen, daß ich seit meinem Amtsantritt sowohl mit dem Staatssekretär wie mit einer Reihe von Notabilitäten und Beamten in Elsfass-Lothringen

über diese Frage mich ausgesprochen habe, und nachdem ich auf diesem Wege die Ueberzeugung von der Unbedenklichkeit des Diktaturparagraphen erhalten hatte, habe ich diese Ueberzeugung seiner Majestät Ausdruck gegeben. Herr Webel hat gefragt, ob irgend welcher Zusammenhang bestehe zwischen dieser Aufhebung und dem Bau der Hohkönigsburg. Ich säume keinen Augenblick, darauf zu erwidern, daß zwischen diesen beiden Angelegenheiten nicht der mindeste Zusammenhang besteht. (Lachen links.) Für Lachen ändert das nicht im mindesten. Wenn die Aufhebung des Diktaturparagraphen im Interesse der Sicherheit des Reiches nicht möglich gewesen wäre, so wäre derselbe nicht beseitigt worden und wenn auch der Landesauschuß für Elsfass-Lothringen die Mittel für die Herstellung von 100 Burgen bewilligt hätte. Wenn aber die Aufhebung nötig war, so mußte er aufgehoben werden, wenn auch auf der Hohkönigsburg kein Stein umgedreht wurde. Der Erlaß vom 9. Mai ist datiert von der Hohkönigsburg, um hinzuweisen auf die deutsche Vergangenheit der Reichsländer. Das ist im Reichsländ überall verstanden worden.

Endlich hat Herr Webel auch die staatsrechtliche Stellung der Reichsländer gestreift. Ich glaube, die Mehrheit dieses hohen Hauses wird es verstehen, wenn ich von dieser Stelle heute auf diese Frage nicht eingehe. Das sind sehr komplizierte, weitreichende, schwerwiegende Fragen, die nicht von heute auf morgen gelöst werden können. Ich will deshalb nur so viel sagen, daß für mich in dieser Beziehung zwei Gesichtspunkte maßgebend sind: die Sorge für die Sicherheit, die Integrität des Reiches, die Rücksicht auf die europäische Gesamtlage, den europäischen Frieden einerseits und andererseits die Haltung der elsfass-lothringischen Bevölkerung gegenüber dem Reich, das Tempo der Verschmelzung mit dem Deutschen Reich. Unter diesen beiden Gesichtspunkten werde ich auch ferner diese Frage behandeln. (Beifall.)

Staatssekretär v. Köller:

Die von Herrn Reichs erwähntten Worte haben keine Bedeutung mehr. Daß der Reichstag in den Motiven nicht erwähnt ist, beruht lediglich auf einem Versehen. Herr Webel sprach von einer unerhörten Unterdrückung der elsfass-lothringischen Bevölkerung, die das Gegenteil von dem erreicht habe, was man erreichen wollte. Die heutige Haltung der elsfass-lothringischen Abgeordneten aber beweist doch, daß sie mit der Regierung nicht so unzufrieden sind, wie es Herr Webel darzustellen sucht. Der einzige, der eine besondere Unzufriedenheit zur Schau trägt, ist ein Nicht-Elsässer, Herr Webel. Was hat Herr Webel für ein Interesse daran, hier den Störenfried zu spielen. Er war ja früher Abgeordneter für Straßburg. Dann ist es den gemeinsamen Bemühungen der andern Parteien gelungen, die aus dem Reich importierte socialdemokratische Politik aus den Reichsländern wieder zu beseitigen. Weibels Nachfolger wurde nicht wieder gewählt. Ähnlich ging es den Socialdemokraten in Mülhausen. Die Parteien in den Reichsländern haben eben ein, daß sie besser thaten, sich zu einigen und die Socialdemokratie herauszuschlagen. Das ist gelungen. Das kann ich Ihnen versichern, Herr Webel, die Socialdemokratie wird niemals Boden in den Reichsländern finden. (Na, na! bei den Socialdemokraten.) Die reichsländische Bevölkerung hat viel zu viel Grundzüge, die mit den übrigen nicht zusammenstimmen. Daher erkläre ich hier, daß Herr Webel heute als Störenfried in unsrer friedlichen elsfass-lothringischen Verhältnisse Unzufriedenheit hineintragen will. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Herr Webel brachte auch die bekannten, meiner Auffassung nach unwürdigen Behauptungen einzelner Blätter auf das Tapet. Auf meinen Zwischenruf „Vorwärts“ schien Herr Webel erstlich bedrückt zu sein; (Lachen bei den Socialdemokraten.) er behauptete, der „Vorwärts“ habe diese Anschauungen nur aus andern Blättern übernommen. Nein, der erste Artikel über diese ganze Frage, betitelt „Geldpolitik“, stammt von ihm, und wir wollen ihm den Ruhm dieses Artikels nicht streitig machen. Die Presse in Elsfass-Lothringen hat sich stellenweise ganz anders geäußert. Herr Webel meinte weiter, der Dank, den die Herren bringen, sei vollständig deplaciert. Hier von einem deplacierten Dank zu sprechen, kann doch eigentlich nur Gründe haben, die mit der Vorlage nur in einem losen Zusammenhang stehen. (Gelächter bei den Socialdemokraten.) Dies Gelächter erinnert mich an frühere schöne Zeiten, ich kenne es! (Stürmische Heiterkeit.) Was die Volksvertretung von Elsfass-Lothringen anlangt, so will ich mich gar nicht über die Art und Weise äußern, wie der Landesauschuß gewählt wird. (Gelächter bei den Socialdemokraten.) Aber gegen die Bezeichnung als „Honoratiorengesellschaft“ muß ich doch den Landesauschuß in Schutz nehmen. Ich habe eine Reihe von Parlamenten kennen gelernt, ich kenne die hohe Haus, das preussische Abgeordnetenhaus und das preussische Herrenhaus, aber ich kann Sie versichern, kein Parlament von allen diesen arbeitet besser und zuverlässiger als das elsfass-lothringische. (Stürmische Gelächter bei den Socialdemokraten.) Die Abgeordneten des Landesauschusses sind so gewissenhaft, daß dort selten jemand in den Sitzungen fehlt, und es kommt dort nicht vor, daß so und so oft die Beschlussfähigkeit des Hauses eintritt. (Lurche und Gelächter links.) Herr Webel beschwert sich weiter über das Vereins- und Versammlungsrecht in den Reichsländern. Nehmen Sie es mir nicht übel: Was geht Sie denn das Vereins- und Versammlungsrecht in den Reichsländern an? (Stürmische Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Ich verstehe das gar nicht. In allen Ländern ist doch das Vereinsgesetz der Landesgesetzgebung unterworfen. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Leider!) Des Wubels Kern war ja der Schluß der Weibelschen Rede, in dem er von der rückwärtslosen Handhabung der Bestimmungen des Koalitionsrechtes sprach. Diese „rückwärtslose“ Behandlung des Vereinsrechtes in Ungunsten der Koalitionen basiert auf einem Urtheil des Reichsgerichts. Das Reichsgericht hat entschieden, daß § 152 der Gewerbeordnung nicht in der Weise für Elsfass-Lothringen maßgebend ist, daß man ohne polizeiliche Genehmigung zu jeder Vereinigung zusammenzutreten könnte, sondern Vereine von mehr als 20 Personen bedürfen der polizeilichen Erlaubnis. Weib denn Herr Webel nicht, daß für Elsfass-Lothringen mit Ausnahme von drei Bestimmungen (Zuruf bei den Socialdemokraten.) wörtlich Paragraph für Paragraph dasselbe Gesetz gilt wie das Reichs-Strafgesetz? (Hört! hört! rechts.) Nur in das Einführungsrecht sind für Elsfass-Lothringen drei andersartige Bestimmungen aufgenommen worden. Erstens besteht bei uns noch die Bestimmung, daß jeder, der ein Preßunternehmen begründet, eine Kaution hinterlegen muß. Zweitens wird bestimmt, daß die Auslandspresse unter Umständen verboten werden kann, und drittens sind gewisse Preßzeugnisse in der Kolportage verboten, die für das andre deutsche Reich nicht verboten sind.

Ich will schließen. (Ironische Zurufe: Ach! bei den Socialdemokraten.) Aus der Rede des Abg. Webel habe ich nur die eine Bemerkung mit Freuden begrüßt, in der er sagte: „Mögen die Elsfass-Lothringer nun auch das Vergnügen empfinden lernen, Deutsche zu sein!“ Also scheint Herr Webel inzwischen — wir haben uns lange nicht gesehen — mehr Vergnügen daran gefunden zu haben, ein Deutscher zu sein. Das freut mich! (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.)

Abg. Schlumberger (Hospitalant der Nationalliberalen)

erklärt, seine Freunde würden der Vorlage zustimmen. Der elsfass-lothringische Volkstamm sei für Gerechtigkeit und Großmut sehr empfänglich und wisse Vertrauen mit Vertrauen zu vergelten. (Beifall.)

Abg. Haußmann-Böblingen (libd. Sp.): Meine politischen Freunde werden der Vorlage zustimmen. Ich konstatiere, daß die Politik der Versöhnung, die aus der Vorlage spricht, früher im Reichstage vorhanden war als im Bundesrat. Je freier Sie die elsfass-lothringische Bevölkerung regieren, desto deutscher wird Elsfass-Lothringen sein.

Abg. Gamp (Rp.):

Die große Mehrzahl meiner politischen Freunde stand, als sie gegen die Aufhebung des Diktaturparagraphen stimmte, auf dem Standpunkte, daß in dieser Frage allein die Regierung entscheiden sollte. Damals hielt ich so ruhiger Mann, wie Fürst Cohnenlohe,

die Aufhebung des Diktaturparagraphen für unmöglich. Der jetzige Reichskanzler sagt, daß die Verhältnisse sich inzwischen geändert hätten. Wir werden ihm folgen, müssen ihm aber die Verantwortung überlassen.

Abg. Baron de Schmid (El.):

verliest eine kurze Erklärung, in der er seiner Befriedigung über die Aufhebung des Diktaturparagraphen auspricht.

Abg. Webel (zur Geschäftsordnung):

Ich mache den Herrn Präsidenten darauf aufmerksam, daß der Herr Vorredner seine Rede abgelesen hat. Dies ist nach der Geschäftsordnung nicht zulässig. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.)

Vizepräsident Biffing:

Es ist mir nicht entgangen, daß der Herr Abgeordnete seine Rede abgelesen hat. Es war mir aber auch nicht unbekannt, daß er vorher bei dem Herrn Präsidenten gewesen ist und um die Erlaubnis gebeten hat, seine Rede vorlesen zu dürfen, da er der deutschen Sprache nicht in genügendem Maße mächtig sei.

Abg. Webel (zur Geschäftsordnung):

Wenn ich die Sache überhaupt hier zur Sprache gebracht habe, so hat mich nur der Umstand dazu veranlaßt, daß der Abg. Baron de Schmid jüngst zu einer hohen Stellung in der deutschen Armee befördert worden ist, während er nicht in der Lage ist, eine Rede in deutscher Sprache zu halten. (Große Heiterkeit.)

Vizepräsident Biffing:

Was der Herr Abgeordnete im Privatleben ist, geht uns hier nichts an. Hier ist er nur Abgeordneter. (Rufe links: Nur? Unruhe.)

Abg. v. Lebedow (L.):

Ich hoffe, daß sich der Reichstag den Freudenbecher, den ihm der Reichskanzler heute kredenz hat, nicht durch den Weibelschen Bernmüdtropfen verderben läßt. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Die Verantwortung für die Aufhebung des Diktaturparagraphen müssen wir der Stelle überlassen, die allein die Verantwortung tragen kann, der Regierung. Mit aufrichtiger Freude werden wir der Vorlage zustimmen.

Abg. Seibt (So.):

So wie der Reichskanzler s. J. meinte, ich sei chinesischer, als die Chinesen, so hat er mich heute proteflischer, als die Protefler genannt. Ich hätte gedacht, er würde sich inzwischen mit unsrer prinzipiellen Auffassung besser vertraut gemacht haben. Unfre Stellung erklärt sich aus unsrem Programm, wonach wir jedes Unrecht geben und jede Unterdrückung einer Rasse, einer Klasse, einer Nationalität zu bekämpfen haben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Auch hier haben wir es für notwendig gehalten, nachzuweisen, daß noch eine ganze Menge von Unrecht in Elsfass-Lothringen auch nach der Aufhebung des Diktaturparagraphen bestehen bleibt und haben verlangt, daß ummehr die Konsequenzen des gethanenen Schrittes gezogen und auch das weitere Unrecht wieder gut gemacht werde. Wenn kein elsfassischer Vertreter sich veranlaßt gesehen hat, daselbe zu thun, so muß ich das diesen Herren überlassen, so geht mich das nichts an. Als deutscher Volksvertreter nehme ich das Recht für mich in Anspruch, die Rechte der Elsfass-Lothringer als deutsche Reichsangehörige hier zu vertreten. Zudem haben mich meine elsfass-lothringischen Genossen ausdrücklich gebeten, auch ihre übrigen Schwergen bei dieser Gelegenheit zur Sprache zu bringen. Das ist mein gutes Recht, umso mehr, als eine Reihe drückender Bestimmungen nur auf dem Wege der Reichsgesetzgebung aufgehoben werden kann. Der Reichskanzler hat sich dagegen verwahrt, daß er die Beschlüsse des Reichstages über den Diktaturparagraphen nicht kenne. Ich bedauere, die ersten Worte des Reichskanzlers nicht gehört zu haben; ich hätte dann meine Ausführungen nicht gemacht. Auch seine Erklärung über die unbeabsichtigte Lücke in den Motiven, die er im Orange der Geschäfte übersehen habe, hat mich zufrieden gestellt. Herr v. Köller muß den Verhandlungen des Reichstages sehr wenig Aufmerksamkeit schenken, sonst würde er wissen, wie oft hier schon von sächsischen oder vom preussischen Vereins- und Versammlungsrecht die Rede gewesen ist. Die Bestimmungen des elsfassischen Vereinsrechtes wirken ja auch auf die Handhabung des Koalitionsrechtes dort ein, berühren also eine Reichslücke. In Frankreich sind diese Gesetze längst beseitigt, mit denen im Elsfass die Bevölkerung noch immer mißhandelt wird. Herr v. Köller nennt mich einen Störenfried à tout prix. Ja, wir sind doch nicht verpflichtet, mit den Herren von der Regierung Brüderschaft zu trinken. (Große Heiterkeit.) Herr v. Köller empfindet große Befriedigung darüber, daß in den Reichsländern kein Socialdemokrat gewählt worden ist. Ich gönne ihm die Freude, es fragt sich nur, wie lange sie dauert. (Heiterkeit.) Die Socialdemokratie ist er noch lange nicht los. In verschiedenen Gemeindevertretungen sitzen Socialdemokraten, die sich nachdrücklich der Rechte der Bevölkerung annehmen. 1898 habe ich auf ausdrückliches Verlangen meines Hamburger Wähler in Straßburg nicht mehr kandidiert. Die Stimmzahl, die sich auf meinen Nachfolger Wöhle vereinigt, war über Erwarten groß. Zur Freude hat Herr v. Köller also wirklich keinen Anlaß. Angenehm war es mir vom Reichskanzler zu hören, daß zwischen dem Aufbau der Hohkönigsburg und der Aufhebung des Diktaturparagraphen kein Zusammenhang bestehe. Den „Vorwärts“ habe ich in gar keiner Weise desabonniert, sondern nur konstatiert, wie die deutsche Presse, in erster Linie die „Saargemünder Btg.“, gerüchelt hat. Herrn v. Köller erinnerte unser Lachen an die alten schönen Zeiten; mich auch, besonders an jenen Tag, wo Grillenbergers ihm zurief: Herr v. Köller, es wird immer böller! (Große Heiterkeit.) Das Lob, das er dem Landesauschuß gesendet hat, kann ja das preussische Abgeordnetenhaus und das Herrenhaus nicht machen. Nur in drei Punkten unterscheidet sich nach Herrn v. Köller das elsfassische Preßrecht vom deutschen; aber diese drei Punkte sind gerade die Hauptsache (Heiterkeit), vor allem die von allen Parteien verurteilte Kautionspflicht. Durch solche Bestimmungen werden die Elsäßer als Deutsche zweiter Klasse behandelt, und ihre Beseitigung muß mit aller Energie gefordert werden. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär v. Köller:

Herr Webel hat zum zweitenmale das Preßgesetz als Ausnahmegesetz für die Elsfass-Lothringer bezeichnet. Das ist ganz falsch. Wenn Herr Webel nach Straßburg kommt, so leidet er ebenso unter dem Kautionssparagrafen, wie jeder Elsäßer. (Stürmische Gelächter bei den Socialdemokraten.) Von einem Ausnahmegesetz speziell gegenüber den Elsfass-Lothringern kann also nicht die Rede sein. (Andauerndes Gelächter links.)

Abg. Siebeck (Po):

Meine Freunde werden natürlich für die Vorlage stimmen. Es ist ja bekannt, daß noch eine andre Bevölkerung innerhalb des Deutschen Reiches unter weit schärferen Ausnahmemaßregeln zu leiden hat, wie die Elsfass-Lothringer. Herr Webel gab uns Polen den Rat, wir sollten sehen, ob nicht auch bei uns eine Wurg zu reparieren ist. Nun, Graf Bismarck hat ja jeden Zusammenhang zwischen der Hohkönigsburg und dieser Vorlage gelugnet und wir haben allem Grund ihm zu glauben, nachdem er erst vor kurzem über unsre Zustände sich so unterrichtet gezeigt hat. Wenn wir aber auch zwei Elsäßer bauen würden — uns Polen würde das nichts helfen. In dem Augenblicke, wo hier Friedensworte gesprochen werden, ist in einem Bundesstaate, Preußen, ein Ausnahmegesetz (Stoche des Präsidenten.)

Vizepräsident Biffing:

Herr Abgeordneter, ich muß Sie unterbrechen. Was Sie eben sagten, steht in keinerlei Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz. (Unruhe links.)

Abg. Siebeck:

Herr Webel fand vorhin ebenfalls einen Zusammenhang zwischen diesen beiden Gesetzen, ohne unterbrochen zu werden.

Vizepräsident Biffing:

Herr Webel hat lediglich eine Parallele gezogen zwischen den Verhältnissen im Osten und im Westen, er ist mit keinem Worte auf

Einem dem preussischen Abgeordnetenhaus vorliegenden Gesetzentwurf eingegangen.

Abg. Glebocki:

Auch ich wollte nur eine Parallele ziehen zwischen dem, was hier und dort geschieht, mich aber nun darauf verzichten. — Hinweisen muß ich aber darauf, daß der Augenblick der Einbringung dieses Gesetzes zusammenfällt mit einem Augenblick, wo wir gehört haben, wie man vom polnischen Uebermut spricht und das deutsche Volk gegen diesen polnischen Uebermut zum Kampfe aufruft. (Sehr gut! links.)

Worin besteht der polnische Uebermut? Der besteht darin, daß sich die Polen ihre Nationalität, ihre Sprache bewahren wollen. Das ist der polnische Uebermut, wegen dessen Sie zum Kampfe aufgerufen worden sind. Zum Schluß kann ich mich nur den Worten Webers anschließen, daß von dem Wohlwollen eines Fürsten das Schicksal eines Volkes nicht abhängt. Ich füge hinzu: auch von dem Mißfallen eines Fürsten ist das Geschick eines Landes unabhängig. (Lebhafter Beifall bei den Polen.)

Reichskanzler Graf v. Bülow:

Der Abg. Weber hat vorher auf die oppositionelle Haltung der „Münchener Neuesten Nachrichten“ hingewiesen und dieses Blatt als offiziös bezeichnet. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ sind ein Blatt, das mich häufig angreift. Ich nehme es keinem Blatt

übel, wenn es mich angreift, ich nehme es auch der „Deutschen Tageszeitung“ nicht übel (Heiterkeit), aber sie als offiziös zu bezeichnen, das geht doch über den Späß. (Große Heiterkeit.) Wenn der Abg. Weber sich dann über die Ernennung des Baron de Schmid aufgehalten hat, so wird er doch nicht bestreiten können, daß Sr. Majestät kraft seiner Kommandogewalt das Recht zu dieser Ernennung hatte. Wenn Herr Weber aber auf den Umstand hinwies, daß Herr de Schmid eine französische Erziehung genossen hat, so erkläre ich: Uns ist jeder Elässer willkommen, der sich jetzt rückhaltlos zu uns bekennt und ich bin überzeugt, daß auch Baron de Schmid sich der Pflichten bewußt ist, die ihm die Ehre, preussische Uniform tragen zu dürfen, auferlegt.

Auf die Rede des Abg. v. Glebocki kann ich nicht eingehen. Sie berührt Verhältnisse eines Einzelstaates. Ich habe die Pflicht, die verfassungsmäßigen Rechte der Einzelstaaten zu wahren und es ist mir deshalb nicht möglich, mich hier mit Herrn v. Glebocki auseinanderzusetzen. Im Abgeordnetenhaus will ich diese Auseinandersetzung gern mit ihm führen. Wenn aber Herr v. Glebocki auf die von Sr. Majestät auf der Marienburg erhaltene Rede zu sprechen gekommen ist, so habe ich zu erklären: Diese Rede war nichts als der Ausdruck monarchischer Pflichtgefühl und es war vollkommen in der Ordnung, daß Seine Majestät gerade auf der Marienburg diese Rede gehalten hat. (Lärm links und bei den Polen.) Graf Bülow mit erhobener Stimme

fortfahrend: Ja wohl, es war in der Ordnung, daß der Kaiser gerade auf der Marienburg diese Rede gehalten hat, weil gerade die Marienburg seit alter Zeit ein Wahrzeichen des Deutschlands im Osten ist. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Wetterlé (Elässer) polemisiert gegen den Abg. Weber. Die Elässer bedürften nicht der Anregung der Socialdemokraten, um ihre Pflicht zu erfüllen.

Das Haus tritt sofort in die zweite Beratung ein und nimmt den Gesetzentwurf einstimmig an.

Es folgt hierauf die Wahl von sieben Mitgliedern des Reichstags zu dem Beirat für Arbeiterkassaf. Auf Antrag des Abgeordneten Hompeich werden per Acclamation gewählt die Abg. Bauermeister (Sp.), Seyl zu Herrnsheim (natl.), Hige (C.), Jakobstötter (L.), Wolfenbühler (Soz.), Petcha (C.) und Schmidt-Eberfeld (fr. Sp.)

Es folgt die Beratung von Petitionen. Eine Petition aus Einschränkung des Gewerbebetriebes der Militärmuster wird dem Reichskanzler in einzelnen Teilen zur Berücksichtigung, in anderen Teilen zur Erwägung überwiesen.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Dritte Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Aufhebung des Diktaturparagraphen. Zweite Lesung des Judensteuer-Gesetzes, der Brüsseler Konvention und des Stöbftoff-Gesetzes.) Schluß 6¼ Uhr.

WARENHAUS A. WERTHEIM

Leipzigerstr. 132-135 (Versand-Abteilung). Rosenthalerstr. 27-29. — Oranienstr. 62-55.

Extra-Preise

Montag, Dienstag, Mittwoch: **Reise-Artikel**

Bade-Anzüge für Mädchen	
rot Kattun, 4 Größen 80, 90 Pf. 1 Mk., 1.10 Mk.	
bunt Perkal, 3 Größen 1 Mk., 1.10, 1.20 Mk.	
Bade-Anzüge für Damen	
rot Kattun 1.20, 1.30, 1.40 Mk.	
bunt Perkal 1.40, 1.50, 1.60 Mk.	
rot Kattun mit Plüss-Garnitur 2.40, 2.55, 2.70 Mk.	
Bade-Tricot für Damen u. Mädchen	
1.70, 1.85, 2.10, 2.30 Mk.	
Bade-Tricot für Knaben	
1.15, 1.30, 1.75, 1.90 Mk.	
Bade-Tricot für Herren	
1.45, 1.75, 2.20, 2.60 Mk.	
Bade-Mäntel weiss	
3.50, mit Kappe 4.25 Mk.	
Bade-Mäntel bunt	
4.25, mit Kappe 5 Mk.	
Frottiertücher weiss	
35, 46, 70, 90 Pf.	
Frottiertücher bunt	
35, 46, 75 Pf., 1.05 Mk.	
Frottiertücher weiss	
2.50, 2.80, 3.50 Mk.	
Frottiertücher bunt	
2.60, 3.75, 5.30 Mk.	
Frottiertücher für Kinder	
weiss 1.05, 1.30, 1.60, bunt 1.20, 1.90 Mk.	
Badekappen	
12, 18, 36, 55, 85 Pf.	
Badehantoffel	
60, 85 Pf., 1.05 Mk.	

Hutschachteln	
aus geformter Pappe mit Verschluss- und Tragriemen	
Durchm. ca. 33 36 40 cm	
80 Pf., 90 Pf., 1.10 Mk.	
Kostümkartons	
in Kofferform, aus geformter Pappe mit Verschluss- u. Tragriemen	
Größe 50/60 55/65 cm	
2.15 2.25 Mk.	
Reise-Necessaire	
Rindleder m. komplett. Einrichtung 9 Mk.	
Reisedecken	
4.50, 8.10, 10.50 Mk.	
Wagendecken	
7.65, 11.25 Mk.	
Triumphstuhl	
mit Armlehne und Fussverlängerung 3.25 Mk.	
Ein grosser Posten	
Gartendecken	
1.25, 1.90, 2.40 Mk.	

Rindleder-Plaidriemen	
ca. 1 Mtr. lang mit Griff	38 Pf.
Reiserollen	
Ledertuch mit Gummistofffutter	35, 55, 70 Pf.
Handkoffer	
Leinen mit Ledereinfassung	
Länge ca. 45 50 55 60 cm	
2.35 2.60 2.75 3.25 Mk.	
Faltenkoffer	
brauner Panamastoff mit Stofffutter mit Aussenriemen	
Länge ca. 50 55 60 65 cm	
5.50 6.— 6.75 7.25 Mk.	
Damenhutkoffer	
schwarz Ledertuch od. braun Panama, m. Einsatz u. Schloss	
2.60 u. 3.60 Mk.	
Koffertaschen	
Rindleder mit 4-fachem Verschluss und Aussenriemen	
ca. 45 48 51 54 57 60 65 cm	
18.— 19.— 20.50 21.75 23.— 25.50 26.75	
Handtaschen	
Rindleder, lange englische Form	
Lge. ca. 30 33 36 39 42 45 48 cm	
5.— 5.50 6.— 6.75 7.50 8.50 9.75	
Handtaschen	
Rindleder, hohe eckige Form	
Lge. ca. 30 33 36 39 42 45 48 cm	
7.— 7.75 8.50 9.50 11.— 12.— 13.50	
Kuriertaschen	
Leder m. Lederfutter u. Riemen	
90 Pf. 1.50 2.25	
Rucksäcke	
braun, wasserdicht, gefüt., m. Klappe	
2.25 2.60 3.25	
Weisse Ledergürtel	
mit Metallschnalle 35 Pf.	

Ferner empfehlen wir: **Photograph. Artikel**

in grosser Auswahl.

Preisliste kostenlos.

Genossenschafts-Bäckerei „Vorwärts“

Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht, Berlin, Am Ostbahnhof Nr. 3.

Bilanz-Gewinn am 31. Dezember 1901.

Activa.		Passiva.	
An Cassa-Gewinn	1448,35	Per Conto u. Corrent-Gewinn	1923,—
Waren-Gewinn	1005,—	Erditoren	1900,—
Gewinn-Gewinn	2014,15	Darlehens-Gewinn	340,—
Umsatz-Gewinn	156,—	Gewinn-Gewinn-Gewinn der Mitglieder	873,32
Conto u. Corrent-Gewinn	1144,90	Bau-Gewinn-Gewinn	885,22
Debitoren		Gewinn u. Verlust-Gewinn, Gewinn	446,96
			446,96
	Dr. 5768,40		Dr. 5768,40

Gewinn- und Verlust-Gewinn am 31. Dezember 1901.

Debet.		Credit.	
An Umsatzen	13 865,13	Per Waren-Gewinn, Brutto-	14 805,39
Zinsen	95,—	gewinn	
Gewinn-Gewinn, Ab-			
schreibung	333,90		
Umsatz-Gewinn, Ab-			
schreibung	64,00		
Gewinn-Saldo	440,96		
	Dr. 14 805,39		Dr. 14 805,39

Im Laufe des Jahres 1901 sind weder Genossen eingetreten, noch ausgeschieden. Mitgliederzahl am 31. Dezember 1901: 7.

Die Geschäftsgewinne sowie die Kassasummen der Genossen haben sich im Geschäftsjahre 1901 wieder vermehrt, noch vermehrt. Die Geschäftsgewinne der Genossen betragen per 31. Dezember 1901 Dr. 340,—. Die Kassasummen der Genossen betragen per 31. Dezember 1901 Dr. 340,—.

Der Vorstand.

Hermann Teupel, Geschäftsführer. Friedrich Viehöfer, Kassierer.

Bekanntmachung. Cigarren Die Konkursmasse

der Firma Rauscher & Fabisch, gegenüber Central-Hotel, Friedrichstraße 91, Hof 1. Unts. Fabrikgebäude, bestehend aus großen Behältern Sumatra, Brasil, Holländer und Habana-Cigarren, auch feinsten Qualitäten-Handarbeit, werden täglich gegen bar zu sehr günstigen sehr billigen Preisen ausverkauft. Händler, Wirte und Konsumanten werden hierauf aufmerksam gemacht. Auf Requisition laut Verzeichnis 10 Prozent Rabatt. Käufernach Nachnahme von 300 Stück an.) 1096*

Restaurant zum Lindenpark

Friedrichsfelde, an der Kirche. Vollständiges Lindenpark der Straßenbahn Spittelmarkt-Alexanderplatz-Friedrichsfelde. Größtes Etablissement des Ostens. Großer Garten und Spielplatz. Vereinen und Schulen bestens zu empfehlen. Kaffeehaus von 2-6 Uhr geöffnet. Deutsche Wälderküche.

Wanzen

missant der Brut werden sofort und gründlich vertilgt und durch das berühmte „Concentrierte Wanzen-Fluid“ (bedeutend verstärkt), welches Spezialmittel von unerschütterlicher und dauernder Wirkung. Wälder geruchlos, nicht feuergefährlich, hinterläßt nirgends Flecke. Einzig mögliche Ausrottung und totale Vernichtung. Fl. 50 Pf. W. L., 2.—, 3.— und 5.—, Sprühapparat 50 Pf. Für radikalen Erfolg garantiert der alleinige Fabrikant Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4. Vor Nachnahmen und wirkungsvollen Mittel wird gewarnt! Hier frei Haus durch meine Gespanne, nach ausw. gegen Boreinf. oder Nachnahme.

Berliner Bock-Brauerei

Tempelhofer Berg. Jeden Sonntag: Tempelhofer Berg. **Przywarski-Konzert.** (Kapelle d. Königin Auguste Garde-Grenadier-Reg. Nr. 4 in Uniform.) Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf. 40260*

Im Saal: Grosser Ball.

Empfehle den geehrten Vereinen Garten und Säle zur Abhaltung von Sommerfesten. August Radatz, Deponom.

„Pferdebucht“, Restaurant b. Köpenick.

Empfehle mein allbekanntes, in herrlichem Laubwalde gelegenes Lokal den geehrten Gesellschaften und Vereinen zu Ausflügen und Landpartien. Sommerwohnungen mit und ohne Pension. Großartige Promenaden. 100 Morgen Spielplätze. 1000 Ställe. Ausspannung für 80 Pferde. Gute und berühmte Küche. — Es ladet zum Besuch freundlichst ein Wilhelm Bräsewitz, Besitzer.

„Märkischer Hof“, Admiral-Strasse 18c.

Inh.: L. Albrecht. Jeden Sonntag **Grosser Ball** bei stark besetztem Orchester: unter Leitung des Tanzlehrers Herrn Otto Bertholy. Empfehle meine Säle, 150-400 Personen fassend, zu Festlichkeiten und Versammlungen. Einige Sonntags in den Herbstmonaten noch frei und an Vereinen unter coulanten Bedingungen zu vergeben. 4211L*



J. Baer,
BERLIN N. (3899)
26, Badstraße 26,
Ecke Prinzen-Allee,
u. 37 Schlemmerstrasse 37
empfehle, wie bekannt, in reifester Aus-
führung und
allerbilligsten streng festen Preisen:
**Herren- u. Knaben-
Garderobe.**
Arbeitsachen.
Grosses Stofflager
zur Anfertigung nach Mass.

Metzners Korbwaren-Fabrik

Berlin, Andreasstraße 23. Pappwagen, Leiterwagen, Sportswagen, Kinderstühle. III. Geschäft: Brunnenstr. 95. IV. Geschäft: Leipzigerstr. 54/55. **Kinderwagen, Grösstes Lager Kinderbettstellen. Berlins.** Musterb. gratis.

1000 Mark Belohnung zahle ich jedem, der mir in Berlin ein größeres Spezialgeschäft in der Branche als das meinige nachweist. Diese Belohnung bietet ich schon seit 15 Jahren an und ist meine Konturrenz garnicht in der Lage, diese 1000 Mk. zu verdienen.

Wo treffen wir uns heute Sonntag?

Im Grunewald beim Bier! **„Wirtshaus zum Schwan“** 43468*

Hallerische der elektrischen Straßenbahn. Ede Delbrückstraße. Großer schöner Garten, Tierpark, u. a. dresierter Bar. Prachtiger Tanzsaal. 2 verdeckte Regalbahnen. Kaffeehaus. Volkbelustigungen aller Art. Jeden Sonntag: **Freikonzert u. großer Ball.** Lokal Grunewald.

Neues Klub-Haus Kommandantenstraße Nr. 72. Sonntags, Mittwochs, Donnerstags: Grosser Ball. NB. Säle an Sonnabenden und Sonntagen nach frel. H. Ebert. 40072*	Sanssouci, Schmargendorf Hallerstr.: Schäferhaus-Polend. Sonntags: Konzert u. Ball. H. Weiss u. Maurischbier. Kaffee- haus, Regalbahnen, Spielplätze etc. H. Ebert.
--	--



**Spree-Havel-
Dampfschiffahrt-Gesellschaft**
„STERN“.
38 Salon-Schraubendampfer und ein Elektrisches Boot.
Wir empfehlen den verehrlichen Gewerkschaften, Vereinen, Gesell-
schaften, Schraubschiffen etc. zu Sommerausflügen nach allen Plätzen der
Odersee, Dahme, Untersee und Havel Sonntags wie Wochen-
tags unsere flutlich mit Sonnenzelt versehenen eleganten Salon-
dampfer zu 100-300 Personen, ferner neue neuen für ca. 400
Personen eingerichteten, mit elektrischer Beleuchtung und
Schraubwerkern ausgestatteten Dampfer unter den billig-
sten Bedingungen als angenehmes Transportmittel.
Aufträge nehmen entgegen und erteilen Auskunft unsere Bureau:
Berlin 80.
Brückenstraße 13, I. Telefon: Amt VII, Nr. 1025.
Potsdam,
Lange Brücke, Wachtgebäude unmittelbar an der Dampferstation.
Telephon Nr. 124.
Die Direktion.
42529*

Ausschneiden!

Butterhandlung J. Maeding
empfehle in seinen:
Fillialen:
Andreas-Markthalle
(Stand 115-118)
Frankstraße 48,
— direkt neben der Halle. —
Fruchtstraße 60
Buhowerstraße 14
Feine Grassbutter 100 Pf.
Sehr feine do. 110 „
Das Allerfeinste, den
allerveredeltesten Ge- 120 „
schmack aufweisend alle
Sorten frisch frische Eier, alle
Sorten Käse, deutscher und fran-
zösischer Art. 43092*

Wiederverkäufer erhalten direkten Engros-Preis,
da ich mit verschiedenen erstklassigen Molkereien abgeschlossen habe.
Um geneigten Zuspruch bittend, zeichnet
Hochachtungsvoll die Firma: **J. Maeding.**

Sonder-Angebote

für den Hochsommer.

Sommer-Joppen für Herren	90 Pf.
Lüstre-Jackets für Herren Schwarz	2 Mk 65
Cachemire-Jackets für Herren, ganz gefüttert	6 Mk 50
Schul-Anzüge 6, 6, 4, 3, 2,50 bis	1 Mk 80
Lawn-tennis-Anzüge für Herren	6 Mk
Herren-Wasch-Anzüge 8 Mk	5 Mk 75
Herren-Anzüge moderner Fischgrät	18 Mk
Herren-Sommer-Hosen gr. Auswahl 3 Mk	1 Mk 75
Weisse Satin-Hosen für Offiziere, Postbeamte usw.	3 Mk.
Herren-Hosen effectvolle Buckskins	4 Mk 50
Anzüge nach Mass reine Wolle	27 Mk

Beste, billigste Strohhüte:

Kniff-Hüte 2, 1 Mk, 65 Pf. | Palm-Hüte 1 Mk, 25 Pf. | Binsen-Hüte 90 Pf.

BAER SOHN

Fabrikation u. Maass-Anfertigung guter Herren- u. Knaben-Bekleidung

Chausseestr. 24a/25 || II Brückenstr. II || Gr. Frankfurter Str. 20

Die 19te Preisliste 1902 über gesammte Herren- und Knaben-Ausstattungen wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Infolge vielseitig geduhter Wünsche sehen wir uns veranlagt, unsere

Ausstellung moderner Kunststickereien

hergestellt mit der Singer-Familien-Nähmaschine

Leipziger Straße 92, I. Etage

bis Sonnabend, den 14. Juni, abends zu verlängern.

Geöffnet von 10—8 Uhr.

Eintritt unentgeltlich.

Zur Besichtigung dieser interessanten, eine Sehenswürdigkeit bildenden Ausstellung erlauben wir uns ergebenst einzuladen.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

4364L*

Leipziger Straße 92.

Marienburger Pferde-Lotterie

Ziehung schon 12. Juni. 3080 Gewinne im Werte von

80 000 Mk.

Lose à 1 M. — 11 Stück 10 M. 28 St. 25 M. (Porto u. Liste 20 Pf.)

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

Bankgeschäft Berlin W., Friedrichstrasse 191. Filialen: NW., Wilsnackerstr. 63. O., Andreasstr. 46a. 4202L*



Prima **Fahrräder**, auch auf Teilzahlung ohne Preisverhöhung an constanten Bedingungen unter Garantie. Wenig gebrauchte Räder auch auf Theils unter Garant. Preise bedeutend ermäßigt. Reparatur-anhalt aller Systeme schnell und billig. **Adomeit & Landau**, Potsdamerstr. 48 I, am Rosenth. Th.

van Houten's Cacao
Das beste tägliche Getränk!

Gesundheit ist Reichtum!
Dampf- und Heissluft-Bäder
wirksamstes, erfolgreichstes und billigstes Mittel gegen Erkältung, Gicht und Rheumatismus. Lieferung an sämtliche Krankenhäuser. 3831L*

Bad Frankfurt | **Ritter-Bad**
136 Gr. Frankfurterstr. 136 | 18. Ritter-Strasse 18.
Specialität:
Russ. bezw. Dampfkasten-, Röm. bezw. Heissluft-, Lohtannin-, Sool- und Schwefelbäder täglich für Damen und Herren.

Die Preise unserer Schuhwaren

sind streng fest und auffallend billig.

Unsere Qualitäten

sind von anerkannter unübertroffener Haltbarkeit. Unsere Passformen

in ihren verschiedenen Façons sind unerreicht.

Wir verkaufen unsere Erzeugnisse ohne irgend welchen Zwischenhändler direct an das Publikum in unseren eigenen 72 Filialen. Daraus spart daher den Unterschied im Preise, welchen sonst der Zwischenhändler für sich in Anspruch nehmen muss. Unsere Preise werden in unseren Fabriken auf jede Sohle aufgestempelt.

Jede Uebervorteilung daher unmöglich.

Man achte genau auf unsere Firma.



Herren-Leder-Zug-Stiefel mit Besatz, bequem, dauerhafter Strassstiefel 4,50 Mk.



Herren-Leder-Schnellen-Stiefel, bequemster 9,80 Mk. Stiefel der Jetztzeit



Herren-Leder-Schnür-Stiefel dauerhaft, elegant . . . 7,00 Mk. elegante, breite Form . . . 8,20 Mk.



Damen-Leder-Zugstiefel, angenehm und haltbar 3,40 Mk.



Damen-Leder-Schnür-Stiefel, bequem 5,50 Mk. — solide.



Damen-Leder-Knopfstiefel elegant — dauerhaft 6,00 Mk

Mädchen-, Knaben- und Kinderschuhe

in allergrösster Auswahl, unerreicht billig.

Ab unseren Fabriken findet kein Versand statt, man wende sich daher stets an die nächstliegende Filiale.

Farbiges Schuhwerk in den modernsten Farben für Damen, Herren und Kinder.

Goodyear Welt Schuhe und Stiefel nur eigenes Fabrikat, das beste Schuhzeug der Gegenwart.

Conrad Tack & Cie, Burg bei Mgd.

Deutschlands grösste und leistungsfähigste Schuhwaren-Fabriken.

72 eigene Geschäfte in allen Theilen Deutschlands, davon 15 in Berlin und Vororte.

O. Andreasstrasse 50, NW. Beusselstrasse 29, N. Danzigerstrasse 1, Ecke Schillingstrasse, SW. Friedrichstrasse 240-241, Charlottenburg, Wilmerdorferstrasse 122.

O. Grosse Frankfurterstrasse 139, N. Müllerstrasse 3, S. Oranienstrasse 65, W. Potsdamerstrasse 50,

C. Rosenthalerstrasse 14, C. Spittelmarkt 15, NW. Thurmstrasse 37, NW. Wilsnackerstrasse 22, Potsdam, Brandenburgerstr. 49.

Der Verkauf zurückgesetzter Waaren zu fabelhaft niedrigen Preisen findet bis auf weiteres in unsren Filialen BERLIN G., Rosenthalerstr. 14, und BERLIN W., Potsdamerstr. 50, statt.

Berechnung des Abrechnungs: Carl Leid in Berlin. Für den Inzeratentheil verantwortlich: Th. Glode in Berlin. Druck und Verlag von Max Gading in Berlin.

Lokales.

„Ein bißchen Grünes.“

Grün ist die Lieblingsfarbe des Großstädters. Er lechzt nach ihr, wie der Verdurstete nach einem Tropfen lebendigen Wassers. Nach dem belebenden Grün der lebendigen Natur verlangt sein durstiges Auge, nach dem Grün der Wiese, des Ackers, des Waldes. Auch der Berliner hat diese Schwärmerei für „ein bißchen Grünes“. Alljährlich, wenn der Frühling wiederkehrt und die wärmende Sonne leise die ersten Knospen erschließt, wenn Busch und Baum sich wieder mit einem ersten zarten Schimmer von Grün umgeben, dann ist für ihn die Zeit der stillen Freuden gekommen. Beglückt ruht dann sein Blick auf jedem Blatt, das sich zögernd aus der schützenden Hülle hervorwagt, mit zärtlicher Sorge beobachtet und überwacht er die Entwicklung und Wachstum, die seiner Umgebung viel zu langsam fortzuschreiten scheinen. Die Vorgärten, die Schmuckplätze, die Parkanlagen in den Auhervierteln, die Waldungen in der näheren oder ferneren Umgebung der Stadt werden ihm in dieser Zeit zu förmlichen Wallfahrtsorten, denen er sich fast mit einem Gefühl der Andacht naht, um sich dem Kultus des Grüns hinzugeben.

In diesem schönen Kultus ist immer wieder nur das eine zu bedauern, daß er bei manchen Leuten im Uberschwang der Gefühle zuweilen Formen annimmt, die doch sehr bedenklich sind. Die Zeit des ersten Keimens und Sprossens in der Natur ist ja nun bereits wieder vorüber, und der Frühling, der vorher so lange auf sich warten ließ und dann so plötzlich über uns kam, hat wie mit einem Hauberschlag über Garten und Park, über Feld und Wald eine verschwenderische Fülle von Grün ausgestreut. Aber selbst all dieser Reichtum würde bei weitem nicht ausreichen und sehr rasch erschöpft sein, wenn ganz Berlin ihm wollte, was leider so viele der für „ein bißchen Grünes“ schwärmenden Berliner ihm — wenn jeder von uns „ein bißchen Grünes“, einen zusammengelesenen Strauß, einen abgebrochenen Zweig, von seinem Sonntagsausflug mit nach Hause nehmen wollte.

Die Mahnung, auf Ausflügen Feld und Wald zu schonen ist von uns wiederholt ausgesprochen worden, aber sie kann nicht oft genug erneuert werden. Es ist wahr: was der Einzelne da mitnimmt — oder häufig nicht einmal wirklich mitnimmt, sondern gedankenlos nur abpflückt oder abbricht, um es bald nachher wieder wegzuworfen — das ist „nur ein bißchen Grünes“ im eigentlichen Sinne des Wortes. Doch auch hier gilt der Satz, daß viele Wenig ein Viel machen. Im Vergleich zu der ungeheuren Zahl der Ausflügler, die an den Sonntagen die Waldungen um Berlin überschweben, wären diese Waldungen alle zusammen selber „nur ein bißchen Grünes“, das rasch aufgebraucht wäre, wenn jeder „sein bißchen Grünes“ beanspruchen wollte.

Im Plänterwald, der sich draußen hinter Treptow von Jahr zu Jahr herrlicher entwickelt, haben einmal ein paar Aufsichtsbearbeiter die Probe auf das Exempel gemacht. Sie haben sich in der Nähe des Tierhauses auf der Spreepromenade aufgestellt und jedem Vorübergehenden das „bißchen Grünes“, das er bei sich trug, abgenommen und vor sich niedergelegt. In kurzer Zeit hatten sie einen ansehnlichen Haufen von abgebrochenen Zweigen usw. zusammengebracht, aus dem die stumme Auflage sprach: „Seht, um soviel habt ihr den Wald beraubt!“

Ein grüner Akter war es, den die für „ein bißchen Grünes“ schwärmenden Berliner da aufgeschichtet hatten, ein Akter für den Kultus des Waldes. Das Opfer aber, das sie huldbringend dem Walde dargebracht hatten, war der Wald selber gewesen!

Der Bruch der Geschäftsordnung.

durch den Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langerhans in der letzten Stadtverordnetenversammlung wird, wie man uns mitteilt, voransichtlich zu Weiterungen in einer der nächsten Stadtverordnetenversammlungen führen. Bekanntlich hatte der Vorsteher — statt die Mitglieder der Mehrheit der Stadtverordneten, welche durch Tadel verurteilt, den Stadtverordneten Stadthagen am Reden zu hindern, zur Ordnung zu rufen; — dem Redner das Wort entzogen. Hierzu gab ihm die Geschäftsordnung kein Recht. Die Geschäftsordnung gestattet dem Vorsteher nur, einen Redner auf den Gegenstand der Verhandlung zurückzuführen und zur Ordnung zu rufen. „Ist das eine oder das andre in der nämlichen Rede zweimal ohne Erfolg geschehen“, sagt die Geschäftsordnung, „und der Redner fortfährt, sich vom Gegenstand oder von der Ordnung zu entfernen, so kann die Versammlung auf die Anfrage des Vorstehenden ohne Verhandlung beschließen, daß ihm das Wort über den vorliegenden Gegenstand genommen werden soll, wenn er zuvor auf die Folgen vom Vorsteher aufmerksam gemacht ist.“ Keine dieser Voraussetzungen lag vor. Stadthagen war — ob mit Recht, lassen wir dahin gestellt — von Herrn Langerhans zur Ordnung gerufen, weil er in Bezug auf den Fraktionsgenossen des Herrn Langerhans, Herrn Karl Goldschmidt behauptet hatte, dieser würde wohl, wenn er noch von der dritten Abteilung gewählt wäre, nicht seine jetzige Ansicht vertreten. Dann hatte Stadthagen dargelegt, daß die Stadtverordneten auf die Ansicht der Wähler Rücksicht nehmen mußten. Bei diesen Worten lobten Herrn Langerhans' Freunde los, daraufhin entzog er Stadthagen das Wort. Es ist kein Zufall, daß diese beispiellose, gewaltsame Behandlung der Redefreiheit durch den freisinnigen Abgeordneten erst bei der Debatte über § 616 sich ereignete. Die gewaltsame Wortentziehung richtete sich gegen Ausführungen, welche der durch die Versammlung gebilligten Entschaltung der städtischen Arbeiter entgegengetreten wollten. Bei ganz ähnlicher Gelegenheit hat Langerhans einem andern sozialdemokratischen Stadtverordneten, dem Genossen Zubeil, vor einigen Monaten in durchaus geschäftsordnungswidriger Weise mit Wortentziehung gedroht, als dieser über die Rechtlosigkeit der städtischen Arbeiter sprach, und weil er sachlich sprach, fortbauernd von der Mehrheit lärmend unterbrochen wurde. Offenbar sieht sich der Stadtverordneten-Vorsteher Langerhans bei solchen Gelegenheiten als Vertreter der Mehrheit und damit der Interessen der Unternehmerklasse gegen die Interessen der Arbeiterklasse. Es mag psychologisch entschuldbar für den greisen Stadtverordneten-Vorsteher anzuführen sein, daß er durch seine vor einigen Wochen gemachte eibliche Zeugenaussage, er halte es für möglich, daß Stadtverordnete ihr persönliches Interesse vertreten, böses Blut bei seinen politischen Freunden erregt hat. Alles das mildert aber nicht den schweren Bruch der Geschäftsordnung durch den freisinnigen Abgeordneten. Seine grobe Verletzung der Geschäftsordnung, zu deren Schutz der Vorsteher einer Versammlung berufen ist, findet kein Beispiel in dem Vorgehen eines noch so reaktionären Präzidenten.

Eine neue Art von Ferien für Handelsangestellte hat die bekannte Firma Jordan eingeführt. Vom Verband der Handelsangestellten wird uns darüber geschrieben: Gerade in dem Augenblick, da in den meisten größeren Handelsbetrieben die Urlaube für die abgeroderten Angestellten beginnen, damit sie sich für die kommenden Saisonstapozen im Interesse des Geschäfts einigermassen stärken können, erläßt die durch ihren Patriotismus bekannte Hoflieferanten-Firma Heinrich Jordan, Berlin, Markgrafenstr. 106, eine mehrwürdige Mitteilung an ihre Angestellten. Es wird den Angestellten unter Hinweis auf die ungünstige geschäftliche Konjunktur zunächst eröffnet, daß in diesem Jahre nur

zwei Drittel Urlaubszeit, also z. B. statt 12 Tage 1901 nur 8 Tage 1902, gewährt werden könne. Und nun kommt das für die Firma Kennzeichnende. Dem Personal wird empfohlen, längeren als zwei Drittel Urlaub nachzusuchen, der sehr gern auf Kosten der Urlaubssucher eingeräumt werden dürfte, schon um weiteren Entlassungen vorzubeugen. Soweit der Erlaß, der in der Berliner Handelswelt und weit darüber hinaus so leicht nicht seinesgleichen finden dürfte. Die Gehälter, die die Firma Heinrich Jordan ihrem zahlreichen weiblichen Personal zahlt, sind äußerst knapp bemessen und gar bedenklich auf elterlichen Fußsah berechnet. Nun sollen die also Entlohnten gar Urlaub auf eigene Rechnung nehmen und zwar je länger — je lieber. Wer seinen längeren Urlaub nachsucht, dürfte am besten auf die Abrechnungsliste kommen; wer nun, um ganz besonders angenehm auszufallen, statt zwei Wochen heuer vier Wochen Urlaub nachsucht — o weh, der scheint die Tätigkeit bei der Firma Heinrich Jordan überhaupt nicht mehr nötig zu haben.

So die Aufschrift, deren Inhalt die interessante Wahrheit bestätigt, daß man auch im Handelsgewerbe beginnt, sich immer mehr nach den für die Industrie schon längst gültigen Grundsätzen einzurichten, daß jedes persönliche Verhältnis im Beruf aufhört und der Unternehmer im Angestellten nichts sieht, als eine auf den Wert ihrer momentanen Brauchbarkeit hin zu prüfende Sache. Die Handelsangestellten, die im leidigen Dunkel befangen, sich heutigen Tages immer noch vielfach für etwas Besseres halten als den Arbeiter, sollten sich diese Sachlage vor Augen führen und gleich der Arbeiterklasse daraus die erforderlichen Schlussfolgerungen ziehen.

Von den städtischen höheren Schulen. Der Magistrat hat beschlossen, den Oberlehrern an den städtischen Gymnasien, Ober-Realhöfen, Realschulen und höheren Mädchenschulen vom 1. Juli ab folgende Diensteinkommen zu gewähren: 1. Anfangsgehalt 2700 M., Höchstgehalt 5100 M., zu erreichen nach 21 Dienstjahren in 7 Steigerungen, und zwar mit 500 M. nach 3, mit 400 M. nach 6 Jahren und mit je 300 M. nach 9, 12, 15, 18 und 21 Dienstjahren, bisher in 24 Dienstjahren. 2. Wohnungsgeldzuschuß 900 M. jährlich, der jedoch bei der Pensionierung nur mit 492 M. angerechnet ist, soweit nicht für die vor Erlaß dieser Bestimmungen angestellten Oberlehrer ein höherer Betrag zur Anrechnung kommt. 3. Eine feste Zulage von 900 Mark aller nach 9, 12 und 15 Dienstjahren mit je 300 M. Eine Vorlage wird der Stadtverordneten-Versammlung zugehen. Die Erhöhung des Schulgeldes ist beschlossene Sache. Der Magistrat erucht in einer Vorlage die Stadtverordneten-Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß vom 1. Juli ab das Schulgeld für die a) Schüler der Hauptklassen der Gymnasien, Realgymnasien, Ober-Realhöfen und Realschulen von 130 auf 140 M. jährlich, b) für Schüler der Vorhöfen bei dem zu a) genannten Lehranstalten von 110 auf 120 M. jährlich, c) hiesigen Schüler der Realschulen von 80 auf 90 M. jährlich, d) Schülerinnen der höheren Mädchenschulen von 130 M. auf 140 M. jährlich erhöht wird. Wegen Verwindung der Neberschulfe, die infolge dieser Schulgebührenerhöhung nach Abzug der zur Aufbesserung der Lehrergehälter erforderlichen Summe verbleiben und zur Erhöhung der Remunerationen für außerordentliche Lehrstunden und Vertretungsstunden soll der Stadtverordneten-Versammlung einer Magistratsvorlage noch zugehen. — Die bisher gebräuchliche Gewährung von Freischulen an die Kinder von Geistlichen an St. Nikolai und Petri, sowie von Direktoren und Lehrern höherer Lehranstalten und Mädchenschulen soll für die Kinder, die vom 1. Juli ab in diese Schule eintreten, fortfallen. Der Zuschuß der Stadt für einen Schüler, bez. Schülerin der höheren Lehranstalten ist im ständigen Steigen begriffen. 1892 betrug der Zuschuß für einen Schüler bei den Vollenanstalten 114 M., im vorigen Jahre schon 129 M., bei den Realschulen 92, bez. 141 M., bei den Mädchenschulen 25, bez. 45 M. Diese Zunahme ist auf die fortschreitende Wirkung der Dienstalterszulagen zurückzuführen, die den Etat immer höher belasten. Die Erhöhung des Schulgeldes um 10 Mark würde eine Mehreinnahme von rund 200 000 Mark ergeben.

Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Beratung der Magistratsvorlage über die Erneuerung des Rathskellers hat nach Ablehnung der Magistratsvorlage folgenden Antrag angenommen: „Die Versammlung erucht den Magistrat, in diesem Jahre nur die folgenden Arbeiten ausführen zu lassen: Verbesserung der Lüftungsvorrichtung; Verbesserung der Ventilation der Klosetts; Herstellung vorfahrtsfähiger Klosetts im reservierten Zimmer. Ferner erucht die Versammlung den Magistrat, ihr eine neue Vorlage über folgende Arbeiten zu machen; Ventilation des Restaurationslokals; Vergrößerung der Fenster an der König-, Jüden- und Spandauerstraße, sowie Herstellung größerer Lichtschächte nach den Straßen und Höfen; Einrichtung einer Accumulatoranlage; Vergrößerung des reservierten Zimmers und Befestigung der Fenster in demselben; Belegung des Bierkellers; Verbesserung der Beleuchtungskörper, der Zwischenwände, des Mobiliars usw.; Anbringung von Schmutzstreifen vor dem Rathaus in der Königstraße; Anlage eines Speise-Aufzuges von dem Rathskeller nach dem Festsaal.“

Ein Veteran der Schule, der Gemeindefullehrer a. D. und früherer Privatlehrer, Vorsteher Gustav Piskemann, dessen sich noch viele ältere Berliner — namentlich im Königsviertel — erinnern werden, ist in dieser Woche zu Grabe getragen worden, wenige Tage nach Vollendung seines 92. Geburtstages. In den Ruhestand getreten war er als ein fast Siebenundsechzigjähriger im Jahre 1837. Piskemann, ein Jüngling des Frankfurter Waisenhauses in Halle, hat der Schule mehr als ein halbes Jahrhundert gedient. In Berlin ist er von 1839 an tätig gewesen, zunächst nacheinander an der Hennigshagen-Schule, an der Schule der französischen Kolonie und an der Königsstädtischen Stadtschule. 1851 übernahm er die Privatmittelschule für Knaben Neue Königstraße 41, die er 26 Jahre hindurch geleitet hat. Durch den Niedergang des Privatunterrichts in Berlin wurde er als ein schon Siebenundsechzigjähriger im Jahre 1877 genötigt, noch in den Gemeindefullehrerdienst überzutreten, doch konnte er in diesem Alter nicht mehr angestellt, sondern nur „kommisariisch“ beschäftigt werden. Er unterrichtete an der neunten Gemeindefullehrerschule in der Fichtenstraße. Als er 1887 ohne Pensionsberechtigung aus dem Schuldienst ausschied, wurde ihm von der Stadt als Anbeleg eine dauernde Unterstützung gewährt, die es dem bei seinen Kollegen wie bei seinen Schülern überaus beliebt gewordenen alten Mann ermöglicht hat, noch 15 sorgenfreie Jahre zu genießen.

Das Millionen-Fälscherpärchen, über dessen Verhaftung wir vor acht Tagen berichteten, wird den Behörden wohl noch etwas zu schaffen machen. Alessi sowohl wie seine Geliebte Marie Laccina haben ihr Deutsch so gänzlich verlernt, daß der Untersuchungsrichter einen Dolmetsch hat zuziehen müssen. Das Mädchen ist, wie jetzt feststeht, eine italienische Sängerin, die auf verschiedenen deutschen Singpielbühnen auftrat, in der letzten Zeit aber keine Beschäftigung hatte. Sie war früher mit ihrem Bruder zusammen. Auf dessen Namen bestellte Luigi Alessi bei dem hiesigen Druder, der ihm die Banknoten anfertigte, auch die Wistensarten. Ob der Bruder mit der Fälschung auch zu thun hat, steht noch nicht fest. Die Stempel, mit denen Wasserzeichen, Namen und Nummern nachgetragen werden sollten, sind nach neueren Ermittlungen ebenfalls in Berlin gemacht worden. Wie wir früher schon mitgeteilt, lebte Alessi zuletzt sehr zurückgezogen, um nicht die 150 Mark, die er sich für die Reise zurückgelegt hatte, anzugehen zu müssen. Den Hotelwirt hat er mit 500 Mark angezahlt. Er vertraute ihm immer damit, daß er Geld von außerhalb erhalten, oder daß er mit seiner Frau ein Engagement annehmen werde. Da man wußte, daß Alessi einen scharf geschliffenen Dolch und einen Revolver für sechs Patronen bei sich führte, so ging

man ihm bei der Verhaftung zunächst mit einem Kniff zu Leibe. Die Beamten erklärten ihm, daß sie ihn verhaften müßten, weil er mit seiner Frau zu den vielgeschmähten Humberts gehöre. Da er sicher war, diese Annahme widerlegen zu können, so hatte er keine Veranlassung, mit der Waffe das Äußerste zu versuchen, und als er erfuhr, um was es sich wirklich handelte, war es zu spät.

Mit der automatischen Anzündung von Straßenlaternen ist jetzt hier der Anfang gemacht worden. Seit mehreren Tagen werden in der Schönhauser Allee zwischen Frankfurterstraße und Appel-Allee die Straßenlaternen nicht mehr einzeln mit der Hand, sondern auf elektrischem Wege durch den Multiplier-Wassermotor gezündet und gelöscht.

Die Humbert-Bilder. Der „Lokal-Anzeiger“ verteidigt die „Boche“ gegen den ihm von der Polizei gemachten Vorwurf, fälschlich Humbert-Porträts gebracht zu haben, wie folgt: Nachdem Zweifel über die Rechtheit der in der „Boche“ veröffentlichten Porträts der Familie Humbert entstanden waren, ließen wir durch einen Pariser Korrespondenten die betreffende Nummer der „Boche“ dem Chef der Pariser Polizei, Herrn Codifert, vorlegen. Dieser bestätigte auf den ersten Blick die Rechtheit der Bilder und gab hierauf mündlich unserem Korrespondenten die Erklärung ab, daß „die in der „Boche“ stattgehabte Veröffentlichung der Bilder eine durchaus ergatte Wiedergabe der Originale sei“.

Der Raub von acht Einschreibebriefen auf dem Postamt I in der Königstraße, über welchen wir vor einiger Zeit ausführlich berichteten, ist trotz der energigsten Bemühungen der Kriminalpolizei bisher nicht aufgeklärt worden. Bekanntlich war es einem Betrüger gelungen, mittels gefälschter Quittungen für eine Briefmarkenhandlung auf dem genannten Amte lagernde Einschreibebriefe sich anzueignen. Die nunmehr festgestellt ist, hatten die Sendungen einen Gesamtwert von ca. 5000 M. Abgesehen von etwa 150 M. in barem Gelde besteht der dem Schwindler in die Hände gefallene Raub ausschließlich aus alten Postbriefmarken für Sammler und sogenannten Ganzsachen, d. h. Briefumschlägen mit eingedruckten Marken. Unter andern befanden sich dabei zehn braunschweigische Marken zu drei Silbergroschen vom Jahre 1853 auf Briefumschlägen, adressiert an Hofopernsänger Zimmer, sowie eine große Anzahl Marken aus deutschen Staaten, Helgoland, britischen Besitzungen, Vereinigten Staaten, fast sämtlich von hohem Wert. Die Kriminalpolizei sowie die hiesige Oberpostdirektion haben gestern sämtlichen Briefmarkenhändler Berlins ein Verzeichnis der gestohlenen Marken zugehen lassen. Die Postverwaltung ist nur zu einem Betrage von ca. 390 M. erspählich, da die Sendungen als gewöhnliche Einschreibebriefe und nicht als Wertbriefe ausgegeben sind.

Durch einen Abgang vom Gerüst verunglückte gestern, Sonnabendmittag der 34 Jahre alte Maurer Wilhelm Stille aus der Köpenickerstr. 7 auf einem Neubau an der Ecke der Berliner- und Wobelinbergstraße zu Wilmersdorf. Der Regiergel des Gerüsts, auf dem er stand, löste sich, das Gerüst gab nach, und Stille stürzte aus dem vierten Stock in die Tiefe, durchschlag das Schinddach unten und blieb mit mehreren Rippenbrüchen und schweren inneren Verletzungen bewußtlos liegen. Ein Swabescher Rettungswagen brachte den Verunglückten nach dem Kreis-Krankenhaus zu Groß-Lichterfelde.

Zeugen gesucht. Die Personen, welche am zweiten Pfingstfesttag, abends 7 1/2 Uhr, auf dem Bahnhof Charlottenburg gesehen haben, wie einem Passagier beim Aufschlagen einer Coupletür in einem Wagen dritter Klasse ein Finger abgequetscht wurde, werden gebeten, sich bei H. Witting, Berlin O., Friedrichsbergstraße 23, vor IV, zu melden. Ramentlich wird die Dame, welche im Coupé den Schlaf inne hatte, um Abgabe ihrer Adresse gebeten.

Straßenverengung. Die Brangelstraße von der Appelner- bis zur Gendrichstraße einschließlich des Kreuzdamms der Falckensteinstraße wird wegen Verengung vom 9. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt; der Kreuzdamm mit der Friedrichstraße auf der Nordseite der Straße unter dem Lindendamm d. d. 15. d. M.; ebenso die Käfigerstraße von der Brömmen- bis zur Steinmünderstraße ohne Kreuzdämme wird behufs Umpflasterung vom 12. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Der Beamten-Wohnungsverein, Berlin, zählt zur Zeit schon über 5500 Mitglieder. Die Bilanz für 1901 schließt mit 1 418 209 M. ab. Der rege Anteil, den die Mitglieder an den Bestrebungen des Vereins nehmen, wird am besten durch den Besuch der Versammlungen illustriert. Die letzte Generalversammlung war von etwa 2000 Personen besucht, die eine Verteilung von 4 Proz. als Dividende genehmigten.

In Sachen der Erhaltung des Botanischen Gartens als Park ist auf Freitag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, nach dem großen Saale des Königshofs, Palaststr. 37, von dem in Betracht kommenden Ausschuss eine Volksversammlung einberufen worden. Die Tagesordnung lautet: 1. Rückblick auf die Tätigkeit des Ausschusses. Berichterstatter: Stadtverordneten-Vorsteher Gustav Müller-Schöneberg. 2. Stellungnahme der Bürgerchaft. Berichterstatter: Bezirksvorsteher Stollowitsch.

Arbeiter-Bildungsschule. Heute mittag 1/2 11 Uhr: Veranstaltung der National-Galerie. Treffpunkt pünktlich 1/2 11 Uhr an den Kolonnaden an der Friedrichsbrücke. Zahlreichen Besuch erwartet der Vorstand.

Die Singer Co. hält ihre Ausstellung moderner Kunstwerke in Leipzigstr. 92, noch bis zum 14. Juni geöffnet.

Der „Verein Berliner Dienstherrschaften und Dienstangestellten“ hat vor kurzem mit H. Dr. Maria Masche einen Vertrag abgeschlossen, nach dem seine Mitglieder bei dieser Verrichtung kostenlos Behandlung genießen. Damit ist seine Erhöhung des Vereinsbeitrags verbunden, der nach wie vor 25 Pf. pro Monat beträgt. Der Verein macht zugleich auf die öffentliche Versammlung des Vereins aufmerksam, die Dienstag, den 10. Juni, 8 1/2 Uhr, in den Armishallen, Kommandantenstr. 20, stattfinden wird. Herr Edwin Bab spricht über: „Volkskrankheiten und Dienstherrschaften“.

In der „Neuen Welt“, Hasenheide, findet heute und folgende Tage das Gastspiel des Heldentemors Herrn Hans Hoffmann vom Posttheater zu Wannsee statt. Unter anderem bringt er seine Glanzrolle „Der Postillon von Lonjumeau“ dem Publikum zu Gehör.

Aus den Nachbarorten.

Die Schwargendorfer Gemeindevertretung hat den Gemeindevorsteher beauftragt, die Westliche Vorortbahn wegen Erstattung der Pfahlerkosten in der Breitenstraße, die über 950 M. betragen, von denen die Gesellschaft aber nur 53 M. zahlen will, erforderlichenfalls zu verlangen. Die Beschlußfassung über eventuelle Herabgabe von Räumern für ein vom Hauspflegerverein projektiertes Kinderheim wird nochmals zwecks Prüfung der finanziellen Sicherheit des Unternehmens ausgesetzt. Einem dringenden Verbiten entspraich die Gemeindevertretung durch den Beschluß, das Schulkrankenhaus endlich zu eröffnen und Wäber auch an Erwachsene gegen Zahlung von 10 Pf. zu verabsorgen. Unbemittelte erhalten Freikarten. Näheres wird noch später bekannt gegeben. Der nungewählte Vertreter der dritten Klasse Herr Jung ist eigentümlicherweise noch nicht eingetroffen.

Steglich. In der Sitzung der Gemeindevertretung am Freitag wurde zunächst ein Schreiben des Gemeindevorordneten Tagezieger Hugo Seydel, der sich bekanntlich wegen einer dunkeln Testamentsgeschichte in Untersuchungshaft befindet,

III. Wahlkreis.

Dienstag, den 10. Juni cr., abends 8 1/2 Uhr, in Frankes Festhölle, Sebastaianstraße 39:

Versammlung des Wahlvereins.

Tages-Ordnung:
Vortrag des Reichstags-Abgeordneten W. Heine: Grundlagen und Organisation des Kampfes der Arbeiterklasse. Diskussion. 240/14
Gäste willkommen. Für Frauen ist die Galerie und Seitenraum reserviert.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Osten).

Dienstag, den 10. Juni cr., abends 8 Uhr:

Versammlung

„Königsplatz“, Gr. Frankfurterstraße 117.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Ed. Bernstein über: Die soziale Bedeutung des Wahlrechts und das preussische Wahlrecht. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 243/14
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Achtung!

Achtung!

Volks-Versammlung

am Dienstag, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Köslinerhof“, Köslinerstraße 8.

Tages-Ordnung:

1. Was wollen die Frauen von der Polizei?
Referent: Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen.
2. Diskussion.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Die Vertrauensperson.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bezirks-Versammlungen

Montag, den 9. Juni, abends 8 Uhr:

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:

bei Wernau, Schwedterstr. 23/24.

Tages-Ordnung:
Vortrag des Genossen Ludwig über Sanonarola und seine Zeit. Diskussion. Wahl eines Beitragsamteiles und eines Schriftführers. Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Süden und Südosten: im „Märkischen Hof“, Admiralsstr. 18c

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Franz Runkel: Dörfelberg über: „Organisation bedeutet Freiheit“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Nichtmitglieder und Frauen haben freien Zutritt.
Es wird jedem einzelnen Kollegen aus Herz gelegt, in der Versammlung pünktlich zu erscheinen.

Lichtenberg-Friedrichsberg: Mittwoch, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Futterdöse, Friedrichsbergstr. 11:

Vertrauensmänner-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Dienstag, den 10. Juni 1902, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

Kamm- u. Celluloidhaarschmuck-Arbeiter

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15.

Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Verbandstage. Referent: Kollege Böcke. 2. Diskussion. 3. Die Sperrung bei Streich und Verschiedenes.
Kollegen! Wir erwarten von Euch, daß die Versammlung recht zahlreich besucht wird, da sie sehr wichtig ist.
84/8
Die Kommission.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353
Dienstag, den 10. Juni cr., abends 8 1/2 Uhr

Bezirksversammlung für Rummelsburg

im Lokale von Müller, Türschmidt-Strasse 37.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Müller. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 116/3

Montag, den 9. Juni cr., abends 8 Uhr

Versammlung

der Gürtler, Drücker, Dreher, sowie aller in der Beleuchtungsbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

bei Graumann, Rannysstraße 27.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Waldeck Manasse über: „Der Weg der Arbeiter vom Glauben zum Denken“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Kollegen! Agitiert für regen Besuch. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Montag, den 9. Juni cr., abends 8 Uhr

Metallarbeiter = Versammlung

für Charlottenburg

im „Volkshaus“, Rosinen-Strasse 3.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Paulowitsch über: „Die zufriedenen Unternehmener und die begherrlichen Arbeiter“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Marmorarbeiter. Achtung!

Dienstag, den 10. Juni cr., abends 8 Uhr:

Öffentliche Versammlung

im Lokal Englischer Garten, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung:
1. Die Mißstände in den Werkstätten. 2. Gewerkschaft für den verstorbenen Kollegen Gershenberger in die Schiedskommission. 3. Gewerkschaftliches. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vertrauensmann.

172/15

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. (Schönhauser Vorstadt.)

Am Sonntag, den 8. Juni, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Prater“, Rosanien-Allee 7-9:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Organisationsfrage im 6. Kreise. Referent Reichstags-Abgeordneter A. Bebel. 2. Diskussion, eventuell Beschlußfassung über die für unsere Vorhabe sich hieraus ergebenden Maßnahmen. 3. Verschiedenes. 248/4
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert. — Zahlreiche Beteiligung
Der Vorstand. J. H. Carl Marx.

Moabit! 6. Wahlkreis. Moabit!

Mittwoch, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Moabiter Gesellschaftshaus“ (Peters), Alt-Moabit 80/81:

Große Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten G. Ledebour über: „Die preussische Polenpolitik und ihre Schäden für das deutsche Volk“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 219/15
Um recht regen Besuch ersucht
Der Vertrauensmann.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.

Montag, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den Armiahallen, Kommandantenstr. 20:

Vortrag des Herrn Dr. Leo Arons über: Die Beschäftigung mit den Naturwissenschaften.

Gäste willkommen. 56/11
Der Vorstand.

Schöneberg.

Verein für Frauen u. Mädchen Schönebergs u. Umgegend. Am Mittwoch, den 11. Juni, abds. 8 1/2 Uhr,

Versammlung

im grossen Saale von E. Obst, Melnigerstrasse 8.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: Ernährung des Säuglings. Ref.: Dr. Roeder. 2. Diskussion. 3. Verschiedene Vereinsangelegenheiten. 202/17
Der Vorstand.

Große Dienstboten-Versammlung

in den „Armiahallen“, Kommandantenstr. 20.
Herr Edwin Bab spricht über: „Dienstbotenelend und Volksgesundheit“.

Dannach freie Aussprache. Gäste willkommen.
Handangehörte aller Branchen, kommt in Scharen; es gilt Euer eignes Interesse zu wahren.
Tretet dem Verein bei! Meldungen an die Geschäftshalle: Schöneberg, Hohenfriedbergstr. 11, I. L.

Die Einberuferin: Frau M. Marquardt.

Centralverband der Maurer etc.

Zahlstelle Berlin.

6 Bezirksversammlungen

Samstag, den 8. Juni, abends 6 Uhr bei Hoffmann, Papestr. 3:

Versammlung mit Frauen für Wedding

Referentin: Frau Mesch.

Versammlung für Oranienburger Vorstadt

bei Köhler, Tiedstraße 24.

Versammlung mit Frauen für Norden.

Referent: Genosse Waldeck Manasse.

für Moabit im Lokale Schössler, Stromstr. 28,

für Osten bei Stechert, Andreasstr. 21
Referent: Genosse Wiesenthal

für Süd-Ost bei Krüger, Rannysstraße 6

Referent: Genosse Lankow.
Um regen Besuch dieser Versammlungen ersucht
139/15
Die Verbandsleitung.

Öffentliche Versammlung

der Mitglieder der Orts-Krankenkasse Lichtenberg

am Dienstag, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Köstlich großen Saal, Frankfurter Chaussee 120.
Tages-Ordnung:
1. Die Aufseherfunktion des Gesamtvorstandes durch die Aufsichtsböhrde.
2. Nendant Kaufmann als „Kommissar“ der Ortskasse Lichtenberg. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.
222/15
Der Einberufer.

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher.

Dienstag, 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Um pünktliches Erscheinen ersucht
107/8
Die Ortsverwaltung.

Verband der Tapezierer.

Stittale Berlin. Montag, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstrasse 75:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Wollheim über: Tod Erdbeben und die vulkanischen Ausbrüche. 2. Diskussion. 3. Aussprache über den Arbeitsnachweis. 4. Verbandsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten. Gäste willkommen.
177/20
Die Verbandsleitung.

Möbelfabrik Stern

G. Gen. m. b. O.
Bilanz
per 31. Dezember 1901.

Aktiva.	
Raffinierbestand	1211,41
Warenbestand	22.859,-
Inventory-Guthaben	5.124,18
Bank-Guthaben	8.407,85
Debitoren-Guthaben	19.640,05
	52.338,49

Passiva.	
Mitglied-Guthaben-Guthaben	750,-
Darlehens-Guthaben	23.494,80
Referent-Guthaben	395,-
Special-Referent-Guthaben	782,30
Rücklagen-Guthaben	1.409,04
Umlagen-Guthaben	142,93
Vorbau-Guthaben	12.148,38
Creditoren-Guthaben	10.054,26
Reingewinn	2.551,62
	52.338,49

Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dezember 1900 . . . 28
Davon sind ausgeschieden . . . 3
Mitgliederzahl am 31. 12. 1901 . . . 25
Das Mitglieder-Guthaben betrug 25 x 30 = 750 M., die Mitglieder-Guthabenszahl betrug 25 x 30 = 750 M.
Berlin, 7. Juni 1902. 1255
Der Vorstand.
Kallsch. Kretschmar.

Wahlkreis Teltow = Bierskow = Storkow = Charlottenburg.

Dienstag, den 10. d. M., abends 8 1/2 Uhr:

Öffentl. Parteiversammlung

im „Charlottenburger Volkshaus“, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Zubeil: Zeit und Streitfragen aus dem Reichstags. 2. Diskussion. 3. Die Organisation der Wahlkreise für Berlin und die Vororte. 4. Wahl eines Kreis-Vertrauensmannes und eines Stellvertreters. 5. Verschiedenes. 250/10
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer: Wilhelm Eberhardt.

Verband der an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter Berlins u. Umg.

Montag, 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Emil Rosenow über: „Aus der Urzeit des Christentums“. 2. Diskussion. 75/15
Um zahlreiches Erscheinen, auch der Frauen der Kollegen bittet
Der Vorstand.

Am Sonnabend, den 12. Juli 1902, im Schweizer Garten (am Königsplatz):

Grosses Sommer- und Stiftungsfest,

bestehend in Vorstellung, Tanz usw. — Eintritt 25 Pf. — Einfahrten sind in der Versammlung und in den Jahrestagen zu haben. Regelmäßige Teilnahme erwartet
Der Vorstand.

Berliner Konsum-Verein.

Mittwoch, den 18. Juni, abends 9 Uhr, in den „Schultheiß-Vierhaken“ (Preuß.), Alexanderstr. 23:

Verwaltungsrats-Sitzung.

Berliner Konsum-Verein.

Abteilung I. Donnerstag, den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Dresdener Garten“, Dresdenerstr. 45:

Abteilungs-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag: „Die Volkswirtschaft im Altertum“. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Delegiertenversammlung. 4. Abteilungsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Die Abteilungsleitung.

Berliner Konsum-Verein.

Central-Verwaltung: Krautstr. 7.

Verkaufsstellen:

Abteilung I. Luisenpark. Michaelstr. 4.
Abteilung II. Oken. Beusselstraße 66.
Krautstr. 7.
Lombardstr. 59.
Liebigstr. 7.

Abteilung III. Moabit. Hohenstr. 21.
Beusselstraße 66.
Ebenenerstraße 45.

Abteilung IV. Rummelsburg. Türschmidtstraße 6.
Abteilung V. Lichtenberg. Frankfurter Chaussee 48/49.
Abteilung VI. Stralau. Stralauer Allee 17f.

Berliner Konsum-Verein.

Abteilung II, Osten. Montag, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Freischütz“ (Zub. Wolf), Freischützstr. 36 a:

Abteilungs-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Besprechung betreffs Zulassung von Lieferanten-Geschäften. 2. Abteilungsangelegenheiten. 108/14
Da der erste Punkt der Tages-Ordnung von einschneidender Bedeutung ist, so ist zahlreiches Erscheinen der Mitglieder dringend geboten.
Die Abteilungsleitung.

Restaurant „Neuer Krug“

an der Oberbrücke zwischen Müggel- und Havelsee, Bahnhofsstation Neu Rahnsdorf, in 10 Minuten zu erreichen.
empfiehlt sein Lokal für größere Vereine und Gesellschaften bis 3000 Personen. Telefon-Amt Erlner 51. 40140*
Bekanntmachung
Fritz Domning, Gastwirt.

Köpenick, Schweizergarten.

Eintritt. I. — 15 Min. vom Bahnhof Sadowa oder Köpenick. Haltestelle d. elektrischen Strassenbahn Niederschöneweide-Köpenick. Reizender herrlicher Garten für 3000 Personen. Besteht aus Regelpflanzen. Rasenfläche (ca. 80 Hekt.). Ausspannung für 40 Pferde.
Sollbesichtigungen aller Art. Sonntags: Or. Tanzmusik. 2692L*
Max Reichelt, Kempfer: Amt Köpenick Nr. 132.

Apfelwein

geundetes erquickendes Getränk. 143730*
mildsäuernd. Gesundheits: 3 M., 10 Liter 3,25 M.
Bester Gebirgs-Himbeer- und Kirschsaff a Liter 1,20 M.
A. Ritschl, Dresdenerstr. 61. Für Berlin und nächste Vororte frei Hand.

Der Mordprozeß Thomashäde.

Landgerichtsdirektor Pohle eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Es gelangen zunächst die Geldgeschäfte zur Erörterung, welche bei Köfflers Tod noch nicht abgewickelt waren.

Kleinen Zettel

mit der Quittung übergeben habe. Dieser Zettel sei ihm leider abhanden gekommen und er habe den Wechsel noch einmal bezahlen müssen.

Rechtsanwalt Morris, der folgende Zeuge, ist der Mandatar Köfflers gewesen. Derselbe habe stets den Eindruck auf ihn gemacht, als sei er ein lebenslustiger Mann, der trotz seiner vorgerückten Jahre sich das Dasein so angenehm wie möglich zu machen suchte.

Gerechtigter Richter II

als Zeuge aufgerufen. Er wird zunächst unter Aussetzung der Verteidigung vernommen und bekundet: Er habe bei Köffler einigemal Zwangsversteigerung vorgenommen, zuerst im Februar 1901, wobei es sich um eine Summe von über 8000 M. handelte.

sind bezahlt worden. Am 16. Mai sind wiederum geringe Kosten beigetragen worden. Dann folgte am 8. September auf eine Schuldforderung von 2200 M. die Pfändung sämtlicher Möbel. Das Geldspind habe er nicht mitgegeben, weil Köffler sagte, daselbe sei ihm notwendiger als ein Kleiderschrank.

Wandlung beiderhand?

Zeuge: Rein. — Präsi.: Sie sollen den Geldschrank einmal ganz offen gefunden haben, nur einige Wenige drin? — Zeuge: Rein. — Präsi.: Haben Sie mit Köffler verkehrt? Haben Sie mit ihm zusammen Bier getrunken? — Zeuge: Einmal im September ging ich am Lokale des Schankwirts Grob vorüber.

nommen hat, daß ich nächstens zu ihm kommen würde. — Präsi.: In der Voruntersuchung haben Sie auf diese Frage Ihre Aussage verteidigt. — Zeuge: Ja, ich war natürlich perplex, als ich vernommen wurde und mühte mir sagen, daß ich am Ende doch nicht ganz korrekt vorgegangen sei und meine Vorgehensweise mir daraus einen Vorwurf machen könnten.

Jungin Weckert,

welche seit Jahr und Tag die Aufsichtung des Köffler besorgt hat. Am 30. September wollte sie im Köfflerschen Wohnzimmer Gardinen ammachen. Köffler hatte die alten schon abgenommen. Da habe es geklingelt, und Thomashäde sei erschienen.

Mentes Volksgarten, Röderstr. 35/36. Heute Sonntag: Volks-Fest. Doppelt-Konzert. — Gesangsvorträge. — Turnerische Aufführungen. Reigenfahren. Kinderbelustigungen. Fackelpolonaise. Großes Preis-Regelschießen. Niesen = Brillant = Bracht = Feuerwerk.

Socialdemokrat. Wahlverein Charlottenburg. Sonntag, den 8. Juni, im „Volkshaus“, Rosinenstraße 3: Sommerfest. bestehend in grossem Garten-Konzert, ausgeführt vom 18 Mann starken Orchester des Kapellmeisters H. Fischer.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“. (Gau 9 Brandenburg.) Sonntag, den 15. Juni, im „Moabiters Gesellschaftshaus“, Alt-Moabit 80/81: Gau-Fest. Konzert. — Gesangsvorträge. — Turnerische Aufführungen. Auftreten der Volksjäger-Gesellschaft „Strzelewicz“.

Kranke jeder Art, Frauenleiden. 72. Kur-Heilanstalt Köpenickerstr. 72, Nähe Brücken, Neanderstraße. Teilzahlung monatlich 10 M. liefert elegante Herren-Garderobe.

Achtung! 5. Wahlkreis! Sonnabend, den 14. Juni, im Schweizer Garten — (am Königsthor) — Gr. Sommer-Fest bestehend in Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.

Treptow Joëls Victoria-Garten, Ludwigs Park-Restaurant, Köpenicker Landstrasse. Sonntag, den 15. Juni 1902 Früh-Konzert arrangiert von den Parteigenossen des IV. Berliner Reichstags-Wahlkreises Südost.

Köpenick. Verband der Heizer und Maschinisten (Zahlstelle Köpenick). Sonntag, den 15. Juni 1902: Grosses Sommerfest im Lokal des Herrn Strelchhan, „Marienlust“ am Rägelturm.

Kinderwagen Teilzahlung 1,00 wöchentlich. Ausverkauf v. Sportwagen, Puppenwagen, Kinderbettstoll zurückgesetzt, spottbillig am billigsten, Berlin, i. Lag.: Elsassstr. 6, I. Culmstr. 3.

Milchkuranstalt Schweizerhof (NW., Emdenstr. 40/41) liefert in alle Stadtteile und die westlichen Vororte frei Küche: 1 Ltr. Kindermilch 35—50 Pf., 1 „ Vollmilch i. Fl. 20 Pf., 3 „ „ „ 18 Pf.

Apotheker „Baers Ursol“ ist das beste Mittel gegen Husten, besonders aber auch gegen Diphtherie und Keuchhusten. Wirkt bei dem sogenannten Wolf augenblicklich, verhindert Wundgöben der Kehle, nimmt nach kurzem Gebrauch den Atemgeruch, ist garantiert unschädlich für die Gesundheit.

Steppdecken. Kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik H. Strohmayer, Berlin S. 72, Wallstr. 72, Rosstrasse, wo auch alte Decken ausgearbeitet werden.

Gr. Frankfurterstr. 126. S. Weissenberg Ecke Koppenstrasse.

Montag * Dienstag * Mittwoch

Aussergewöhnliches Angebot in Waschstoffen

Reste und einzelne Fenstervorhänge bedeutend unter Preis.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“

Invalidenstr. 160
Belle-Alliancestr. 107
Reinickendorferstr. 20.
Frankfurterstr. 115

Benfestr. 18
Tautenstr. 7a
Drausenstr. 31
Drummenstr. 92



10, 15, 21 - 75 M

Betten Stand
12,00, 18-24-00

Metalbettstellen
für Kinder und Erwachsene.

Teilzahlung
gestattet von 1,00 per Woche an. Bei größeren Raten Kassapreise. Lieferant des Post-Spar- und Vorschußvereins.

Prämiiert mit nur goldenen Medaillen.

Arkonabad Lohtannin-Bäder.
34, Anflamerstr. 34 (schrägüber der Zionskirchstraße).

Wannen- u. medizinische Bäder sowie russisch-römische u. vorzügliche Kalkdampfbäder (Kohlensäure) mit Einpackung, Massage u. Anstehung ärztlicher Verordnungen für Bäder der Cris-, Junungs-, Habris- und freien Hilfe Krankenkassen Berlins und Umgegend. (33012)

Achtung, Radfahrer!

Wir bauen in unserer neu eingerichteten Reparaturwerkstätte W. K. C., N. S. U. und Dürkopp-Maschinen nach Mass. Reparatur und Einbau von Freilaufnaben billig. (1100)

Berliner Einkaufs-Genossenschaft Mariusstraße 19.

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik
von A. Schulz, Reichenbergerstr. 5,
empfiehlt Einrichtungen von 250 bis 10000 M. 36332

Anerkannt gediegene Arbeit, billige Preise, coulante Zahlungsbedingungen

„Wanzenfeind in der Flasche“ Preis 50 Pf., 1,00, 1,50
„Mottenfeind im Beutel“ nur 5 Pf.
„Schwabenfeind im Streu-Turm“ 25 Pf., 50 Pf., 1,00

Unfehlbar sicher
Allein-Verkauf:
Fabrikant

Th. Schmiedel
Gesetzlich geschützt!
Neue Königstr. 53, I. (Alexanderplatz.)
Fernspr.: Amt 7a, 6331.
Von 1 Mark an frei Haus, auswärts gegen Nachnahme!

Prämiiert mit nur goldenen Medaillen.

Höchst beachtenswert!

Beste Herren- und Knaben-Garderoben der Gegenwart

in reichster Auswahl und in allen Grössen.

Billigste und anerkannt reelle Einkaufsquelle Berlins.

Die Preise sind streng fest und an jedem Gegenstand deutlich in Zahlen vermerkt.

Ich verpflichte mich, jeden Artikel in besserer Ausführung und bedeutend billiger zu liefern als die sogenannten Ausverkäufe und Reklamegeschäfte. Anerkannt nur gute Arbeit, eigene Fabrikation, elegante Façon, tadelloser Sitz. Für Bestellungen nach Mass reichhaltigste Auswahl der neuesten und besten Stoffe aus dem In- und Ausland. Jeder Auftrag wird in kürzester Zeit erledigt. Werkstatt im Hause. Der langjährige gute Ruf meiner Firma bürgt für billige und gewissenhafte Bedienung. Der neue Katalog gratis und franko.

Carl Zobel, Herren- und Knaben-Garderobengeschäft, SO., Köpenickerstrasse 121
(Ecke Michaelkirchstrasse).

Prämiiert mit nur goldenen Medaillen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restaurations zu verkaufen Roskopsstr. 40. 856

Schankgeschäft wegen anderweitiger Unternehmung sofort billig zu verkaufen, gute Geschäftslage. Näheres bei W. Schanzberg, Eichenhainstr. 1, I.

40 kleine Porzellan, Kasse 6 bis 8 Mark, Porzellan, Speise, hinter Buch, zehn Minuten vom Bahnhof, verkauft 656

Garbenerhaus Große Frankfurterstr. 8, parterre. 137*

Vorjährige elegante Herren-Anzüge und Sommerpaletots und feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, II.

Herrenanzüge, Paletots, elegante Ausführung, geringe Teilzahlung. Burgberg, Landwehrstr. 13. 11408*

Waschanzüge, Joppen, Hosen, Hülfjacken empfiehlt Schlegler, Turmstr. 85. 1172*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stilk 95 Pfennig. Bekker, Sodenstr. 4 und 5. Sonntags geöffnet. 10882*

Teppiche! (Fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Gadelstr. 4, Bahnhofsstr. 1117*

Sportbillig! Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Repetieruhren, Regulatoren, Weisswand, Kleiderstr. 6. Teilzahlungen gestattet.

Steppdecken sportbillig, Fabrik Weinstr. 30 I. 2872b

Möbel-Gelegenheit. Beim Aufstator Otto Widet, Köpenickerstr. 25 (Bahnhofstr.), stehen zum sportbilligen Verkauf neue gediegene und wenig gebrauchte Einrichtungen, ein Posten Säulentrümmern 30,00, Salonstühle 20,00, Zimmerteppiche 5,00, Küchenschänke, Salongarnituren, Bancelstühle, Kuchentische, Büffette, Schreibstühle, Bücherschränke, Sofa, Bilder, geflickte Übergehänge, Divan, Stuhl, Stuhl, Steppdecken, Salongarnituren, Tischstühle 5,00, verschiedene Gelegenheitskäufe. Verkaufstag Sonntag unentgeltlich. 11578*

Gabelbänke, Werkzeuge, schöner, großer Handwerker billig Diewitz, Holzstr. 76. 976*

Teppiche mit Gardinen Fabrikverkauf Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137*

Nähmaschinen, verlassene, sportbillig (Nähmaschinen) Pfandloshaus, Alexanderstr. 73. 326

Fahrräder, verlassene prima Radfahrer in großartiger Auswahl: Rennrad, Opel, Adler, Dürkopp, Dornier; 100 neue Räder aus Streifen, neuere Modelle, erstklassiges deutsches Fabrikat, konkurrenzlos, preiswert: Prinzip: Trotz aller Billigkeit höchste Solidität! Räderkäufer werden um Vorkauf und Vergleich mit Konkurrenz gebeten. Fahrräder - Verkauf, Neue Schönhaferstr. 11. 11632*

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, II. 11772*

Nähmaschinen ohne Anzählung, Woche 1,00, gebrauchte tadello, sportbillig Köpenickerstr. 60/61, Landwehrstr. 82 I. 1100*

Pianino sofort veräußert Ritterstr. 120, I. 227*

Abjahlungs-Schwindel, ohne solchen veräußert ebenfalls auf Teilzahlung Schlegler, vierzehn Tage gehend, nächstehende Mark Silberne Remontuhr fünfzehn Mark. Gewinnschein - Schlagregulator, fünfviertel Meter lang, dreißig bis fünfviertel Mark. Uhrmacher, Charlottenstr. 10. Begründet 1848.

Waschlocher! Einlochlocher! 1,00, Zweilochlocher! 3,00, Gelochlocher! 5,00, Was-Stratzen! 7,00, Was-Blättern! Was-Stratzenapparat! Billig! Wollwäcker, Wollwäcker-Theaterstr. 2. 2743b

Leuchten! Gebraucht neue Bretter, Kantholz, Gatten, Leisten, Türen, Fenster, Dachpappe, Theer billig Kottbuserdamm 22. 24596*

Haarfarbmittel, unbedenklich, Abzehrungsmittel für fünfzig Pfennig. Prof. Dr. Schmidt, Charlottenstr. 3. *

Lebendiges Fischfutter Wittenwalderstr. 4. 2793

Steppdecken billig Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137*

Wappensteinwahl, freudig, junge, grüne, billig, Richter, Oranienstr. 87. 915*

Reisige, Buchstaben, Stricke, Nachschälen, Schwarzplättchen, junge Stare, Billige Preise. Frische Kanarienvögel. Befest. Universitätsstr. 10, 0,45. Reichenbergerstr. 42.

Schwarze Herrenhosen von 1,50 bis 12 Mark empfiehlt Schlegler, Turmstr. 85. 11702*

Nähmaschine, gut nähend, billig, Seidel, Schweinewanderstr. 11, IV.

Kartoffeln, prima, 10 Pfund 25 Pf. Krüger, Kartoffel-Handlung, Forsterstr. 4. 1000

Wahanzüge, denkbar größte Leistungsfähigkeit, von 30 Mark bis 75 Mark, empfiehlt Schlegler, Turmstr. 85. 1171K*

Rahmbaum-Spiegelstund und Spiegel billig bei Pöfer, Admiralstr. 19, IV.

F. Dörge, Dresdenstr. 109, Herren-Garderoben nach Maß, saubere Arbeit, großes Stofflager. Palast 30., Anzug 30., Hufe von 5 Mark an. Kauf beim Handwerker. Palast den Handwerker verdienen. Teilzahlung gestattet. 1178K*

Gelegene Restauration in Hirschberg mit Jagdschlösschen und Bauschiff. Frachten unter A. 1* Postamt Hirschberg, Hermannstr. 109b

Schankgeschäft billig verkauft Dertel, Weinbergstr. 27. 1195

Schankgeschäft zu verkaufen. Ohren, Blumenstr. 45. 1196

Restaurations umständlicher sportbillig zu verkaufen. Stephanstr. 63.

Grüntrampelstühle, alte, mit Holz und Kugeln, sofort veräußert. Köpenickerstr. 45. 1226

Kinderwagen, gut erhalten, verkauft Hauptstr. Diefendachstr. 70, vorn IV. 1085

Lieferwagen, alle Sorten Räder Poststr. 101. 1178

Fahrrad, auch defekt, kauft Kottbus, Reichenbergerstr. 7. 1185*

Zwei Mark viertheilung Damen- kleiden, Herrenkleiden 3.-, Bettbezug und zwei Kissen 3,40. Bettlaken ohne Nacht 1,25. Ausstattungen sowie elegante Reifensport billig. Wollschäfer Adolf Salomonstr., Stadtbahn 21, Nähe Postgeplänitz.

Herrenrad, wenig gebraucht, wegen Arbeitslosigkeit billig Birkenstr. 15, Seitenkoffer III. 1185

Strohcremer, gut erhalten, unbedenklich billig, verkauft Kottbus, Poststr. 51. 1174

Kanarienhähne, gut singend, Reifner, Kottbusstr. 23. 103

Kanarienvogel, 4,00, Fische, Zuchtweibchen, Schwärmer, Kleinfische 7. 207

Kinderwagen, 12 Mark, verkauft Grünstr. 28, III rechts. 1128

Kinderwagen, wie neu, 12 Mark, Köpenickerstr. 25, IV. Gabel. 1103

Kingschiffchen, gut nähend, 30,00, Kleiderstr. 7. 28,8

Vapiergeschäft, nahe der Schule, sofort billig zu verkaufen. Näheres Reparation, Capristr. 24. 1149

Empfehle täglich frische Amerikaner, Reibhosen 80 Stück 10 Pf., circa 20 Sorten Kanarienvogel, Gold- und Silberfische, feiner singende Reibhosen, Sprosser, Wollwäcker, Kreuzschädel, Stare, große Auswahl Tauben, Zwerghühner, Prunzeher für Tauben, billig, man überzeuge sich, Hofmann Zoologische Handlung, Reichenbergerstr. 64, Boden (nahe Markthalle). Kaufe feine Papageien, Kanarienvogel, Langschwanz, Goldschnecke, gezeichnete Wellenfische, Schiller-Schwanzfische. Bitte genau auf Namen, 132b

Repositorium, Birgelen, (unfrei) geb. Juchter zum Grüntrampelgeschäft verkauft billig. Kottbus, Prinz Handstr. 14, parterre. 134b

Zwei Wollmaschinen zu unter- nehmen verkauft billig Junge, Weinstr. 29, I. 1100

Gute Werkstatt verkauft wegen Auswanderung Schulstr. 58. 1174

Räumungshalber sind Singer-Maschine, Phonograph und Victor, (neu) für jeden Preis (reelle Garantie) zu verkaufen. Koch, Rosalib, Bernauerstr. 57. 1184

Nähmaschinen ohne Anzählung, Karte schreiben. Amalienstr. 4, Dreifisch. 1295

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futterlaken 15 Mark, Anzughose 10 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstr. Nr. 39, III. 506*

Wer Stoff hat, dem fertige Herrenanzüge mit guten Zusätzen. Konfektionsarbeit 15 Mark, f. Herrenschneiderarbeit 18, 21, 24 Mark. Hermann Schlegler, Turmstr. 85.

Brockhauslexikon und alle anderen Bücher kauft, beliebt Antiquariat Köpenickerstr. 56, I. 1117. 1117

Division! Wer sich über diese unzulässige Granulierung seiner Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Reichsbundes gegen Division, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tischlerverein, Köpenickerstr. 108. Um gültigen Abdruck wird gebeten. 161b*

Allen Freunden und Bekannten empfehle mein Weib- und Baurichter-Vokal, Vereinszimmer, 3. Dächer, Gubenstr. 4, am Central-Friedhof, Friedrichsfelde. 1118*

Vereinszimmer für 40 Personen noch einige Tage frei. Ludewig, Romanbänkstr. 65. 1008*

Lehrkräfte, 5 Pf. Seminare hiesige und viele auswärtige Zeitungen. Chausseest. 121. 114b

Ausgeräumtes Frauenloft im Winterfeld, Chausseest. 121. 115b

Vereinszimmer, circa 50 Personen fassend, noch einige Abende frei. Kurtz, Wittenbergerstr. 27. 1149

Gangbare Geschäfte jeder Art habe zum Verkauf übernommen, für Berlin, auch außerhalb; einzelne mit Handverwalter. Sprengel für Käufer und Verkäufer 3-5. A. Klein, Rammstr. 55, II. 995

Bücher, Lexika und ganze Bibliotheken kauft Beyer, Marienstr. 13. 101b

Tüchtige Kuchente in Vaten gibt. Offerten unter K. A. Postamt 30.

Zangeklüftige Männer haben Aufnahme im alten Gelangverein. Wedungen Mittwochabends 9 Uhr im Restaurant Wollschäfer, Wollschäferstr. 21. 1106*

Rechtbureau, Projektbestand, Eingabengehülfe, Patentierung, Holz, Brunnenstr. 13. 136b

Geheime, Unfallhaken, Eingabengehülfe, Patentierung, Holz, Brunnenstr. 13. 149/18

Strasschen, Gabelgeschäfte, Invalidenhaken, Unfallhaken, Kagen, Ein- gaben. Neue Schönhaferstr. 18. Auch Sonntags. 118/4

Platina, Gold, Silber, Gefäße, alte Uhren, Kupfer, Messing, feinstliche Reize kauft Brog, Wollschäferstr. 4. 20/6

75 Pfennige! Eingabengehülfe, Schankhaken, Strasschen, Geheime, Intercompen, Beleuchtungs-, Kimentenlösen, Unfallhaken, Zahlungsbüchlein, Patentierung, Wollschäfer, Wollschäferstr. 141. Sonntags geöffnet. 135b

Aufpolierung, Matrize 5,00, Sofa 6,00, Koffer, Neue Königstr. 2. 1306

Dampferfahrt, 5 Juli Gesellschaft, 40-70 Personen, zur Teilnahme gesucht. Wollschäfer, Wollschäferstr. 59. 131b

Vermietungen.

Schlafstellen.

Schlafstelle für Mädchen Rammstr. 94, IV. Müller. 1166

Möblierte Schlafstelle, Forster- str. 1, Witwe Gerde. 1149

Dresdenerstr. 96, vorn IV., möblierte Schlafstelle bei Schlegler.

Möblierte Schlafstelle für 1 auch 2 Herren. Buchmann, Köpenickerstr. 32, vorn II. 1336

Schlafstelle, wie möbliert, vorn- heraus, separat, billig Köpenickerstr. 57, parterre, Dirigwälder. 1106

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Suche für meinen Sohn einen Tischlermeister als Lehrling. Zu erfragen Köpenickerstr. 121b, Köpenickerstr. 78. 121b

Blinder Strickflechter bietet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen gekocht, werden abgeholt und unentgeltlich zurück geliefert. Adresse: Wollschäferstr. 27, A. Wollschäfer.

Stellenangebote.

15-20 Mann gesucht, stellt sofort ein K. Weidert, Blumberg bei Berlin.

Klempnerlehrling verlangt Köpenickerstr. 41. 995*

Tüchtige Bogenleger für Steinbrud-Schneiderei verlangt Köpenickerstr. 108, A. Klein. 135b

Belegerin verlangt Köpenickerstr. 43. 111b

Geschäftsleute suchen unabhängige Mädchen für kleinen Haushalt per 1. Juli. Offerten: T. 1 Expedition dieser Zeitung. 1126

Plattirinnen auf Oberenden, Kragen, Weissen, und eine, die auch Platten plättet, dauernd verlangt Central-Dampf-Waschanstalt Kreuzbergstr. 7. 486*

Im Arbeitsmarkt durch besondern Druck hervorzuheben. Auszüge kosten 40 Pf. pro Seite

Tüchtige

Paftierer
und
Wagensattler

per sofort gesucht.
Adler-Fahrradwerke
vorm Heinrich Kleyer
Frankfurt a. M.

Zochnenden Nebenberuf können Künstler und Berufsangehörigen aller Branchen, auch Damen, durch Vermittlung von Versicherungen für eine absolut sichere Einkommensquelle sorgen. Strengste Diskretion. - Offerten unter T. D. 453 an Postamt u. Bogler, Berlin W. 8. (101/10)*

Schirrmeister.

Tüchtiger selbständiger Schirrmeister für Kutschwagenfabrik in Hamburg sofort gesucht. Angenehme Stellung bei gutem Lohn. Offerten mit Angabe bisheriger Tätigkeit unter „U. 1“ an die Exped. des „Sonntags“. 1209

Wartung! Holzarbeiter!
Gesperrt sind folgende Werkstätten:
Weide u. Co., Grobberlinerstr. 54.
Lindner und Wollschäferstr. 77.
Göln u. Götting, Weissenauerstr. 44/45.
Köpenicker, Köpenickerstr. 11.
Die Erdverwalter.

Wartung! Holzarbeiter!
Jung von Tischlern und Drechslern Werkstätten Max Kirchstein, Spandau, ist fernzubalsten.

Die Erdverwalter des deutschen Holzarbeiterverbandes, Spandau.

Achtung! Achtung!
Korbmacher!
Jung ist fernzubalsten von der Werkstätten

Brückner,
Bambus- u. Korbwaren-Fabrik,
Hofstr. 72. 84/7

Achtung, Tischler!
Holzwerke Werkstätten sind gesperrt:
Liesig & Böllig, Poststr. 29. 186/18
Fitz, Weidenweg 64.
Tschow, Barnimstr. 13, jetzt Weidenweg
Schaffner, Köpenickerstr. 77.
Gerhardt, Gubenstr. 11.
Der Holzverein der Tischler.

Blusen- u. Matinee-Arbeiter
eventuell Betriebswerkstätten
die größere Posten Blusen und Matinee, bessere Arbeit, liefern können, sucht

P. Guttman, Flensburgerstr. 5,
Bahnhof Bellevue.